Mittwoch, 16. Oktober 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 241 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flexibilisierung: Die Wochenarbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie auf durchschnittlich 38,5 Stunden ist in 63 Prozent der Betriebe durch Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit umgesetzt worden. Nur zwölf Prozent der Unternehmen haben der IG-Metall-Forderung Folge geleistet und die Arbeitszeit für alle Beschäftigten einheitlich um 1,5 Stunden reduziert. (S. 5)

Garski: Der wegen schweren Betrugs und Urkundenfälschung angeklagte Berliner Architekt hat überraschend ein Geständnis abgelegt. Er räumte ein, sich durch falsche Angaben einen Kredit von 25,8 Millionen Mark erschlichen und einen weiteren, zweckgebundenen Kredit anderweitig verwendet zu haben. (S. 4)

Rente: Der CDU-Vorstand sprach sich auf einer Klausurtagung gegen Überlegungen für eine Grundrente aus, wie sie der CDU-Politiker Biedenkopf und führende Freie Demokraten ins Gespräch gebracht haben. (S. 10)

Saarland: Als „lächerlich" wies die SPD-Landesregierung die Forderung der Oppositionsparteien CDU und FDP zurück, Umweltminister Jo Leinen wegen seines Grußworts an den Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus (WELT v. 15. 10.) zu entlassen.

Ablösung: Drei Wochen nach seinem Rücktritt als sowjetischer Ministerpräsident ist Nikolai Tichonow gestern auch von seinen Pflichten als Vollmitglied des Politbüros der KPdSU entbunden worden.

Pakistan: Präsident Ziaul Haq gerät bei der angestrebten Verfassungsänderung immer mehr in die Defensive. Die von ihm beanspruchte Machtfülle ist ebenso umstritten wie seine Forderung, daß die seit dem Putsch von 1977 erlassenen Gesetze nicht abgeändert werden dürfen. (S. 10)

Attentäter: Der angebliche Auftraggeber des Papst-Attentäters Ali Agca, der Türke Bekir Celenk, ist nach einem Herzanfall in türkischer Haft gestorben.

Giftgas: Sowjetische Einheiten haben nach Informationen westlicher Diplomaten versehentlich 30 afghanische Soldaten und mehrere Zivilisten beim Abwurf chemischer Kampfstoffe aus Flugzeugen getötet.

Räumung: Das seit dem 4. Oktober von Mitgliedern der kommunistischen Gewerkschaft CGT wegen eines Disputs über Löhne und Weihnachtsgeld besetzte Renault-Werk in Le Mans (Westfrankreich) ist auf richterliche Anordnung von der Polizei gewaltsam geräumt worden.

ZITAT DES TAGES



„Nicht Waffenlieferungen, sondern die Produktion moderner Maschinen und Autos schafft und erhält Arbeitsplätze. Das deutsche Wirtschaftswunder nach dem Krieg war auch ohne Waffenlieferungen möglich gewesen"

Der israelische Botschafter Yitzhak Ben Ari in der „Bild"-Zeitung zum geplanten Waffengeschäft mit Saudi-Arabien. Auf Antrag der SPD soll der Bundestag in dieser Woche über das Geschäft debattieren

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Japan: Die Regierung hat gestern ein Programm zur Ankurbelung der Inlandsnachfrage verabschiedet. Danach sollen in den kommenden zwölf Monaten umgerechnet 38 Milliarden DM in die Wirtschaft fließen. Regierungsökonomen erwarten zusätzliche Einfuhren im Wert von gut fünf Milliarden DM. (S. 11)

Dritte Welt: Fast die Hälfte deutscher Entwicklungshilfe geht an die ärmeren und ärmsten Länder. Mit diesem Hinweis trat Staatssekretär Köhler der Kritik der Grünen entgegen, die Bundesregierung vernachlässige jene Länder, die Hilfe am dringendsten benötigten. (S. 11)

Zeitungsmarkt: Der britische Konzern Fleet Holdings, Herausgeber des „Daily Express", „Sunday Express" und des „Star", geht nach siebenmonatigem Börsenkampf in den Besitz der United Newspapers-Gruppe über, die vor allem mit Regionalzeitungen groß geworden ist. (S. 12)

Börse: Eine neue Kaufwelle sorgte an den Aktienmärkten für kräftig steigende Kurse. Der Rentenmarkt war schwach. WELT-Aktienindex 233,46 (231,07). BHF-Rentenindex 104,493 (104,784). Performance Index 107,535 (107,803). Dollarmittelkurs 2,6613 (2,6560) Mark. Goldpreis pro Feinunze 327,00 (326,65) Dollar.

KULTUR

Mozart-Interpret: Im Alter von 68 Jahren ist der russische Pianist Emil Gilels, der wohl größte seiner Generation, gestorben. Gilels wurde vor allem durch seine Mozart- und Beethoven-Interpretationen bekannt. (S. 21)

Malerei: Exquisite Stücke hat Londons Royal Academy für die Ausstellung „German Art in the 20th Century" zusammengetragen. Widerspruch fordert allerdings die äußerst subjektive Auswahl heraus. (S. 21)

SPORT

Fußball: Ein Comeback von Bernd Schuster in der Nationalmannschaft für die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko ist nicht mehr unwahrscheinlich. Der frühere Nationalspieler des FC Barcelona und Teamchef Franz Beckenbauer haben Gespräche aufgenommen. (S. 8)

Olympia: Für die Olympischen Sommer- und Winterspiele 1992 gibt es insgesamt 14 Bewerber. Ein Jahr vor der Entscheidung des IOC in Lausanne gelten Paris und Falun als Favoriten. Als einzige deutsche Stadt bewarb sich Berchtesgaden für die Winterspiele. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Reichster der Reichen: Gordon Getty hat den ersten Platz auf der Liste der reichsten Amerikaner räumen müssen. Aufgerückt ist der Kaufhauskönig Sam Moore Walton, dessen Privatvermögen auf 2,8 Milliarden Dollar angewachsen ist. (S. 22)

Sekten: Unruhe herrscht in der Schwarzwald-Gemeinde Hinterzarten. Die frühere Bhagwan-Gefährtin Ma Anand Sheela will angeblich das erste Hotel am Platze kaufen. (S. 22)

Wetter: Bewölkt. Bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Terrorismus: Shultz fordert Mut von den Verbündeten

Worte der Verbitterung in San Francisco / „USA haben die Lektion gelernt"

FRITZ WIRTH, San Francisco

George Shultz, der amerikanische Außenminister, nannte keine Namen und keine Länder. Er sagte nur: „Wir wollen uns nicht in Leute verwandeln lassen, die Terroristen mit Terror bekämpfen. Doch wenn wir sie einmal zu fassen bekommen, dann müssen wir sie vor Gericht stellen und nicht freilassen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich Furcht in Schlüssel verwandelt, die Gefängnistüren öffnen."

Seine Sätze und deren Zielrichtung wurden auch so verstanden. Shultz war mit frischem und offenbar noch nicht ganz bewältigtem Zorn über die Freilassung des palästinensischen Terroristen Abul Abbas durch die italienische Regierung zur NATO-Versammlung nach San Francisco gekommen. Er trat auf, um über Abrüstungsprobleme und den Genfer Gipfel zu sprechen. Doch er änderte in letzter Minute seinen Text und begann mit einer Attacke gegen den Terrorismus: „Denn das ist der Krieg, den wir zur Stunde führen."

George Shultz hat zu diesem Thema in den vergangenen zwölf Monaten häufiger und militanter gesprochen als jeder andere Minister der Reagan-Administration, doch keine der Reden dieses sonst sehr ruhigen und nüchternen Mannes war bisher so scharf, so verbittert und so emotional. „Wir haben in den vergangenen Tagen einige Lektionen gelernt. Die erste ist, daß diese Terroristen Tiere sind, feige Tiere. Sie sind keine Guerillas und keine Kämpfer für irgendeine Freiheitsbewegung. Sie suchen sich die Hilflosen aus, um sie zu foltern und zu ermorden. Ihnen fehlt der Mut zum offenen Kampf."

„Wir haben zweitens gelernt, daß wir handeln müssen", fuhr Shultz fort. „Wenn die freien Völker sich nicht dem Terrorismus zur Wehr setzen, wird niemand ihn stoppen. Wir müssen den Mut haben, wenn möglich ohne Gewalt gegen den Terrorismus vorzugehen und zugleich in Kauf nehmen, daß sich Gewalt manchmal nicht vermeiden läßt."

Shultz schloß seinen Appell mit einem Satz, der offenbar an die Regierung in Rom gerichtet war: „Diese Terroristen wollen Furcht verbreiten, die Furcht nämlich, daß jeder, der einen Terroristen fängt und ihn vor Gericht bringt, selbst Zielscheibe des Terrorismus wird.

Der amerikanische Außenminister wandte sich dann dem eigentlichen Thema seines Referats zu, der nuklearen Abrüstung, der amerikanischen Raketenverteidigung im All (SDI) und der amerikanischen Verhandlungsposition auf dem bevorstehenden Genfer Gipfeltreffen. Shultz gab in diesem Zusammenhang sein bisher umfangreichstes Urteil über die kürzlich veröffentlichten sowjetischen nuklearen Abrüstungsvorschläge ab. Er versah sie mit einer Reihe sehr kritischer Anmerkungen, da sie nicht den Grundkriterien der erhöhten Stabilität, der Gleichwertigkeit und der verbesserten Verifizierbarkeit entsprächen, dennoch ließ er alle Verhandlungstüren offen: „Unsere Einstellung ist positiv. Er zitierte Präsident Reagan mit dem Satz: „Wenn die Sowjets Frieden wollen, wird es Frieden geben." Shultz warnte jedoch vor einem Rüstungskontrollabkommen um jeden Preis.

Zu SDI und dem ABM-Vertrag sagte Shultz – wie später auch auf der Sondersitzung des NATO-Außenministerrates in Brüssel: „Wir haben den Vertrag sehr sorgfältig geprüft", „nach unserer Meinung ist eine großzügige Interpretation voll gerechtfertigt. Das jedoch ist müßig, denn unser SDI-Programm ist so strukturiert, daß es auf der Basis einer restriktiven Interpretation des ABM-Vertrages weitergeführt wird."

DER KOMMENTAR

Wer hört auf Schmidt?

Von MANFRED SCHELL

Helmut Schmidt hat in vielem, was er der SPD an Mahnungen zuruft, recht. Zum Beispiel, wenn er ihr sagt, mit ideologischen Exkursionen vergeude sie Überzeugungskraft und Wahlchancen. Viele in den eigenen Reihen hätten „ideologischer Sauerteig" sein wollen. Aber damit lasse sich keine Partei backen. Vor allem keine Partei, die vorgibt, vorrangig für Arbeitnehmerinteressen zu kämpfen.

Der frühere Kanzler hat seine kritische Anmerkung auf die SPD im Südwesten bezogen, und man kann sich denken, daß er dabei vor allem an Erhard Eppler gedacht hat. Aber sein Appell, bei allen idealistischen Höhenflügen den Blick für das tatsächlich Machbare, für die politische und soziale Wirklichkeit nicht zu verlieren, dürfte auch an die Genossen in Bonn gerichtet sein.

Aber wer hört in der heutigen SPD noch auf Helmut Schmidt? Wo findet er in seiner Partei noch Resonanz? Vielleicht bei Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, der ihn ab und zu um Rat bittet. Aber wie steht es bei Brandt und Rau, die den Kurs der SPD bestimmen? Sie geben nicht zu erkennen, daß sie den Worten des Ex-Kanzlers besonderes Gewicht beimessen. Dabei muß man natürlich sehen, daß sich der SPD-Politiker, der Helmut Schmidt noch immer ist und auch sein will, selbst in eine problematische Lage gebracht hat. Schließlich ist er aus freien Stücken Verleger geworden, ein Zeichen für politische Abstinenz am Handlungsort Bonn.

Aber auch Freunde Helmut Schmidts, gemäßigte Sozialdemokraten, werden an den Rand gedrückt. Das sinnfälligste Beispiel ist Hans Apel. Jetzt werfen Politiker wie Lothar Löffler und Herbert Ehrenberg das Handtuch. Erst kürzlich ist Wischnewski, auch ein Mann Schmidts, aus dem SPD-Präsidium ausgeschieden. Sie alle, deren Schritte zu respektieren sind, werden sich fragen müssen, ob es wirklich klug ist, politisches Terrain anderen zu überlassen.

Mahnende Worte Schmidts an die SPD

„Mit Intellektualität allein läßt sich keine Partei backen" / Der Unmut über Vogel

DW. Bonn

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich mit einem Appell an seine sozialdemokratischen Parteifreunde gewandt, bei aller Notwendigkeit von Theorie-Diskussionen die politisch-soziale Wirklichkeit nicht aus den Augen zu verlieren.

Schmidt nutzte ein Seniorentreffen der SPD im baden-württembergischen Gengenbach (Ortenaukreis), um vor allem die Partei im Südwesten anzuspornen. Der 1982 am Widerstand seiner eigenen Partei gegen die von ihm verfolgte Sicherheitspolitik als Regierungschef gescheiterte Politiker meinte, daß es sich die Sozialdemokraten im Südwesten in den vergangenen zehn Jahren etwas zu einfach gemacht hätten. Viele von ihnen hätten lediglich idealistischer oder ideologischer Sauerteig sein wollen. Mit Sauerteig allein, so Schmidt sarkastisch, lasse sich jedoch kein Brot und nur mit Intellektualität keine „Partei backen".

Dieser Hieb zielte vor allem gegen den Kreis um Erhard Eppler, in dem der ehemalige Bundeskanzler wohl den Schuldigen an dem schlechten Abschneiden der SPD gerade in Baden-Württemberg sieht. Eppler und seine Freunde, deren Arm bis in die „Friedensbewegung" hinein reicht, zählten zu den schärfsten Kritikern des damaligen Schmidt-Kurses.

Am selben Tag, an dem die kritischen Worte Schmidts bekannt wurden, artikulierte sich in Bonn der Unmut über die mangelnde Führungsfähigkeit des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Hans Jochen Vogel. Der Berliner SPD-Abgeordnete Lothar Löffler kündigte Vogel die Mitarbeit im Fraktionsvorstand praktisch auf; er verzichtet auf eine abermalige Kandidatur. Gestern präzisierte Löffler in einem Interview der „Bild"-Zeitung seinen Standpunkt: „Ich mußte ein deutliches Zeichen setzen ... Im SPD-Fraktionsvorstand wird Politik in erster Linie verwaltet, nur in zweiter Linie gestaltet." Vogel und seine acht Stellvertreter prägten die Politik so vor, daß Änderungen für die anderen 26 Vorstandsmitglieder kaum noch möglich sind. Ähnliche Vorwürfe erhob, wie verlautete, der frühere Arbeitsminister Herbert Ehrenberg. Vogel bemühte sich, dem Eindruck entgegenzutreten, es handele sich um ein „Rechts-Links-Problem".

Der neue Fraktionsvorstand wird in einer Woche gewählt. Die SPD will dann dokumentieren, daß Frauen in ihrer Fraktion ein stärkeres Mitspracherecht erhalten sollen. Die Fraktionsspitze dominierte mit Dagmar Luuk, Margitta Terborg und Gudrun Weyel gleich drei Frauen für die durch Verzicht der bisherigen Amtsinhaber freiwerdenden Sitze.

Dem 26 Mitglieder zählenden Führungsgremium gehören bisher fünf Frauen an: Herta Däubler-Gmelin und Anke Fuchs als zwei der acht Stellvertreter von Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, die Parlamentarische Geschäftsführerin Helga Timm sowie Heide Simonis und Waltraud Steinhauer.

Peres fordert Isolierung der Palästinenser

DW. Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Schimon Peres will bei seinen Gesprächen in Europa und den USA durchzusetzen versuchen, daß die Palästinenser-Organisation PLO vom weiteren Friedensprozeß im Nahen Osten ausgeschlossen wird.

Unter Hinweis auf die Kaperung des Luxusdampfers „Achille Lauro" sagten Mitarbeiter des Regierungschefs vor dessen Abreise nach Europa, unter dem Eindruck der jüngsten Terroranschläge könne es eine Einigung zwischen den USA, Israel und möglicherweise auch Jordanien über Kompromisse zur Fortsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten geben.

Unterdessen sind die für heute angesetzten Gespräche zwischen der EG und einer jordanisch-palästinensischen Delegation verschoben worden. Bereits am Montag war ein Treffen der britischen Regierung mit PLO-Vertretern abgesagt worden.

Sprengstoff auf dem Flughafen in Rom entdeckt

F.M. Rom

Auf dem römischen Flughafen Fiumicino sind gestern zwei Fluggäste mit marokkanischem Paß festgenommen worden, die mit einer aus Bagdad kommenden irakischen Maschine gelandet waren. Im Koffer eines der Fluggäste wurde eine explosionsbereite Ladung mit neun Kilogramm Sprengstoff entdeckt. In Rom wurde nicht ausgeschlossen, daß die beiden Araber einen Racheakt nach der Festnahme der Entführer des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" planten.

Unterdessen haben italienische Spitzenpolitiker versucht, die nach der Freilassung des Palästinenser-Führers Abul Abbas ausgebrochene Regierungskrise zu entschärfen. Zum ersten Mal wurde auch Staatspräsident Cossiga tätig. Er sprach mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Forlani, der zuvor mit Verteidigungsminister Spadolini konferiert hatte.

Seite 7 und 10: Weitere Beiträge

Neue Drohungen gegen Familie Duarte

Töchter und Enkelkinder bringen sich in Sicherheit / Wischnewskis Mission

WERNER THOMAS, Bonn

Der salvadorianische Präsident Jose Napoleon Duarte befürchtet nach der Entführung seiner ältesten Tochter Ines noch weitere Anschläge gegen seine Familie. Anfang dieser Woche haben die drei jüngeren Töchter und vier seiner acht Enkelkinder das Land verlassen, um vorübergehend in den USA zu leben.

Wie der christdemokratische Politiker im Fernsehen berichtete, hat er in den vergangenen Tagen neue Entführungsdrohungen erhalten. Nur noch seine zwei Söhne und vier Enkel befänden sich in El Salvador. Seine Frau Ines Duran de Duarte erwähnte er nicht.

Mittlerweile gehen die Bemühungen um eine Lösung des Entführungsdramas weiter. Aus Kreisen der katholischen Kirche verlautete, daß auch Erzbischof Arturo Rivera y Damas Vermittlerdienste leiste. Er führte am vergangenen Wochenende in der Nord-Provinz Chalatenango Gespräche mit Führern der marxistischen Rebellenorganisation „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN).

Das Sonderkommando „Pedro Pablo Castillo" der FMLN hatte am 10. September vor dem Gebäude der „Neuen Universität" der salvadorianischen Hauptstadt die Duarte-Tochter Ines (35) und deren Freundin Ana Cecilia Villeda verschleppt. Duarte steht in Verbindung mit den Rebellen. Die bisherigen Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch sind jedoch ergebnislos verlaufen. Die FMLN verlangt für die Auslösung der beiden Frauen 34 politische Häftlinge, auch drei Männer, die an dem Massaker Mitte Juni in San Salvador beteiligt gewesen sein sollen. 13 Personen kamen damals ums Leben, unter ihnen vier US-Soldaten.

Der Präsident will nur 24 inhaftierte FMLN-Mitglieder freigeben und fordert neben der Freilassung der Tochter und deren Freundin noch die Befreiung von 23 bereits früher entführten Bürgermeistern. Über die Bürgermeister wollen die Kidnapper dagegen nicht verhandeln.

Auch der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski ist im Auftrag seiner Partei und der Sozialistischen Internationale als Vermittler aufgetreten. Seit Anfang vergangener Woche verhandelte er in Havana, Managua und San Salvador. Zu seinen Gesprächspartnern zählten der kubanische Präsident Fidel Castro, der nicaraguanische Staatschef Daniel Ortega und Napoleon Duarte. Bei einem Abstecher nach Caracas erörterte Wischnewski mit dem ehemaligen venezolanischen Präsidenten Carlos Andres Perez die spannungsgeladene Mittelamerika-Situation. Der sozialdemokratische Emissär soll heute oder morgen nach Bonn zurückkehren.

Duarte setzte besonders große Hoffnungen in die Gespräche mit Fidel Castro. Er vermutet den salvadorianischen KP-Führer Shafik Handal hinter der Entführung. (SAD)

Nobelpreis für „Sparstudien"

Mk. Bonn

Der amerikanische Professor Franco Modigliani erhält am 10. Dezember, dem Todestag Alfred Nobels, den diesjährigen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Die schwedische Akademie in Stockholm hat gestern den Preis, der mit rund 600 000 Mark dotiert ist, dem 1918 in Rom geborenen Wissenschaftler vom renommierten Massachusetts Institute of Technology für dessen „grundlegende Studien des Sparens und der Finanzmärkte" verliehen. Modigliani hat unter anderem die Krisentheorie Keynes widerlegt, nach der die Menschen mit wachsendem Einkommen relativ weniger für den Konsum ausgeben.

Seite 11: Ein Amerikaner

KSZE-Kulturforum: Grenzen öffnen

DW, Budapest

Die Forderung nach größerer Durchlässigkeit der Grenzen zwischen Ost und West steht im Mittelpunkt eines KSZE-Kulturforums, das gestern in Budapest eröffnet wurde. Delegationen aus 35 Ländern und eine Reihe von Künstlern wollen zugleich die Probleme künstlerischer Tätigkeit in den verschiedenen Staaten diskutieren. Die deutsche Delegation wird von den ehemaligen ZDF-Intendanten und Botschafter Karl-Günther von Hase geleitet. Vor Beginn des Kongresses gab es einen Eklat: Der Helsinki-Gruppe für Menschenrechte wurden die reservierten Versammlungsräume von den ungarischen Behörden gesperrt.

Seite 10: Kulturforum

Zulassungs-Stopp für Kassenärzte?

PETER JENTSCH, Bonn

Um die ausufernden Kosten des Medizinbetriebs in den Griff zu bekommen, haben sich die Spitzen der Koalitionsparteien gestern auf ein kurz- und mittelfristiges Programm geeinigt. Gleichzeitig wurde eine Ad-hoc-Kommission gebildet, die Einzelheiten des noch in dieser Legislaturperiode zu verwirklichenden Teil-Programms erarbeiten soll.

Nach Informationen aus Koalitionskreisen ist als erster Schritt eine begrenzte Zulassungsbeschränkung für Kassenärzte geplant. Damit will man kurzfristig zu einer ausgewogeneren kassenärztlichen Versorgung kommen. Das Bundesarbeitsministerium soll durch eine Änderung der Reichsversicherungsordnung (RVO) den Kassenärztlichen Vereinigungen die Möglichkeit geben, einen Zulassungs-Stopp für Regionen mit hoher Arztdichte („überversorgte Gebiete") auszusprechen. Das können sie bisher nur, wenn Mediziner in „unterversorgten" Gebieten fehlen.

Erwogen wird weiter, die ärztliche Aus- und Weiterbildung zu verlängern. Dies könnte, so heißt es, in der Form geschehen, daß die zweijährige (übergangsweise 18monatige) Praxisphase für Medizinstudenten als „Arzt im Praktikum" (AiP), die ab 1986 eingeführt wird, um ein weiteres Vorbereitungsjahr in der Kassenarztpraxis erweitert wird. Dies hätte zur Folge, daß die zur eigenverantwortlichen Ausübung des ärztlichen Berufs berechtigende Approbation erst im Anschluß an das dann dreijährige „Praktikum" erteilt würde. Dieses Modell käme der Pflichtweiterbildung für den „Hausarzt" gleich.

Darüber hinaus wird überlegt, der gesetzlichen Krankenversicherung zunächst bis Ende 1990 „Experimentiermöglichkeiten" zu bieten. Die Sozialexperten der Koalition denken dabei unter anderem an neue Formen der Selbstbeteiligung, an neue Leistungs- und Beitragsformen (z.B. Beitragsrückvergütung, Übergang von der Sachleistung zur Kostenerstattung), um Anreize zu gesundheitsbewußtem und wirtschaftlicherem Verhalten zu schaffen.

Die Kommission, der unter Vorsitz von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm für die CDU Generalsekretär Heiner Geißler und der Arzt Karl Becker, für die CSU Bayerns Sozialminister Franz Neubauer und der Abgeordnete Kurt Faltlhauser sowie für die FDP die Abgeordneten Irmgard Adam-Schwaetzer und Dieter-Julius Cronenberg angehören, soll rasch Vorschläge erarbeiten.

Zur langfristigen Konsolidierung der Kassenfinanzen soll eine Strukturreform der Krankenversicherung auf der Basis des im Frühjahr von Blüm vorgelegten Zehn-Punkte-Programms erarbeitet werden. Über erste Vorschläge soll die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen am 18. November beraten.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unbezahlbare Gesundheit

Von Peter Jentsch

Seit Jahren bestimmt die „Kostenexplosion" die Diskussion über den Medizinbetrieb. Die Wirkung diverser Kostendämpfungsgesetze ist verpufft, die Beiträge stiegen weiter (mittlerweile auf 11,84 Prozent). 1985 droht den kranken Kassen ein Defizit in Höhe von zwei Milliarden Mark (bei einem Ausgabenvolumen von 105 Milliarden). Das bedeutet, wenn nichts geschieht, Beitragssätze von mehr als zwölf Prozent.

Immer mehr Ärzte drängen auf den „Markt" und schaffen sich ihre Klientel; sie sind die Hauptursache für die Kostenexpansion. Immer mehr und teurere Medikamente werden produziert und immer größer wird der Anspruch der Versicherten, für ihre Beiträge so viel wie möglich herauszuholen. Was aber erschwerend hinzukommt: Bund und Länder konkurrieren mit Ärzten, Krankenhäusern oder Pharmaindustrie um den Milliarden-Kuchen.

Der geplante Ausbau der häuslichen Pflege bedeutet für den Kassenhaushalt jährlich mehr als zwei Milliarden Mark Zusatzaufwand. Das Bundeserziehungsgeldgesetz kostet die Krankenversicherung 300 Millionen Mark. Die Übernahme der Aufwendungen für Aids-Untersuchungen durch die Kassen wird auf etwa 100 Millionen Mark geschätzt. Insgesamt werden diese Neuregelungen die Krankenversicherung in den kommenden Jahren mit zusätzlich 5,2 Milliarden Mark belasten.

Was ist zu tun? Die Anspruchsinflation dämpfen, einmal, indem man bestimmte Leistungen „ausgrenzt" (nicht mehr von der Kasse bezahlen läßt, etwa Brillen; da ist die Frage der Pille auf Krankenschein ebenso wie der Abtreibung auf Krankenschein ein Thema für sich) und die Versicherten durch Beitragsrückerstattung ermutigt, nicht öfter zum Arzt zu gehen, als sie wirklich müssen. Und dann wird die sehr heiße Frage geklärt werden müssen, ob wirklich jeder Arzt die Kassenzulassung bekommen muß. Für viele Ärzte stellt sich hier ein hartes Problem – so hart wie für viele Lehrer oder Juristen, die auch nicht automatisch mit einkommenssicheren Arbeitsplätzen rechnen können. Aber die Bezahlbarkeit der Versicherung geht dem Interesse derjenigen vor, die ein Studium absolviert haben und den Lohn für ihre Mühe erwarten.

In die Isolation

Von Werner Thomas

Während Nicaraguas Kulturminister Ernesto Cardenal deutsche Lande bereist, um Sympathien und Spenden für seine bedrängte sozialistische Volksrepublik zu sammeln, gab es ein eindrucksvolles Urteil aus Lateinamerika selbst: Ecuador hat als erster Staat des Subkontinents die Beziehungen zu dem sandinistischen Regime gebrochen.

Präsident Leon Febres Cordero reagierte damit auf Attacken seines Amtskollegen Daniel Ortega. Dieser hatte Febres Cordero beschrieben als „ein Instrument der Vereinigten Staaten zur Teilung der lateinamerikanischen Gemeinschaft und Behinderung der Friedensbemühungen in Mittelamerika".

Ecuador ist ein demokratisches Land mit großem Ansehen in der Region. Febres Cordero ist, im Unterschied zu Ortega, durch freie Wahlen ins Präsidentenamt gekommen, und sogar Fidel Castro hat ihn als pragmatischen Politiker gewürdigt. Ecuador trat soeben einer südamerikanischen Länder-Gruppe bei (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay), die den Contadora-Staaten Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela bei der Friedenssuche helfen will.

Nicaragua unterhält dagegen mit keinem seiner Nachbarn (Costa Rica, El Salvador, Honduras) freundschaftliche Beziehungen, im Gegenteil: Die Spannungen verschärfen sich ständig. Der Comandante Ortega verdankt seine Macht der Waffengewalt und einem manipulierten Urnengang. Es war die Kritik des ecuadorianischen Präsidenten an den undemokratischen Verhältnissen in Nicaragua, die Ortega in Rage brachte. „Ehrliche Wahlen", hatte Febres Cordero gesagt, seien die Voraussetzung für eine Entschärfung des Konfliktes in Mittelamerika. Und er hatte auch angemerkt, daß Nicaraguas Versuch, das Problem Mittelamerikas in eine Auseinandersetzung zwischen Nicaragua und den USA umzudeuten, die Wirklichkeit entstelle und eine regionale Lösung ohne fremde Einmischung verhindere.

Aber mit den ehrlichen Wahlen ist und bleibt das so eine Sache für ein Regime, das sich nicht auf demokratische Legitimation, sondern auf die „Revolution" beruft. So geraten die Comandantes immer weiter in die Isolation.

Berliner Schützenfest

Von Reginald Rudorf

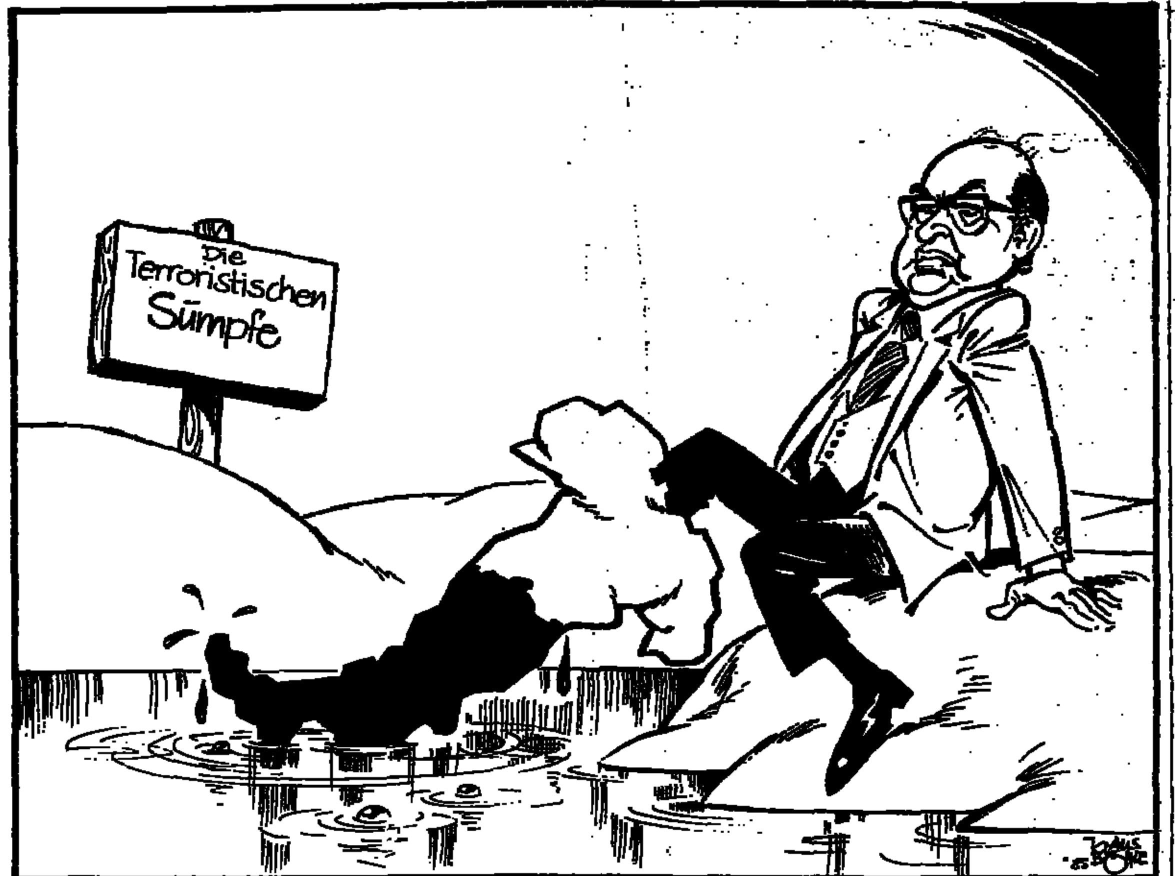
Gegen Lothar Loewe, den Intendanten des Senders Freies Berlin, läuft seit Jahren eine Kampagne. Der Mann, den Honecker als ARD-Korrespondenten nach seinem Hinweis auf die Menschen vertrieb, die dort wie Hasen abgeschossen werden, soll seinerseits hier abgeschossen werden, weil er politisch unliebsam ist. Das Strickmuster war immer dasselbe: Die sogenannte Redakteursversammlung lanciert ein Papier im Namen von 78 oder 111 oder gleich 600 angeblichen SFB-Mitarbeitern, die angeblich gegen den Intendanten protestieren.

Die Zahlen sind allerdings frei erfunden. Entweder stehen unter den „Resolutionen" gar keine Namen; oder es stehen, wie letzthin, statt 111 Namen nur sieben unter dem Papier. Dazu kommt: Beim SFB können im Redakteursausschuß auch freie Mitarbeiter mitstimmen – in der ARD einmalig.

So sollen auf einem Personal-Treff in diesen Tagen 600 SFB-Leute gegen den Intendanten votiert haben. Tatsächlich waren es kaum 500, unter ihnen auch freie Mitarbeiter, deren Anwesenheit aus gutem Grund nicht beziffert wurde – die freien Mitarbeiter sind abhängig von Redakteuren, die Aufträge an sie vergeben. Die Öffentlichkeit erfuhr auch nicht, daß laut ARD-Jahrbuch 1985 der SFB 1373 „besetzte Planstellen" (mit durchschnittlich 4888 DM Monatsgehalt) zählt, so daß die Endsumme der Revoluzzer immer geringer wird.

Inzwischen hat Loewe dem „Redakteursausschuß" gekündigt („der SFB ist doch keine Räterepublik"). Er sieht die Ursache der Kampagne nicht zuletzt darin, daß er den Sender publizistisch auf Trab bringen will, was einigen Planstellenbesetzern offenbar unangenehm ist. Aber: „Dabei wird keiner erleben, daß ich das Handtuch werfe."

Schwerer als die Resolutionspapiere allerdings wog eine Denunziationskampagne, die Loewe finanzielle Unkorrektheiten unterstellte. Inzwischen ist dieser Teil der Bemühungen zusammengebrochen: Die „Treuhand" hat dem Vernehmen nach Loewe in allen Punkten rehabilitiert. Es wird Zeit, daß die maßgebenden politischen Kräfte der Stadt den Intendanten, der den Sender des freien Berlin in Ordnung bringen soll, vor den Heckenschützen in Schutz nehmen.



Trockenlegung versäumt KLAUS BÖHLE

Manöver vor dem Gipfel

Von Herbert Kremp

Die Gipfel-Politiker Reagan und Gorbatschow gleichen zwei Schachspielern, die unter sehr verschiedenen Bedingungen antreten. Der eine ist von einer lauten Öffentlichkeit umgeben, die seine Strategie, noch bevor diese festliegen kann, einem umfänglichen und widersprüchlichen medialen Prozeß unterwirft. Der andere beeinflußt die Öffentlichkeit, indem er Initiativen ergreift, die in seinem Bereich weder strittig diskutiert noch unterschiedlich dargestellt werden. Gorbatschow ist in dieser Optik Herr des Verfahrens, Reagan hingegen ein Mann, der reagieren, abwehren und zustimmen muß, bevor er selber zur Aktion übergehen kann. Bedeutet dies, daß Gipfel-Diplomatie sich in ihrer propagandistischen Vorbereitung erschöpft und daß die sowjetische Seite Vorteile erringt, ohne selbst etwas opfern zu müssen?

Die lange Geschichte der Gipfel-Begegnungen läßt Skepsis angezeigt erscheinen. Daladier, Chamberlain, Roosevelt, Truman, Churchill, Attlee und später Eisenhower, Kennedy, Nixon und Ford – sie alle standen oder fühlten sich unter dem Zwang, Ergebnisse mit nach Hause zu bringen, die als Erfolge dargestellt oder empfunden werden konnten. Hat sich daran etwas geändert, gibt es etwas Neues? Um die Skepsis nicht überborden zu lassen, empfiehlt es sich, die Situation des Gegenspielers zu beleuchten. Gorbatschow hat Vorteile und Lasten übernommen, die sein System, mithin seine Macht unausgewogen erscheinen lassen. Konsolidiert ist die Sowjetunion nicht.

Dem neuen Herrn ist es aufgegeben, die errungene militärische Überlegenheit zu sichern – denn sie ist eine relative, beeinflußbare Größe. Um aber das Land als Ganzes voranzubringen (man sollte das verbrauchte Wort „Reformen" meiden), müßte er den militärisch-industriellen Komplex und dessen aufgequollene Bürokratien abspecken. Die Verteilung des volkswirtschaftlichen Ergebnisses ist unbalanciert. Er müßte die Pyramide von der Spitze auf die Basis stellen – wie es Karl Marx ja als seine Aufgabe betrachtet hatte, die Philosophie Hegels vom Kopf auf die Beine zu bringen. Der Widerspruch tritt deshalb so scharf hervor, weil es dem Marxismus-Leninismus nicht gelungen ist, den Dukatenesel zu erfinden. So muß sich der Generalsekretär entscheiden, was er aber aus eigener Kraft nicht vermag. Dies könnte sein Interesse an Rüstungsbeschränkungen und Abrüstungen begründen. Nicht weil er ein guter, friedfertiger Mensch wäre, sondern weil der Zwang, der Stiefvater der meisten guten Taten, ihn in diese himmlische Richtung bewegte.

Ein Mann, der aus der kommunistischen Ideologie kommt und auf jeden Fall einen massiven Nationalismus vertritt, ein Mann überdies, der auf Schritt und Tritt beobachtet wird, sucht die Entlastung verständlicherweise auf Kosten seiner Verhandlungspartner. Er sagt sich, es könnte für die Amerikaner nicht uninteressant sein, die Reduktion strategischer Atomwaffen zu diskutieren, bei denen er über ein eindrucksvolles qualitatives, quantitatives und entwicklungsmäßiges Übergewicht verfügt. Nun kommt es auf das Kleingedruckte und auf Begriffsdefinitionen an. Wenn man unter strategischen Waffen Systeme versteht, die amerikanisches und sowjetisches Territorium erreichen können, muß die Nachrüstungs-Pershing reduziert werden, während die Europa-deckenden SS 20 unberührt bleiben. Diese könnten vom Overkill auf Kill reduziert werden, was viele Herzen schon erfreute. Man hätte damit den Westen – endlich – in zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit geteilt und könnte den politischen Folgen ruhig entgegensehen. Auf den Rest-Pershings würden dann die Deutschen sitzen – auch das ergäbe eine interessante Perspektive.



Erfolgszwang: Chamberlain, Daladier 1938 in München FOTO: ULLSTEIN

So weit, so gut. Aber die Reduktion der Langstreckenwaffen, an denen die USA nicht nur nach Gorbatschows Kalkül interessiert sind, sondern aus eigenen Sicherheitserwägungen, wäre natürlich nur dann denkbar, wenn Washington von seinen hybriden SDI-Plänen Abstand nähme. Die Strategische Verteidigungsinitiative ist der zentrale Punkt, um den die sowjetischen Sorgen kreisen. Ob es zur Stationierung weltraumgestützter Anti-Raketenwaffen kommt oder nicht – der technologische Schub, den das hochsubventionierte Projekt erzeugt, ist so gewaltig, daß die Sowjets entwicklungsmäßig und finanziell ins Hintertreffen geraten müßten. Hier wird die Sache ernst. An eine Ausbalancierung der Verteilung, an eine Erhöhung der zivilen Investitionen wäre dann nicht zu denken. Gorbatschow käme über Chruschtschow nicht hinaus. Deshalb richtet er seine volle propagandistische, aber auch seine rüstungsdiplomatische Energie darauf, die amerikanische Initiative möglichst schon im Ansatz zu unterbinden.

Er findet in dieser Schlüsselfrage unter den Verbündeten der USA abgestuften Zuspruch. SDI bereitet dort vielfach innenpolitisches Unbehagen. Es gibt aber auch eine schwankende interne Diskussion in Amerika selbst. Das Interesse der Westeuropäer ist auf die landgestützten atomaren Systeme gerichtet. Sie befürchten, daß SDI den Bündnisraum waffentechnologisch in Zonen unterschiedlicher Sicherheit aufspalten könnten, erkennen aber gleichzeitig, daß dieselbe Gefahr aus dem sowjetischen Verfahren droht, die SS 20 anders zu bewerten als die „strategische" Pershing. Die Europäer haben – man soll es jetzt sagen, damit sich später niemand wundert – Gipfelangst. Der Bundeskanzler wird beim Treffen mit Reagan darauf hinwirken, die sowjetische Raketen-Bewertung nicht zu akzeptieren. Gleichzeitig wird er fordern, die „Philosophie" der gegenwärtigen Abschreckung in der sicher noch langen Debatte über SDI zu schonen. Seine Mission ist etwas schmuckloser als ursprünglich gedacht, aber sie ist notwendig.

IM GESPRÄCH Karola Gramann

Oberhausen und Videoclips

Von Margarete von Schwarzkopf

Der Sprung von Frankfurt nach Oberhausen ist ihr nicht leicht gefallen. Aber Karola Gramann, 36 Jahre alt und bis zum vergangenen April „nur" Mitglied der Festival-Kommission der Oberhausener Festspiele, die sie jetzt leitet, jammert ihrer Vergangenheit als Frankfurter Filmkritikerin nicht nach. Es gibt genug zu tun, um die Kurzfilmtage von Oberhausen, die im Ausland einen wesentlich besseren Ruf haben als bei uns, aus der Krise herauszuführen und wieder attraktiver zu gestalten.

Pläne hat die neue Leiterin des Festivals in reichem Maße, um Oberhausen wieder „unters Volk" zu bringen. Es stehen einige Änderungen ins Festspielhaus in der Luise-Albertz-Halle. Allein der Rahmen des Festivals müsse schöner, glanzvoller gestaltet werden. Das Wettbewerbsprogramm, in den vergangenen Jahren ein wahrer Marathonlauf für das Publikum und die Kritiker, soll, so Karola Gramann, in Zukunft straffer sein. „Wir denken daran, auch andere Kunstformen wie Tanz und Performance in unser Programm einzubeziehen und in Sonderprogrammen die Möglichkeit zu bieten, sich mit neuen Medienformen wie dem Videoclip auseinanderzusetzen."

Das Bürgerinteresse war in den letzten Jahren nicht allzu lebhaft – abgesehen von der Eröffnungs- und der Abschlußfeier und den Vorstellungen für Kinder und Jugendliche. Ein Kurzfilmtage-Trailer könnte, so Karola Gramann, einige Wochen vor dem Beginn der Kurzfilmtage in den Kinos vor Ort die Lust der Zuschauer auf das nahende Ereignis anheizen.

Bislang lag eines der Hauptgewichte der Oberhausener Filmtage auf dem Filmschaffen in Lateinamerika. Peter B. Schumann, der bislang



In die Ferne schweifen: Karola Gramann FOTO: DPA

diesen Teil der Kurzfilmtage unter seiner Obhut hatte, ist ausgeschieden. Das Gewicht soll nun stärker auf andere ferne Filmlandschaften, etwa in Südostasien, verschoben werden. Beibehalten aber wird, so die Leiterin, die Retrospektive, d. h. eine Serie von Filmen über bestimmte Themen. Karola Gramann denkt dabei u. a. an Kurzfilme, die einmal Themen aufarbeiten wie kleine Zwistigkeiten, etwa „in Familie und am Arbeitsplatz".

Karola Gramann stellt sich eine weltweite Aufgabe: „Wir müssen uns weiterhin intensiv um die Filme unserer europäischen Nachbarn kümmern; andererseits aber dürfen wir filmische Veränderungen in der Medienlandschaft und neue Filmländer nicht aus den Augen verlieren." Dazu will sie die Kontakte unter den Filmemachern verstärken, die nach Oberhausen zum Teil mit sehr hohen Erwartungen kommen, und die Medien wieder stärker an Oberhausen interessieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die „Aktionswoche" der Gewerkschaften wird in verschiedenen Blättern kommentiert:

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Für die Regierung Kohl besteht kein Anlaß, sich einschüchtern zu lassen. Sie hat eine Wende bewirkt, die vor dem Hintergrund des vorhergegangenen Niedergangs benotet werden muß. So stieg in den letzten beiden Jahren der Regierung Schmidt die Arbeitslosigkeit um 43 beziehungsweise 44 Prozent, seither nochmals um 23 Prozent, während sie zuletzt mit 0,3 Prozent fast zum Stillstand gekommen ist. Die Kurzarbeiterzahl verringerte sich um 700 000, und über 200 000 neue Arbeitsplätze konnten geschaffen werden. Zudem kamen den Arbeitnehmern 15 Milliarden an Kaufkraft allein 1984 durch die Senkung der Inflationsrate auf 2,4 Prozent zugute. Was den Abbau der Sozialleistungen anbelangt, nahezu 100 Milliarden mußte bereits die Regierung Schmidt kürzen, die Regierung Kohl hat knapp 60 Milliarden zu verantworten. Dafür kann sie den Anspruch erheben, einen Teufelskreis durchbrochen zu haben, der unter den Sozialdemokraten die Staatsverschuldung ständig steigerte, Investitionen hemmte, Arbeitsplätze kostete, immer höheren Sozialaufwand verursachte und dadurch in noch tiefere Verschuldung führte. **(Karlsruhe)**

Süddeutsche Zeitung

Der konservative Ordnungsfaktor Gewerkschaft muß beweglicher werden, oder er wird als Fossil mit schwindender Bedeutung in einer völlig geänderten Soziallandschaft stehen. Diese Erkenntnis einer Krisensituation und nicht der Glaube an die arbeitsplatzschaffende Wirkung einer Aktionswoche ist es, die die Gewerkschaften nun gegen die Regierenden zu Felde ziehen läßt, ... um von ihren Schwierigkeiten abzulenken und ihren zweifelnden Mitgliedern den äußeren Feind zu besorgen, der die Solidarität zu stabilisieren hat. **(München)**

Frankfurter Allgemeine

(Der Wahlerfolg des belgischen Austerity-Politikers Martens) erlaubt zumindest die Frage, ob der DGB gut beraten ist bei dem Versuch, eine angebliche Mehrheit gegen die Bonner Regierungspolitik auszuspielen, gegen jene Mehrheit, die 1983 diese Regierung möglich gemacht hat. Der DGB hat das Recht zur Kritik. Aber er sollte dabei das Maß wahren.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Der Protest ist legitim, auch wenn es nicht um eine „Bonner Kriegserklärung" geht, wie ein Gewerkschaftsführer lautstark rief... Dennoch ist zu fragen, ob Helmut Kohl klug war, die Aktionen mit dem vollmundigen Satz zu kommentieren, er werde „die Herausforderung ohne Wenn und Aber annehmen". Was soll das? Wenn die Flugblätter verweht sind, wird auch er mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern wieder über Auswege aus der Misere nachdenken müssen. **(Essen)**

WZ Westdeutsche Zeitung

Etwas wird mit Sicherheit erreicht: Die Massenarbeitslosigkeit, mit der zu leben sich die große Mehrheit der Beschäftigten abgefunden hat, bleibt mahnend im Gespräch. Zumindest der Zeitpunkt für die Proteste gegen die Regierungspolitik ist unglücklich. Immerhin war die Sprachlosigkeit zwischen Regierung und den Gewerkschaften erst kürzlich mit dem Dreier-Treffen im Bundeskanzleramt beendet worden. **(Düsseldorf)**

Arbeitslosigkeit und der Vergleich mit Weimar

Wie man eine Unpäßlichkeit zur Krise hochzustilisieren sucht / Von Peter Gillies

Von Großorganisationen, die „Aktionswochen" ausrufen und sich um die Präsenz ihrer Mitglieder sorgen, darf man keine feinziselierten Argumente erwarten. Grobschlächtig müssen die Parolen und reißerisch die Spruchbänder sein. Unterhalb von „Sozialabbau" und „Massenelend" machen es die Gewerkschaften nicht. Politiker wissen (vielleicht), daß Bonn nicht Weimar ist, aber in einem Punkt ziehen die Gewerkschaftler doch gern ein wenig mehr Weimar heran: Weltwirtschaftskrise damals – Weltwirtschaftskrise heute, 1985 wie 1929/1932 Massenarbeitlosigkeit und Massenelend der lohnabhängigen Massen.

Daß diese sorgsam erzeugte historische Verdrehung überhaupt verfängt, mag mit unserem Bildungswesen, unserem zerstörten geschichtlichen Wurzelwerk oder einfach damit zusammenhängen, daß die Stimme der Väter und Großväter nicht gehört wird oder zu erlöschen beginnt. Auf den ersten Blick mögen sich Parallelen anbieten, etwa jene, daß heute wie seinerzeit Millionen Menschen arbeitslos waren. Wer jedoch nur wenig tiefer pflügt, stößt auf eine Fülle von Unvergleichbarkeiten.

Im Deutschen Reich des Jahres 1932 waren auf dem Höhepunkt der Depression 5,6 Millionen Menschen arbeits- und – was noch schwerer wiegt – weitgehend hoffnungslos. Es konnte keine Rede davon sein, daß etwa (wie heute) jeder zehnte Erwerbslose keine Vollarbeitsstelle, sondern nur einen Teilzeitjob begehrte. Zumutbarkeitserwägungen, wie sie heute in Arbeitsämtern vorgebracht werden, oder defensive Gespräche mit Personalchefs gab es nicht. Der Arbeitslose des Jahres 1932 war auf sein kreatürliches Existenzminimum zurückgeworfen. Der des Jahres 1985 trägt zwar auch ein schweres Schicksal, aber er bleibt Mitglied der Sozialgesellschaft.

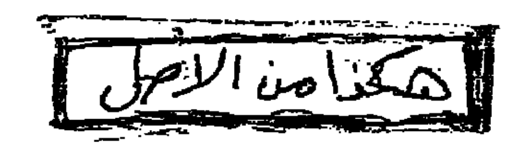
Anfang der dreißiger Jahre erhielt ein Arbeitsloser nur rund ein Viertel seines Tariflohnes als Arbeitslosenunterstützung, nach einem halben Jahr rutschte er in die Fürsorge, bei der man sich darüber streiten darf, ob sie an oder unterhalb der Hungergrenze lag. Die Hauptunterstützung schwankte zwischen 6,00 und 22,00 Reichsmark je Woche; im Jahre 1932 betrug der monatliche (!) Durchschnittsbetrag 43,46 Mark. Auch diese Summe bekamen nur jene rund 20 Prozent, die Arbeitslosenunterstützung erhielten, der Rest fiel in die Krisen- oder die öffentliche Fürsorge.

Für die Durchschnittsunterstützung erhielt ein Arbeitsloser im Jahre 1932 noch nicht einmal einen Straßenanzug; ein Kilo Fleisch kostete vielleicht 1,50 Mark, ein Hähnchen etwa zwei Mark – beides unerreichbar für jene 5,6 Millionen Arbeitslosen. Ein Kaufkraftvergleich macht die Unterschiede deutlich: Für ein Brathähnchen mußte man fast vier Stunden arbeiten, heute sind es allenfalls fünfzehn Minuten.

In der Depression 1932 gab es Revolten, Hungernde plünderten Lebensmittelgeschäfte. Wenn der Polizeibericht heute „Glasbruch" und Vandalismus bei Demonstrationen verzeichnet, haben sie mit mancherlei Motiven zu tun, aber nicht mit Hunger. Auch die gesamtwirtschaftlichen Daten unterschieden sich grundlegend. Die Große Krise ließ zwischen 1929 und 1932 das Sozialprodukt im Deutschen Reich um mehr als vierzig Prozent schrumpfen, heute wächst es auf hohem Niveau stetig (wenn auch nicht ganz so stürmisch, wie man es sich vielleicht wünschte). Schließlich sank damals die Beschäftigung um knapp dreißig Prozent, während sie heute langsam wieder steigt (freilich noch nicht stark genug, um die Arbeitslosenzahlen entsprechend zügig zu senken).

Nicht daß die Weltwirtschaft nicht aus der Vergangenheit lernen könnte – das ist nie verboten –, aber ein seriöser Vergleich muß zu der Erkenntnis kommen, daß jede Krise ein individuelles Verlaufmuster wie ein Fingerabdruck aufweist. Die Älteren wissen, daß die Beschwörungen von Weimar abwegig sind, wiewohl auch sie nicht verkennen, daß Arbeitslosigkeit ein schweres Schicksal bleibt. Vor allem unterscheidet uns dies von 1932: arbeitslos bedeutet heute nicht hoffnungslos, schon gar nicht Hunger und Elend. Warum versuchen gewerkschaftliche Aktionswöchner dann diesen Vergleich mit der Brechstange herzustellen? Die Antwort ist eine politische oder, wenn man will, eine verbands- oder gesellschaftspolitische: Da der Begriff der Krise ein wichtiges Vehikel für den Transport allgemeiner Verdrossenheit und Opposition ist, muß sie herbeigezwungen werden.

Diese Marschroute mag durchsichtig sein, unlogisch ist sie indes nicht. Das Publikum empfindet eine bestimmte Lage nie als Krise, es sei denn, sein Krisenbewußtsein wird entsprechend geschürt. Nicht die objektiven Befunde sind ihm wichtig, sondern die allgemeine Stimmung, die öffentliche wie die veröffentlichte. So kann auch eine Unpäßlichkeit zur Depression hochstilisiert werden. In dieser Horrorspirale liegt die Gefahr der schrecklichen Vereinfacher, die Bonn mit Weimar drohen.



Ein Stern bricht in eine neue Dimension auf

Der Wettlauf um führende Marktpositionen bei Produkten der Hochtechnologie ist in vollem Gange. Mit ihrem Einstieg bei AEG geht die Daimler-Benz AG, künftig der größte Konzern der Bundesrepublik, den Weg, den die amerikanischen Auto-Giganten vorgezeichnet haben.

Von WERNER NEITZEL

Detroit, die Autometropole Amerikas, hat unübersehbar Zeichen gesetzt und deutlich gemacht, wohin die Reise geht: Neben einigen bedeutenden Neuerwerbungen im Computerbereich und anderer elektronischer Anwendungen schluckte General Motors als der Welt größter Automobilkonzern in diesem Jahr mit einem Einsatz von fünf Milliarden Dollar das große amerikanische Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen Hughes Aircraft.

Auch Ford lachte sich eine Reihe von Elektronik-Firmen an. Chrysler schließlich machte in diesem Jahr mit der Mehrheitsübernahme der Gulfstream Aeropspace, einem großen Flugzeugbauer, Schlagzeilen. Die Japaner sind ohnehin in großen, vielseitig ausgerichteten Konzernblökken zusammengeschweißt. Es ist ein Faktum, das im Zuge des Vordringens der Mikroelektronik mit ihren vielen Anwendungs möglichkeiten ganze Branchen und Produktbereiche ineinanderwachsen. Die Grenzen verschwimmen.

So befindet sich denn auch Daimler-Benz in voller Fahrt Richtung Technologie-Konzern und ist inzwischen ein „zu Lande, zu Wasser und in der Luft" präsentes Unternehmen. „Trotz dieser Diversifikation wird Daimler-Benz im Kern ein Automobil-Unternehmen bleiben, das im anspruchsvollen Markt hochwertiger Personenwagen und Nutzfahrzeuge seine traditionellen Aufgaben sieht", versichert Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt. Das Auto werde auf dem Wege in sein zweites Jahrhundert immer mehr zu einem High-Tech-Produkt. Dazu sei es erforderlich, „daß die hohen Entwicklungskosten auf „ein breites Feld" verteilt werden, begründet der Daimler-Benz-Chef die Engagements der letzten Zeit.

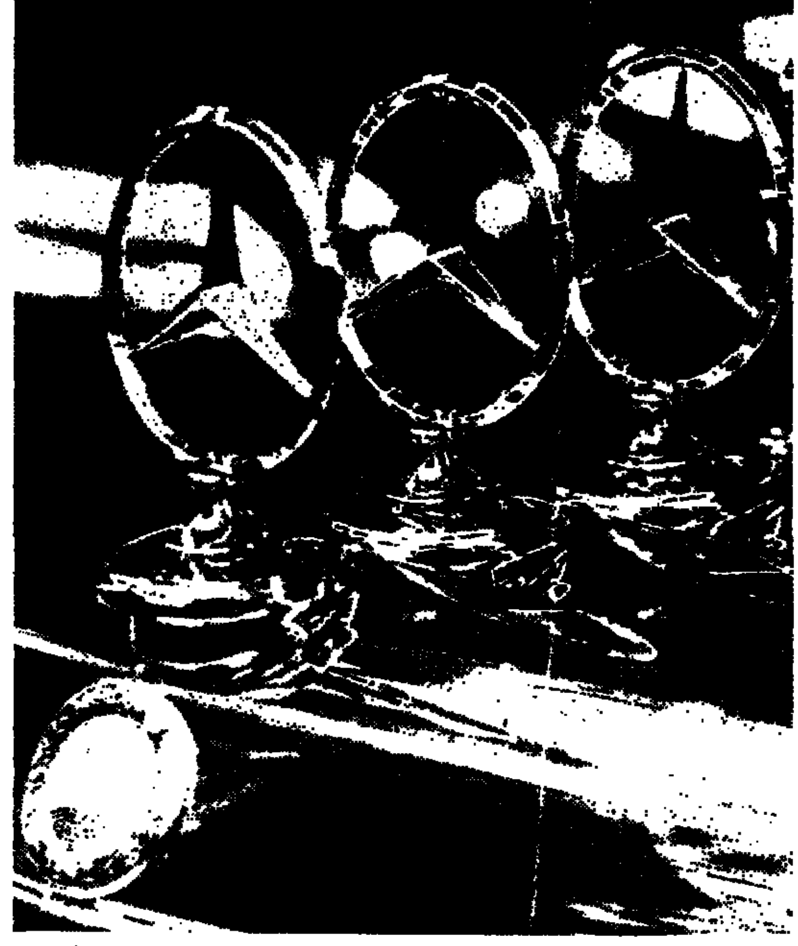
Hier ließen die Stuttgarter Autobauer, denen man im Hinblick auf ihre hohe Finanzkraft lange Zeit eine eher zu bedächtige, übervorsichtige Unternehmenspolitik nachsagte, in diesem Jahr einen Paukenschlag dem anderen folgen: Im Frühjahr übernahm Daimler-Benz zu einem Preis von 600 bis 700 Millionen Mark von der MAN deren 50prozentige Beteiligung an der Motoren- und Turbinen-Union (MTU), München/Friedrichshafen. Damit wurde dieser mit einem Jahresumsatz (1984) von 2,4 Milliarden Mark bedeutende Hersteller von Hochleistungs-Dieselmotoren (auch für Schiffsantriebe) und Flugzeugtriebwerken zu einer 100prozentigen Tochter von Daimler-Benz, die bis dahin bereits zu 50 Prozent beteiligt war.

Dieses verstärkte Engagement sieht man bei Daimler-Benz als einen „konsequenten Schritt zur angestrebten Verbreiterung der Unternehmensbasis in Richtung auf neue anspruchsvolle Technologien". Angeknüpft werde auch an Traditionen, die bis zur Jahrhundertwende zurückreichten und mit Namen wie Maybach oder Zeppelin verbunden seien.

So verspricht man sich bei Daimler-Benz von der Weiterentwicklung der modernen Triebwerkstechnik bei MTU von den Forschungsprojekten in der Elektronik und von neuen Werkstoffen für den Automobilbau profitieren zu können. Dies träfe beispielsweise zu auf die bei der MTU erprobte Keramiktechnologie (dieser Werkstoff ist besonders leicht und hitzebeständig) für den Motorenbau oder auch für Entwicklung von Gasturbinen. Mit in den Verbund wurden nicht zuletzt auch so interessante MTU-Töchter wie die Frankenthaler Firma Kühnle, Kopp & Kausch (KKK), einer der führenden Hersteller von Turboladern, und die Software-Firma MTU Informationssysteme GmbH eingebracht.

Nur kurze Zeit nach dem kompletten Erwerb der MTU folgte bereits der zweite Coup: Nach langem zähen Ringen mit den untereinander völlig zerstrittenen Erben des verstorbenen Flugzeugpioniers und Firmengründers Claudius Dornier stieg Daimler-Benz mit einer Mehrheitsbeteiligung von 65,5 Prozent zu einem Kaufpreis von gut 400 Millionen Mark beim Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier, München/Friedrichshafen, ein. Um diese mit viel Know-how und hoher Innovationskraft ausgestattete Unternehmens-„Perle" hatte sich unter anderem auch Mannesmann beworben, doch machten – wobei der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth als Moderator der Verhandlungen mitwirkte – schließlich die geduldig verhandelnden Daimler-Benz-Leute das Rennen.

Hier ergibt sich insbesondere zur MTU eine höchst attraktive Programmergänzung. In der Kombination von Dornier und MTU wird Daimler-Benz gewissermaßen zum Komplettanbieter von Flugzeugen.



Hinter diesem Markenzeichen stehen bald 60 Milliarden Mark Umsatz FOTO: SVEN SIMON

Überdies bringt Dornier (1,69 Milliarden Mark Umsatz in 1984), dessen Produktpalette von Flugzeugen über Komponenten für die amerikanische Weltraumfähre Space Shuttle bis hin zu Nierenstein-Zertrümmerern reicht, besondere Forschungserfolge in der Röntgenstrahlen-Technologie oder auch in der Entwicklung neuer Werkstoffe in den Verbund ein.

Den jüngsten und zugleich größten Happen, dem 11 Milliarden Mark Umsatz schweren AEG-Konzern, dessen Kapitalmehrheit die Untertürkheimer für mindestens 1,6 Milliarden Mark in die Scheuer fahren wollen, sieht Daimler-Benz-Chef Breitschwerdt als einen Aufbruch in eine „neue Dimension". Denn zusammen mit MTU, Dornier und demnächst wohl auch AEG avanciert der Daimler-Benz-Konzern zum größten deutschen Industrie-Unternehmen mit über 60 Milliarden Mark Umsatz und etwa 295 000 Beschäftigten weltweit. Der Zugriff auf AEG erfolgt zu einer Zeit, in der sich der Elektrokonzern nach drastischer Schrumpfkur und nach einem erfolgreichen Vergleichsverfahren wieder schwarze Zahlen zu schreiben beginnt. Dem Konzern werden gute Wachstumschancen in Hochtechnologie-Bereichen, beispielsweise der Informations-, Hochfrequenz- und Kommunikationstechnik, zugetraut.

Die Kapitalkraft von Daimler-Benz wird es der AEG ermöglichen, bei den Investitionen und Forschungsprojekten zuzulegen. Überschneidungen der Produktprogramme gibt es so gut wie keine. Im Gegenteil, beide Gruppen ergänzen sich auf vielen Gebieten. AEG-Chef Heinz Dürr, dem eine renommierte Anlagenbaufirma in Stuttgart gehört, sieht denn auch rosige Zeiten heraufziehen: „Der gemeinsame Weg kann in Ruhe, ohne kurzfristigen Erfolgszwang oder Reibungsverluste gegangen werden." Mit einer neuen Struktur und dem starken Partner wolle man auf einer gemeinsamen Basis „neues unternehmerisches Potential" erschließen.

Etwa jede zweite Mark Umsatz hole die AEG auf dem Gebiete der Hochtechnologien herein. Zwischen zehn und 15 Prozent des Umsatzes macht der Anteil der Wehrtechnik bei AEG aus, ein Geschäft, das bei der MTU (Motoren für Schnellboote, Panzermotoren für den Leopard II, Turbinen für das Kampfflugzeug Tornado) und Dornier (Alpha Jet u. a.) größere Bedeutung hat. Die bei diesen Entwicklungen gewonnenen Erkenntnisse kämen sehr stark auch zivilen Zwecken zugute, stellt Breitschwerdt fest. Ziel sei es, durch Wachstum den zivilen Sektor weiter zu stärken.

Die Verbindung zum Automobilgeschäft ist bei AEG direkt gegeben: Das Unternehmen ist ein bedeutender Lieferant von Ausrüstungen für die Automatisierung, von Elektromotoren oder Kabelsätzen und setzt in dieser Sparte 200 Millionen Mark (1984) um. Selbst dem schwierigen Hausgeräte-Geschäft bei AEG weiß der Daimler-Chef etwas Positives abzugewinnen: Auch dies sei ein Gebiet, auf das man die hohen Entwicklungkosten verteilen könne.

Geschäftspartner: AEG-Chef Heinz Dürr und der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Werner Breitschwerdt FOTO: AP

Salmfilet oder Höhlen-Käse, Exklusives macht das Geschäft

Spezialitäten sind gefragt, das Feine, die Qualität – nicht Masse, sondern Klasse. Dieser Trend läßt sich auf der diesjährigen Anuga ausmachen, der Genußmittel-Fachmesse in Köln. Und alle drängen auf den deutschen Markt, wo ein scharfer Wettbewerb die Preise im Zaum hält.

Von HANS-J. MAHNKE

Ein bretonischer Hersteller tiefgekühlter Fischgerichte sucht auf dem „Weltmarkt der Ernährung", wie sich die Anuga, die Allgemeine Nahrungs- und Genußmittel-Ausstellung in Köln nennt, für zwei neue Produkte einen Importeur für Deutschland. Er offeriert mit Salmmousse gefüllte Salmfilets, dazu eine Wein-Sahne-Sauerampfer-Soße, gefülltes Gemüse und Kartoffelpüree sowie Seezungenfilets tropischer Art, gefüllt mit Jacobsmuschelmousse in einer Wein-Sahne-Soße, umgeben von Kartoffelpüree.

Ein Beispiel aus einer Reihe zahlreicher Neuheiten, die allein von Franzosen präsentiert werden. Frankreich ist auch diesmal wieder der größte ausländische Aussteller auf dieser alle zwei Jahre stattfindenden Fachmesse. Nach den Holländern mit zwölf Prozent sind die Franzosen mit einem Anteil von elf Prozent der zweitwichtigste ausländische Anbieter auf dem deutschen Markt. Auch andere Länder stellen sich auf die Anuga speziell ein. So wartet die dänische Molkereiwirtschaft mit einem neuen Höhlen-Käse auf, der in den Kalkgruben von Mönstedt auf Jütland heranreift. Immerhin sind mehr als 5000 Aussteller aus 86 Ländern, die Hälfte davon aus der Dritten Welt, in Köln vertreten.

„Wenn 60 Prozent der Aussteller aus dem Ausland kommen, dann wird die Veranstaltung immer mehr zur Importmesse", merkt Claus Böking von der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) an, die sich um den Absatz deutscher Produkte kümmern soll. Und der deutsche Markt werde ein immer schwierigerer Markt, da auch die Ausländer immer stärker nach hier drängen. Auch sie sehen, wie die deutschen Produzenten, ihr Heil im Export.

Und der deutsche Markt steht hoch im Kurs, denn er ist der der kaufkräftigste in Europa. „Ohne Innovationen und Neuheiten ist aber auch hier nichts zu machen", meint ein italienischer Aussteller von Teigwaren. „Mit Spezialitäten", so ein Franzose, „können wir die Spannen verdienen, die wir brauchen." Massenprodukte scheint niemand im Visier zu haben. Das Angebot wird jedenfalls auf dem deutschen Markt breiter. Und der Wettbewerb sorgt dafür, daß sich die Preissteigerungen in Grenzen halten.

Auch die deutschen Anbieter setzen in erster Linie auf Qualität. Dies zeigt sich auch daran, daß das CMA-Gütesiegel immer beliebter wird. Ein Produkt darf es nur führen, wenn seine Herstellung ständig von unabhängigen Sachverständigen kontrolliert wird. Allein über den Preis läßt sich nach den Erfahrungen der CMA kein Geschäft mehr machen. Dies deckt sich auch mit neueren Untersuchungen über das Konsumverhalten in der Bevölkerung. Danach sind die Deutschen bereit, für eine entsprechende Qualität auch einen angemessenen Preis zu zahlen.

Da die Zahl der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte in den nächsten Jahren noch zunehmen wird, dürfte auch die Nachfrage nach Fertiggerichten weiter steigen. Und darauf stellen sich die Hersteller im In- und Ausland ein, nicht nur durch solche Speisen, die sich selber erhitzen, sondern vor allem durch immer neue Spezialitäten. Ein großer dänischer Hersteller von Fleischwaren, der bisher sein Hauptgeschäft in der Bundesrepublik mit Konserven gemacht hat, kommt im nächsten Jahr mit einem Tiefkühlkost-Angebot auf den Markt, „weil das jetzt ‚in' ist".

Aber die Anuga ist nicht nur eine Drehscheibe für den deutschen Markt. Immerhin kommen rund ein Viertel der Besucher aus dem Ausland. Es ist ein internationaler Treffpunkt. Die CMA lädt ausländische Importeure ein, um ihnen das deutsche Angebot zu zeigen. Die japanische Außenhandels-Organisation Jetro berät deutsche und ausländische Anbieter über die Absatzmöglichkeiten in dem Inselreich. Der italienische Produzent hat sich mit seinem Großabnehmer aus London verabredet. Beim deutschen Importeur von Früchten geben sich die Erzeuger aus aller Welt die Klinke in die Hand. Und die deutschen Produzenten sprechen mit ihrer ausländischen Kundschaft.

Auch in diesem Jahr läuft der deutsche Export von Nahrungsmitteln besser als das Inlandsgeschäft. Bis August legten die deutschen Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 3,9 Prozent zu, und das, obwohl das Geschäft mit den Staatshandelsländern und den Staaten des Nahen Ostens zurückging.

Im Vordergrund stehen auch bei den deutschen Exporteuren die kaufkräftigen Märkte in Europa, in Japan und in Nordamerika. Auch hier entscheiden letztlich die Konsumenten darüber, was läuft. Da die Franzosen stärker auf die Qualität von Rindfleisch Wert legen als die Deutschen, floriert das Geschäft mit Hintervierteln aus der deutschen Produktion. Dagegen sind die Franzosen mit dem Absatz von Vordervierteln für die Verarbeitung auf dem deutschen Markt zufrieden.

Sorgen bereiten Bestrebungen der USA, zum Abbau des hohen Handelsbilanz-Defizits die Einfuhren zu beschränken. Bisher wurden deutsche Agrarprodukte von den jüngsten Maßnahmen nicht betroffen.

Unsicherheit herrscht nach dem Weinskandal über das Japan-Geschäft. Angereiste Experten aus Tokio berichten, über den Absturz des Jumbo-Jets hätten die dortigen Zeitungen nur einige Tage berichtet, über den Weinskandal – zum Teil mit falschen Angaben – jedoch wochenlang. Dabei war der deutsche Weinexport mit 35 Millionen Mark im vergangenen Jahr nach Japan noch nicht gewaltig. Aber er ließ sich in letzter Zeit recht gut an. Vor allem steckt der fernöstliche Markt erst in den Kinderschuhen. Selbst in Tokio liegt der Pro-Kopf-Verbrauch von Wein erst bei einer Flasche jährlich. Und Wein ist auch auf der Anuga eines der Hauptprodukte. Aus Anbaugebieten, die bisher kaum bekannt waren, ob aus Frankreich, Italien oder Spanien, werden Spezialitäten präsentiert.

Wer sich in Köln – die Messe ist nur für Fachbesucher geöffnet – einfach nur umsehen will, ist bei der Fülle des Angebots hoffnungslos verloren. Die CMA bietet eine Beratung für Ausländer an, damit sie ihre entsprechenden deutschen Firmen auch finden.

Der Kampf um die Märkte wird härter. Selbst die Schweiz will sich jetzt eine zentrale Absatzförderungsorganisation für Agrarprodukte zulegen. „Bald wird in Europa jeder gegen jeden werben", meint der CMA-Geschäftsführer, Helmut Fahrnschon. Die Verbraucher können sich über die Vielfalt und über die Qualität freuen.



Hoher Besuch: Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Stand für Ausbildungsberufe im Gastgewerbe FOTO: AP

Das Beispiel von La Hague stärkt Wackersdorfer

PETER SCHMALZ, München

Während Zehntausende von Demonstranten vornehmlich aus deutschen Großstädten in München gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in der bayerischen Oberpfalz protestieren, gingen die tatsächlich Betroffenen auf Informationstour: Der Gemeinderat von Wackersdorf fuhr mit Bürgermeister Josef Ebner an der Spitze zur französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague und diskutierte dort mit einheimischen Gemeinderäten und Bürgermeistern. „Uns wurde dabei deutlich, wie groß die kommunalen Impulse aus dem Betrieb eines solchen Großunternehmens sein können", resümierte Sozialdemokrat Ebner nach seiner Rückkehr.

Entgegen der offiziellen Linie der bayerischen SPD, die in der Atomfabrik ein „Wahnsinnsprojekt" sieht, hatte sich der Wackersdorfer Gemeinderat mit seiner SPD-Mehrheit schon frühzeitig für den Bau ausgesprochen. Die Eindrücke der Reise bestärkten die Kommunalpolitiker in ihrer Meinung. Ihre französischen Kollegen leben seit fast zwei Jahrzehnten in guter Nachbarschaft mit der Wiederaufarbeitungsanlage, deren Kapazität zur Zeit auf 1200 Tonnen Jahresdurchsatz erweitert wird.

In dieser Zeit hat sich die Infrastruktur der Region deutlich verbessert (auch in der Oberpfalz besteht ein spürbarer Nachholbedarf). Die Bevölkerungszahl mancher Gemeinden konnte sich vervierfachen und der Fremdenverkehr nahm zu. Auch die steigenden Grundstückspreise sind Zeichen einer neuen Prosperität.

Nach Angaben der französischen Betreiberfirma COGEMA wird die Anlage von 90 Prozent der Bevölkerung befürwortet. Zu dieser hohen Zustimmung trug auch der Umstand bei, daß seit Jahren vier unabhängige Institute Milch und andere landwirtschaftliche Produkte aus der Umgebung von La Hague vergeblich nach Rückständen untersuchen, die mit dem Betrieb der Anlage in Zusammenhang stehen könnten.

Am Ausbau der Fabrik sind zur Zeit 5000 Arbeiter beschäftigt. Zu ihrer Unterbringung wurden Campingplätze angelegt und einige hundert alte Häuser renoviert, die nach Ende der Bauarbeiten den Besitzern wieder zur Verfügung stehen. Das Gesehene und Gehörte machte den Wackersdorfer Gemeinderäten den Mund wässrig: Sie benötigen, so meinte einer während der Heimreise, doch schon lange eine moderne Allzweckhalle …

Inzwischen verzögert sich vor Ort der Baubeginn. Der Landrat, der die Baugenehmigung unterschreiben soll, ist am Blinddarm erkrankt, und sein Stellvertreter, der SPD-Landtagsabgeordnete und engagierte WAA-Gegner Dietmar Zierer, zögert mit der Unterschrift: Er sei kein Befehlsempfänger und könne nicht zusichern, die Genehmigung bis Ende der Woche zu unterzeichnen, erklärte er in einem Brief an die Bezirksregierung in Regensburg. Außerdem liege der mit dem Projekt befaßte juristische Abteilungsleiter wegen einer Operation ebenfalls im Krankenhaus.

„Das Umweltbewußtsein steigt explosionsartig"

Spranger: Im November Entscheidung über Tempolimit

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Bundesregierung will im November eine Entscheidung über eine mögliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf den deutschen Autobahnen treffen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die Daten des derzeit laufenden „Großversuchs Tempolimit" von Experten des TÜV ausgewertet worden sein. Dies teilte gestern der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), bei der Vorstellung des Jahresberichtes 1984 des Umweltbundesamtes in Berlin mit.

Spranger betonte, das Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik habe im vergangenen Jahr „explosionsartig zugenommen". Als Gründe dafür nannten Spranger und der Präsident des Umweltbundesamtes, Heinrich von Lersner, die ökologische Gesamtsituation, die Diskussion über die Abgasreinhaltung bei Automobilen und Kraftwerken sowie das Waldsterben. Spranger äußerte die Einschätzung, die Luftreinhaltemaßnahmen der Bundesregierung hätten sich als notwendig und richtig erwiesen. Der CSU-Politiker verwies in diesem Zusammenhang auf eine Intensivierung der Gespräche Bonns mit der „DDR" über gemeinsame. Schritte zur Verbesserung der Luft vor allem in Berlin und den Zonenrandgebieten. Die im vergangenen Jahr in München abgehaltene Umweltministerkonferenz habe dazu einen wichtigen Impuls gegeben. „Wir werden wohl in absehbarer Zeit zu guten Ergebnissen mit der DDR kommen", sagte Spranger und bezog diese Äußerung nicht nur auf die Luftreinhaltung, sondern auch andere Bereiche des Umweltschutzes. Zu möglichen konkreten Vereinbarungen wollte sich der Staatssekretär jedoch noch nicht äußern.

Zum Bereich der Abgasverbesserung bei Kraftfahrzeugen bezeichnete Spranger mehr als fünf Millionen Privat-Pkw in der Bundesrepublik als „nachrüstungsfähig". Diese könnten in den kommenden Jahren mit ungeregelten Abgaskatalysatoren zum Preis von 400 bis 500 Mark pro Fahrzeug ausgestattet werden. Dies würde laut Spranger auch zur Folge haben, „daß mehrere hunderttausend Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden".

Aufgrund der verschiedenen Maßnahmen der Bundesregierung soll sich die Schwefeldioxid-Belastung der Bundesrepublik von neun Millionen Tonnen im Jahr 1980 auf 0,5 Millionen Tonnen im Jahr 1995 senken. Als weiterhin ernstzunehmendes Problem bezeichnete Spranger auch die Lärmbelästigung der Bevölkerung in ländlichen Regionen durch Tiefflugübungen der Bundeswehr und der NATO-Verbündeten. Der Politiker versprach „große Anstrengungen der Bundesregierung", um hier Abhilfe zu schaffen. Nach einer Statistik des Jahresberichtes des Umweltbundesamtes fühlen sich mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland durch Straßenlärm belästigt, der Flugverkehr steht mit knapp 40 Prozent an zweiter Stelle, gefolgt von „lauten Nachbarn" (30 Prozent) und der Industrie (25 Prozent).

Zu den Waldschäden in der Bundesrepublik meldet der Jahresbericht, daß aufgrund der 1984 durchgeführten Waldschadenserhebung mehr als die Hälfte des deutschen Waldes „krank" ist. 33 Prozent des Baumbestandes sind schwach geschädigt, 16 Prozent weisen mittlere Schäden auf, 1,6 Prozent – rund 110 000 Hektar – sind stark geschädigt und zumeist bereits abgestorben. Betroffen sind vor allem Tannen (87 Prozent), gefolgt von Kiefern (60 Prozent) und Fichten und Buchen (jeweils 50 Prozent).

Spranger vertrat angesichts des Waldsterbens die Meinung, es gebe insgesamt gesehen „kein einheitliches Bild". So habe sich die Situation des Waldes in den Hochlagen bis heute verschlechtert, während in niedrigen Lagen bereits eine „Revitalisierung" erkennbar sei. Das Gesamtbild stelle sich allerding so dar, daß „zu einer Weltuntergangsstimmung beim Thema Waldsterben kein Anlaß besteht". Es handele sich hier um einen Bereich, der „ungeheuer in Bewegung ist".

Zum Problem der Abfallbeseitigung nannte Spranger als eines der wichtigsten Prinzipien, normale Abfälle und Sondermüll „vor Ort" zu beseitigen. Ein „Abfall-Tourismus" insbesondere von Sondermüll in andere Länder käme für Bonn nicht in Frage.

Gefährliche Signale für Rau aus den roten Hochburgen an der Ruhr

Von WILM HERLYN

Der nordrhein-westfälischen SPD-Führung, zum Teil identisch mit der Landesregierung, steht Ungemach ins Haus – durch die eigenen Leute. Zwar hat es Johannes Rau geschickt verstanden, in seiner Hand alle Steuerungsfunktionen zu vereinigen und sogar die einflußreichen Chefs der SPD-Bezirke, die Herbert Wehner einmal spöttisch und gleichzeitig achtungsvoll die „Zaunkönige" nannte, zu blockieren. Doch kann auch er nicht gefährliche Signale übersehen. Die Basis sieht sich in ihren Erwartungen getäuscht: Sie erhofft sich mehr Einfluß und eine deutlichere SPD-Politik, nachdem die Partei nun schon zum zweiten Male die absolute Mehrheit bei Landtagswahlen schaffte.

So folgten die Delegierten des letzten Landesparteitages in Oberhausen ihrem Chef nur mit Murren in Sachen Schneller Brüter. Sie hätten am liebsten den sofortigen Ausstieg aus der Brütertechnologie beschlossen. Es bedurfte der ganzen Autorität Raus, die Basis auf seine Linie einzuschwören. Denn als die Diskussion in die Richtung zu gehen drohte, die der bibelfeste Ministerpräsident genau abzuschätzen weiß, nämlich „eure Rede sei ja, ja oder nein, nein" und der Parteitag ihm nicht den erbetenen Handlungsspielraum gegenüber Bonn geben wollte, eilte er ans Mikrofon und drohte: „Wer meine Bitte, für Münster (dieser Kreisverband hatte den entsprechenden schwächeren Antrag gestellt, die Red.) zu stimmen, für einen Trick hält, der sollte seine mir heute morgen gegebene Stimme zurückgeben."

Schelte vom DGB

Das wirkte noch – denn wer hätte schon dem praktisch nominierten SPD-Kanzlerkandidaten und gerade erst mit einem Zustimmungsgrad von 98,0645 Prozent wiedergewählten Vorsitzenden in den Rücken fallen wollen?

Dafür nutzten die Delegierten dann die Abstimmungen zu den Vorstandswahlen, um ihrem Unwillen Luft zu machen. Dabei büßte der Gewerkschaftsjournalist und Bürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier, sein langjähriges Mandat im Spitzengremium seiner Partei ein. Er verlor in einer Kampfabstimmung gegen den Juso-Chef Hahn-Kremer.

Niggemeier gilt als rechter Flügelmann der SPD – er war der einzige, der dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt bis zuletzt in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses Unterstützung gab. Seit mehr als zehn Jahren führte der Vertraute des gerade verabschiedeten Vorsitzenden der Gewerkschaft IGBE, Adolf Schmidt, den zweitstärksten SPD-Unterbezirk im Bundesgebiet, den in Recklinghausen. „Linksruck" kommentierte die CDU die Abwahl Niggemeiers – aber sie ist im wesentlichen eine Warnung an Rau.

Noch deutlicher artikulierte sich die Unzufriedenheit der Basis, wenn es ums Geld geht. Gar nicht zimperlich zitierte die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit" den DGB-Landesvorsitzenden Dieter Mahlberg: „Neue Arbeitslosigkeit wird geschaffen", kritisierte dieser den Entwurf des NRW-Etats für 1986. Denn die Regierung Rau wolle 9500 Stellen im öffentlichen Dienst einsparen. Betroffen sind von dieser Sparaktion vor allem die Lehrer. Obwohl nach Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in NRW etwa 20 000 Lehrer ohne Arbeit sind, erhielten 8600 Lehrerstellen offiziell den „KW-Vermerk" – sie können also wegfallen. Andererseits ermittelte die GEW einen Bedarf von mindestens 3000 Lehrern – vor allem auch an Berufsschulen. Um die „Weichen doch noch anders zu stellen" will die GEW aktiv werden und drohte sogar mit Demonstrationen der Lehrer.

„Über Erwarten hart" sieht sich auch die Polizei von dem geplanten Stellenabbau betroffen, meinte der Vize der Polizeigewerkschaft GDP, Klaus Staffenhagen. Er hält „dezentrale Kampfmaßnahmen" für nicht ausgeschlossen.

Den offenen Aufstand erprobten die Oberbürgermeister des Ruhrgebiets. Friedhelm van den Mond aus Oberhausen klagte laut über die katastrophale Finanzlage der Kommunen und warnte auffallend laut die SPD-Führung, „die Kommunen, die Basis, nicht zu verlieren". Zusammen mit Peter Reuschenbach (Essen), Josef Krings (Duisburg) und Werner Kuhlmann (Gelsenkirchen) verlangt er nun von der SPD-Landtagsfraktion, sie solle die von dem Kabinett Rau beschlossenen Streichungen von Landeszuschüssen an die Gemeindekassen mildern. Der Ton ist barsch und läßt keine Mißdeutungen zu. Die Kommunalpolitiker sind sauer auf ihre Düsseldorfer Landesregierung. Sie wissen, daß die eher laue Antwort des Regierungschefs, das Land werde vom Bund schwer benachteiligt, eher eine Fensterrede des Kanzlerkandidaten fürs Volk sein sollte.

So groß auch die Zustimmung für Johannes Rau in der Partei ist, so mehren sich in den eigenen Reihen aber doch Zweifel, ob er seine Politik so durchhalten kann. Auch sie verlangt von ihm drängender als zuvor klare, unzweideutige Antworten: Sie will ihn auch an seinen Versprechungen messen – zum Beispiel die Frauen.

Im Fall der Niederlage

Zwar wissen auch sie, daß der Beschluß der Genossinnen von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), die Frauen nämlich sollten mindestens eine Quote von 40 Prozent aller Parteiämter und Mandate für sich einfordern, an der SPD-Wirklichkeit scheitert. Aber nur eine „Konzessionsfrau" im Düsseldorfer Kabinett mit Anke Brunn als Wissenschaftsministerin ist ihnen reichlich wenig.

Nun soll Ilse Ridder, die in NRW die AsF anführt, Frauenbeauftragte als Parlamentarische Staatssekretärin werden. Wegen des triumphalen Wahlergebnisses ist Ilse Ridder aber über die Reserveliste nicht zum Zuge gekommen, obwohl sie auf Platz fünf weit vorn stand. Da aber eine Parlamentarische Staatssekretärin ein Mandat haben muß, wird ein SPD-Abgeordneter den Landtag verlassen müssen. Dann kann Ilse Ridder automatisch nachrücken.

Johannes Rau wartet noch ab und hofft auf honorige Lösungen bei den jetzt aufgetretenen Schwierigkeiten. Und gleichzeitig bereitet er jetzt schon die Partei darauf vor, daß er einmal nicht der strahlende Erfolgsmensch sein könnte und wirbt um Verständnis an der Basis: „Nun gibt es keine Partei, die immer Siege hat. Es kommt auch vor, daß man das Ziel nicht erreicht, daß die Meßlatte zu hoch ist. Ich bitte die Partei, wenn das einmal passieren sollte, daß wir dann zeigen, wie man mit denen umgeht, die einmal verlieren und die nicht alleine verloren haben."

Garski legt überraschend Geständnis ab

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Bombe platzte im Saal 621 des Kriminalgerichtes Berlin-Moabit kurz nach 9 Uhr. „Mein Mandant hat eine Erklärung verfaßt, wir bitten um Verlesung", sagte der Berliner Strafverteidiger Nils Clemm zum Kammervorsitzenden Hansgeorg Bräutigam. Dann wurde bekannt, was in der Nacht zuvor der wegen schweren Betruges und Urkundenfälschung angeklagte ehemalige Star-Architekt Dietrich Garski zu Papier gebracht hatte. Nach fünf Monaten zähen Prozeßverlaufs, in dem mancher Beteiligte mühsam gegen den Schlaf zu kämpfen hatte, waren plötzlich alle hellwach. „Ich habe Gelder in Höhe von 7,1 Millionen Mark nicht so verwendet, wie es vorgeschrieben war", räumte der Angeklagte in seinem sechsseitigen Papier ein.

Das Dokument enthielt das Geständnis des Mannes, der zuvor beharrlich jede persönliche Schuld an der ihm vorgeworfenen Fehlverwendung öffentlicher Gelder abgestritten hatte. Der noch zu Prozeßbeginn angekündigte hatte, er werde vor Gericht um die Wahrheit „und um mein Leben" kämpfen.

Weitere brisante Eingeständnisse des Baulöwen, dessen Firmenpleite 1981 zum Sturz des damaligen SPD/FDP-Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) geführt hatte, weil insgesamt 139 Kredit-Millionen, zu 90 Prozent vom Senat verbürgt, im Sand versickert waren: Garski hat gegenüber dem Kreditgeber, der Berliner Bank, falsche Angaben über die finanzielle Situation eines Bauprojektes in Saudi-Arabien gemacht und so eine Aufstockung des ihm gewährten Kredites über weitere 25,8 Millionen Mark erreicht.

Allerdings versuchte Garski gestern diese Straftat durch die Aussage zu relativieren, er habe nicht im entferntesten damit gerechnet, daß durch sein Verhalten ein Schaden entstehen könnte. „Ich habe mein Unternehmen mit den Geldern retten wollen", hatte er in der Erklärung formuliert, und die Prozeßbeobachter erinnerten sich an den immer wieder mit Inbrunst vorgetragenen Satz des Angeklagten: „Die Firma war mein Leben, und mein Leben war die Firma."

Warum sich der bis gestern zäh verteidigende Garski jetzt offenbarte und auch die Fälschung mehrerer Reisepässe auf der Flucht einräumte, darüber gibt es vorerst Mutmaßungen, aber keine Erklärungen des Angeklagten. Wahrscheinlich ist, daß die Anwälte aufgrund des Prozeßverlaufs merkten, daß ihre Verteidigungsstrategie immer mehr zusammenfiel. So hatte der Vorsitzende Richter immer wieder erkennen lassen, wie wenig Sympathien er dem Angeklagten entgegenbringt und wie wenig ihn die entlastenden Aussagen mancher Zeugen beeindrucken.

Mit dem Urteil wird am Donnerstag gerechnet.

Hessens Grüne „enttäuscht"

rtr, Wiesbaden

SPD und Grüne haben in der zweiten Runde ihrer Verhandlungen über die Bildung einer Koalition in Hessen noch keinen Durchbruch erzielt. Der Sprecher der Landtagsgruppe der Grünen, Georg Dick, sagte gestern im Hessischen Rundfunk nach dem mehrstündigen Gespräch der Verhandlungsdelegationen am Vorabend, es lägen „keine Ergebnisse vor, die man als Grundlage für eine Koalitionsbildung betrachten könnte". Als „enttäuschend" bezeichnete es Dick, daß bislang in allen wichtigen Fragen wie der Umwelt- und Frauenpolitik sowie der Forderung der Grünen nach zwei Ministerposten noch keine Einigung habe erzielt werden können.

Saudi-Geschäft vor Bundestag

dpa, Bonn

Das angestrebte Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien soll auf Initiative der SPD-Fraktion Thema einer Aktuellen Stunde werden. SPD-Fraktionschef Vogel begründete diesen Schritt erneut mit dem Vorwurf, die Bundesregierung habe mit der Erlaubnis für die Ausfuhr von Konstruktionslagen der Firma Rheinmetall für eine Munitionsfabrik in Saudi-Arabien eine Vorentscheidung getroffen. Mit einer Genehmigung des beabsichtigten Geschäfts sei vor diesem Hintergrund zu rechnen. Damit engagiere sich die Bundesrepublik nachhaltig und unmittelbar in einem der gefährlichsten Spannungsherde. Auch aus Kreisen der FDP war das Geschäft kritisiert worden.

In Tübingen keine Rotation

dpa, Tübingen

Der Tübinger Abgeordnete der Grünen, Fritz Kuhn, kann bis zum Ende der Legislaturperiode im Baden-Württembergischen Landtag bleiben. Der Kreisverband der Grünen hob nach dreieinhalbstündiger Diskussion mit 58 gegen 50 Stimmen bei neun Enthaltungen den Rotationsbeschluß von 1983 auf. Kuhn wurde aufgefordert, sein Mandat auch noch die nächsten zwei Jahre wahrzunehmen. Die Entscheidung war erforderlich geworden, weil Kuhns Nachrückerin aus persönlichen Gründen auf die Rotation verzichtet hatte. Der Beschluß habe keine Signalwirkung für eine grundsätzliche Entscheidung zur Rotation, sagte Kuhn.

Eine Warnung der Industrie

rtr, Köln

Eine Ausweitung der Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken könnte nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedrohen.

Vor dem Universitätsseminar der Wirtschaft auf Schloß Gracht bei Köln erklärte Langmann nach Angaben des BDI, entsprechende Versuche der CDU-Sozialausschüsse, der Gewerkschaften und der SPD, die Investitionsautonomie der Unternehmen zu beschränken, könnten leicht zu einer weiteren ernsthaften Bedrohung der Wettbewerbsposition führen.

Stuttgart will schärfere TA Luft

AP, Stuttgart

Das Land Baden-Württemberg will im Bundesrat eine über die Vorschläge der Bundesregierung hinausgehende drastische Verschärfung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) durchsetzen.

Bei der Neufassung soll die einheitliche Festlegung eines zulässigen Schwefeldioxid-Grenzwertes von 400 Milligramm pro Kubikmeter Abluft bei Anlagen für feste und flüssige Brennstoffe erreicht werden, sagte Regierungssprecher Kleinert. Der Entwurf der Bundesregierung sieht dagegen einen Grenzwert von 2000 Milligramm pro Kubikmeter bei festen und 1700 Milligramm pro Kubikmeter bei flüssigen Brennstoffen vor.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bonn will „Rente für Spione" abschaffen

Überprüfung eingeleitet / Wernitz: Mehr differenzieren

FLORIAN NEHM, Bonn

Die Bundesregierung überprüft zur Zeit Bestimmungen, die sie zwingen, Beamte, wie den in die „DDR" übergelaufenen Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes in Köln, Hansjoachim Tiedge, mit vermutlich mehreren hunderttausend Mark nachzuversichern. Tiedge bleibt dem Dienst „schuldhaft fern". Das Bundesdisziplinargericht wird ihm deshalb seinen Beamtenstatus „in Abwesenheit" entziehen. Ein Strafverfahren gegen Tiedge, das die gleiche Wirkung hätte, wird vermutlich nur im Falle seiner Rückkehr eingeleitet.

Auf jeden Fall muß der Staat nach seit 1957 geltendem Rentenrecht jeden Beamten, der seinen Status und damit seine Pension verliert, bei der Berliner Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) auf Kosten von Steuergeldern nachversichern. Nach Paragraph neun des Angestelltenversicherungsgesetzes zahlt der bisherige Dienstherr für die Dauer des Beamtenverhältnisses (im Fall Tiedge sind es 19 Jahre) Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge nach.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß dem heute 48jährigen Tiedge die Altersrente nach seinem 65. Geburtstag in die „DDR" überwiesen wird. Weil es in der „DDR" einen eigenen deutschen Rentenversicherungsträger gibt, muß sich Tiedge an ihn wenden. Aber sollte der ehemalige Verfassungsschutzbeamte nach Budapest, Prag oder Moskau umziehen, könnte er von dort aus einen Rentenanspruch anmelden.

Ursprung Weimar

Eine Regelung, die vielen Bürgern nicht einleuchtet. Sie können nicht verstehen, daß man einem offensichtlichen Landesverräter wie Tiedge „auch noch Steuergelder hinterherwirft". Auch der für Beamtenfragen zuständige Innenminister Friedrich Zimmermann „hofft und wünscht", so ein Sprecher, „daß die geltende Regelung, wenn juristisch möglich, noch in diesem Jahr geändert wird".

Die Frage des „wertfreien Anspruchs auf soziale Sicherung" ist nicht neu. 1924 beschlossen Parlamentarier der Weimarer Republik, Beamte, die – aus welchem Grund auch immer – ihren Status verloren hatten, durch eine Nachversicherung abzusichern. Der unantastbare Schutz der Staatsdiener galt als demokratische Errungenschaft.

1937 erließen die Nationalsozialisten das Deutsche Beamtengesetz. Es verwehrte „unehrenhaft" entlassenen Beamten alle erworbenen Versicherungsansprüche. Unter diesem Gesetz konnten Beamte für dasselbe Vergehen disziplinar-, straf- und versicherungsrechtlich bestraft werden. Eine Regelung, die das Beamtenrecht 1953 und das neue Versicherungsrecht erst vier Jahre später allgemein abschaffte. So verlor der 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilte frühere Verfassungsschutzpräsident Otto John aufgrund des NS-Gesetzes noch seine Rentenansprüche.

Eigentumsrecht verletzt

Nach 1945 waren mehrere Gerichte der Ansicht, daß die damals noch geltenden Bestimmungen Beamte gegenüber Angestellten schlechter stelle. Auch verletze der Verlust der Rentenansprüche das im Grundgesetz festgeschriebene Eigentumsrecht, zu dem auch die Rentenanwartschaft gehört.

Gründe, die den Gesetzgeber vor 28 Jahren veranlaßten, die soziale Sicherung von Beamten nicht mehr von den Gründen abhängig zu machen, die zum Verlust ihres Status' führen. Die Sozialversicherung sollte wieder „wertfrei" sein.

Versuche, das Beamtenrecht in diesem Punkt zu ändern, scheiterten. Man konnte sich nicht darüber einigen, wie beispielsweise die Ansprüche eines wegen Unterschlagung entlassenen Beamten gegenüber jenen eines Mörders oder Landesverräters abgegrenzt werden könnten.

„Gründe, die mich nicht überzeugen", erklärte Axel Wernitz (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses, der WELT. „Man hat es schlicht versäumt, im Zuge der Ausmärzung sogenannten NS-Rechts, differenzierende Regelungen einzuführen."

Seiner Ansicht nach sollen Beamte, die ihre besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat verletzt haben, ausgegrenzt werden. Denn Spionage habe, so Wernitz, eine „besondere Qualität". Dies gelte auch für angestellte Staatsdiener.

Vor dem Bundesdisziplinaranwalt in Frankfurt enden jährlich rund zehn Prozent der etwa 1100 Disziplinarverfahren mit der strengsten Maßnahme, der Entfernung aus dem Dienst.

Die Devise für die nächsten Jahre: Wir müssen auf dem Teppich bleiben

Von HANS-R. KARUTZ

Vielleicht ist die Berliner „Wende" die beweisbarste und augenfälligste von allen „Wenden" in der Bundesrepublik: An der Spree schickt man sich jedenfalls nach den vier rasanten Aufstiegs- und Konsolidierungsjahren unter Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen an, mit einem neuen Schub an Selbstvertrauen, Leistungswillen und Engagement den Rest des Jahrzehnts zu bewältigen.

Vor dem alten Berliner Hang, sich auf Bonner Kosten herauszuschmükken und lieber der Kreditaufnahme als eigener Kreativität zu vertrauen, ist Berlins neuer Finanzsenator auf der Hut. Günter Rexrodt, stärkster FDP-Vertreter im Berliner Koalitions-Kabinett, legt am Donnerstag seinen ersten Etat vor. Seine Philosophie nimmt dabei auf, was Gerhard Stoltenberg und Martin Bangemann am Rhein auch in den nächsten vier Jahren von Berlin erwarten:

Ordnung, Solidität, Disziplin. Rexrodt will diese Erwartungen nicht enttäuschen und mit einer behutsamen Finanzpolitik absichern: „Die Bonner Bundeshilfe war und ist gut angelegt, und wir können uns über die Höhe – 1986 sind es 11,6 Milliarden Mark – wahrlich nicht beklagen. Die Stadt hat wieder Tritt gefaßt. Jetzt müssen wir nur sehr genau darauf achten, daß die Bäume aller verständlichen, aber unbezahlbaren Wünsche nicht in den Himmel wachsen", bremst er behutsam ab.

„Auf dem Teppich bleiben", muß die Devise der Stadt in den nächsten vier, fünf Jahren lauten. „Meine Linie ist klar, und ich bin mir dabei auch mit Eberhard Diepgen und meinen Kollegen im Senat einig: Nur Leistung, Ideen und der Wille zur Erneuerung bringen uns weiter." In Rexrodts Denkweise stecken die streng liberalen Elemente von Markt und Selbststeuerung, von Hilfe durch Selbsthilfe, der Initiative des Einzelnen statt staatlicher Investitionsprogramme.

Der FDP-Mann Rexrodt hält, wie vor ihm der eigenwillige CDU-Vorgänger Gerhard Kunz, den Daumen auf den Geldsack: „Jetzt, wo Berlin wieder Tritt gefaßt hat, jeder in der Bundesrepublik das neugewonnene Klima an der Spree lobt, die Leute wieder nach Berlin strömen, wäre es das Falscheste, was wir tun könnten, nun wieder die Spendierhosen anzuziehen ..."

Die von allen Bundesregierungen immer wieder von Fall zu Fall unwillig betrachtete Berliner Mode, sich mehr leisten zu wollen, als die Finanzlage erlaubte, ist auch Rexrodt nicht fremd: „Wir können erst dann wieder Wohltaten verteilen, wenn es gelingt, mehr Steuern einzunehmen und damit die Finanzkraft der Bundesländer und Städte zu stärken."

Der freigiebige Frohgemut, mit der sowohl Koalition als auch Opposition an der Spree bisweilen wieder Politik zu machen suchen, muß Rexrodt dämpfen. Diese Neigung speist sich aus zwei Quellen. Zum einen ist es der populistische Zug in der Berliner CDU-Politik, die – wie Franz Josef Strauß – auf das soziale Element zielt und Strauß' Warnung vor dem

Landesbericht Berlin

„Tot-Sparen" beherzigen will. Dem liegt Diepgens Versuch zugrunde, allen Gruppen und Strömungen in der Stadt eine Lebensgrundlage zu bieten und Ökonomie und Ökologie auf dem engen Berliner Stadtraum zu versöhnen – die „große Koalition" aller Berliner, Alternative inbegriffen.

Das zweite Motiv, nicht mehr – wie noch vor zwei, drei Jahren, so exakt auf den Pfennig zu sehen – liegt in den überaus günstigen Berliner Daten:

- Berlin finanziert schon wieder ein gutes Viertel seiner Ausgaben mit eigenen Steuereinnahmen von 5,3 Milliarden (1986). Die sogenannte Steuerquote stieg seit 1981 von 22,7 auf 24,2 Prozent – ein klares Indiz für die wiedergewonnene wirtschaftliche Stärke der Stadt.
- Die Bundeskasse überweist 1986 rund 11,6 Milliarden Mark nach Berlin, aber: 1981 stammten noch 54,10 von 100 Mark, die Berlin ausgab, vom Rhein. 1986 sind es nur noch 52,40 Mark.
- Der CDU/FDP-Senat ließ trotz entschiedener Proteste nicht von seinem Prinzip, keine neuen Planstellen im öffentlichen Dienst zu schaffen und legte sich dadurch eine kleine „Sparkasse" zu.
- Mit 3,8 Milliarden an Investitionen oder rund 17 Prozent sämtlicher Ausgaben pumpt Berlin soviel wie kaum ein anderes Bundesland in den eigenen Wirtschaftskreislauf.
- Experten der Industrie- und Handelskammer rechnen sogar damit, daß Berlin beim Bruttoinlandsprodukt 1985 am Ende um einen halben Prozentpunkt günstiger als der Bundesdurchschnitt liegt.
- Berlins Auftragsbücher füllten sich, so die IHK, im ersten Halbjahr 1985 um fast zehn Prozent mehr als 1984 (Bund: 6,5 Prozent).

Ohne Nervosität, aber durchaus nachdenklich blickt Finanzsenator Rexrodt jedoch auf die nächsten vier Jahre. Vor allem die Finanzplanung bis 1989 scheint ihm manches Risiko zu bergen: „Auf die Stadt kommen enorme Herausforderungen zu, die wir finanziell bewältigen müssen. Das reicht von der dringend notwendigen Qualifizierungsoffensive für die 75 000 Arbeitslosen über die Sanierung vergifteter Industriegrundstücke – das kann über Jahre insgesamt bis zu einer halben Milliarde kosten – bis zu den immer wieder vorgetragenen Wünschen, die S-Bahn weiter auszubauen."

Ein Kindertagesstätten-Bauprogramm kostet 40 Millionen Mark, die 750-Jahr-Feier erfordert – trotz aller Straffung und Tendenz zum „Abspecken" – gewiß noch Geld, 1988 dürfte Berlin als „Stadt der europäischen Kultur" alles, was gut und teuer in den Kunst-Landen ist, für sich zu gewinnen, versuchen.

Aber: Schon jetzt steht Berlin bei seinen Gläubiger-Banken mit insgesamt 15 Milliarden Mark in der Kreide: „Zinsen und Schuldendiensthilfen verschlingen jährlich zwei Milliarden oder jede zehnte Mark, die wir ausgeben", nennt Rexrodt ein anschauliches Beispiel.

Er jedenfalls läßt sich nicht für höhere Kreditaufnahmen gewinnen. Von Zielkonflikten zwischen dem notwendigen Ja und dem harten Nein zu Ressortwünschen will Rexrodt nichts wissen: „Verschärfter Abstimmungsbedarf" umschreibt er, was Berlin gut anstünde: Bescheidenheit und Maß.

Zwei Drittel der Betriebe gegen 38,5-Stunden-Woche

Umfrage zur Praxis bei der Arbeitszeitverkürzung

GÜNTHER BADING, Bonn

Die flexible Gestaltung der betrieblichen und der persönlichen Arbeitszeiten wird nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Dieter Kirchner, auch in Zukunft immer dort Grundlage von Arbeitszeitregelungen sein, wo dies durch Tarifvertrag geregelt wird. Die nach dem Streik in der Metallindustrie im vergangenen Jahr mit Wirkung ab 1. April 1985 vereinbarte Kürzung der Wochenarbeitszeit um 1,5 Stunden im Betriebsdurchschnitt war auf Forderung der Arbeitgeber von der Vereinbarung begleitet worden, daß drei verschiedene Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung oder auch deren Kombination im Betrieb angewandt werden sollten.

In einer Umfrage, an der sich 5003 Betriebe mit 2 175 000 Beschäftigten beteiligt haben, ist festgestellt worden, daß knapp zwei Drittel (63 Prozent) aller Betriebe, die zusammen 87 Prozent aller Beschäftigten haben, mindestens eine der drei Flexibilisierungsmöglichkeiten genutzt haben. Diese drei Möglichkeiten sind:

- Die individuelle regelmäßige Wochenarbeitszeit der Arbeitnehmer kann unterschiedlich zwischen 37 und 40 Stunden betragen; im Durchschnitt des Betriebes müssen 38,5 Stunden erreicht werden.

Die individuelle regelmäßige Wochenarbeitszeit kann ungleichmäßig auf die Werktage und Wochen verteilt werden, wobei die individuelle regelmäßige Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers (38,5 Stunden pro Woche) im Durchschnitt von zwei Monaten erreicht sein muß.

- Die tatsächliche Wochenarbeitszeit kann weiterhin 40 Stunden betragen und die Arbeitszeitverkürzung durch „freie Tage" oder „Freischichten" gewährt werden.

Freitag bevorzugt

Nach der Umfrage nutzten von den 63 Prozent aller Betriebe wiederum 63 Prozent eine der beschriebenen Flexibilisierungsmöglichkeiten, 30 Prozent nutzten zwei, und sieben Prozent wendeten alle drei in dem Tarifvertrag möglichen „Flexi"-Maßnahmen an. In den kleineren Betrieben, insbesondere denen mit weniger als hundert Beschäftigten, werden die Varianten der Arbeitszeitflexibilisierung weniger genutzt. Der Anteil sinkt mit abnehmender Betriebsgröße von 95 Prozent (5000 Beschäftigte und mehr) auf 45 Prozent (bis 99 beschäftigte Arbeitnehmer).

Nur zwölf Prozent der Betriebe haben die IG Metall-Forderung erfüllt und die Arbeitszeit an jedem Arbeitstag gleich einheitlich für alle auf 38,5 Wochenstunden reduziert. Bei 22 Prozent der Betriebe wurde die Arbeit ausschließlich am Freitag, oder jedem zweiten Freitag, verkürzt. Drei Prozent verkürzten die Wochenarbeitszeit durch eine Kombination dieser beiden Formen. Auf diese Betriebe entfallen insgesamt nur 13 Prozent aller Beschäftigten.

Für freie Tage

Fast die Hälfte aller Betriebe (45 Prozent) hat die Arbeitszeitverkürzung in Form freier Tage oder von Freischichten durchgeführt. Auch hier gibt es ein Gefälle von den Großbetrieben, die dies mit fast 90 Prozent so handhaben, bis zu den kleinen Unternehmen (27 Prozent). Von der individuellen Arbeitszeitdifferenzierung zwischen 37 und 40 Stunden machen 17 Prozent der Betriebe Gebrauch, dabei 50 Prozent der Großbetriebe. Von der ungleichmäßigen Verteilung der Wochenarbeitszeit innerhalb eines Zweimonats-Durchschnitts machen 15 Prozent der Betriebe Gebrauch.

40 Prozent der Betriebe haben anläßlich der Neufestlegung der Arbeitszeit Maßnahmen getroffen, die sich auf die Betriebszeit auswirken. Bei den Kleinbetrieben steht dabei die Ausweitung oder pauschale Genehmigung von Überstunden an erster Stelle, bei den Großbetrieben wurde vorwiegend eine Gleitzeitregelung eingeführt.

Die Nutzung der technischen Kapazitäten wurde zu 64 Prozent erhalten, dabei bei Unternehmen mit „Flexi"-Maßnahmen zu 76 Prozent, bei anderen nur zu 38 Prozent. Nur ein geringer Teil der Unternehmen hat als Folge der Arbeitszeitverkürzung neue Mitarbeiter eingestellt; meist war dabei die Flexibilisierung Voraussetzung: In 86 Prozent aller Betriebe hat die neue tarifliche Arbeitszeitregelung nicht zu einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl geführt. Von den 14 Prozent, die ihre Beschäftigtenzahl erhöht haben, waren 86 Prozent „Flexi"-Betriebe.

China erinnert USA an ihr Taiwan-Versprechen

Sorgen auch im bilateralen Handel / Bush in Peking

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

In unverblümter Weise ist die amerikanische Regierung daran erinnert worden, daß ihre Beziehungen zur Volksrepublik China keineswegs ungetrübt sind. Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang gab dem „Freund des chinesischen Volkes" US-Vizepräsident George Bush, in Peking zu verstehen, daß die Volksrepublik Unterstützung der Amerikaner für Taiwan nicht hinnehmen könne und die an und für sich guten Beziehungen zwischen den USA und China gefährde.

Zhao machte Bush, der 1974 und 1975, also vor der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen den USA und China – Leiter des US-Verbindungsbüros in Peking war, eindringlich darauf aufmerksam, daß die USA hinsichtlich der 1982 mit Peking getroffenen Vereinbarung im Wort stünden, ihre Waffenverkäufe an Taiwan zu reduzieren und schließlich ganz einzustellen.

Gewissermaßen als Entgegenkommen sicherte Zhao zu, daß Peking der Insel Taiwan bei einer Wiedervereinigung mehr Sonderrechte einräumen würde als der britischen Kronkolonie Hongkong, die 1997 von Großbritannien an China zurückgegeben wird.

Die trotz aller Kritik noch versöhnlich im Tone gehaltene Ermahnung Zhaos fand eine wesentlich unfreundlichere Fortsetzung in der offiziellen Peking-Rundschau, die zum Auftakt der sechstägigen China-Reise von George Bush in einem Kommentar auf die vorrangige Bedeutung der Taiwan-Frage für die chinesische Politik hinwies und die USA einer „Zwei-China-Politik" beschuldigte. China würde nicht tatenlos zusehen, warnte das Wochenmagazin, wenn die von der Kuomintang beherrschte Inselrepublik etwa eine formale Unabhängigkeit erklärte oder eine „unerträgliche chaotische Situation" auf der Insel entstünde.

Militärische Option

Der Kommentar steht damit durchaus im Einklang mit früheren Äußerungen von Deng Xiaoping, der zwar *stets Chinas friedliche Absichten* gegenüber Taiwan beteuert, aber die Option einer militärischen Intervention niemals aus der Hand gegeben hatte, weil – so Deng – China dann ohne jedes Druckmittel ewig auf die Wiedervereinigung warten müßte.

Neben dem Reizthema Taiwan standen in den Gesprächen Bush's mit der chinesischen Führung handelspolitische Themen im Vordergrund. Die größte Sorge Pekings gilt dabei dem „Jenkins-Gesetz", das das US-Repräsentantenhaus jetzt verabschiedet hat. Es zielt auf eine drastische Reduzierung der US-Textil- und Kleidungsimporte aus Asien, würde nicht nur die traditionellen Textil-Exportländer Hongkong, Taiwan und Südkorea empfindlich treffen, sondern auch China Devisenverluste in Höhe von rund 500 Millionen US-Dollar jährlich bescheren.

Reizthema Technologie

Das Jenkins-Gesetz verfehlte die *Zweidrittel-Mehrheit – besänftigte* Bush die Chinesen – und werde durch das Veto Ronald Reagans verhindert, doch mußte Bush zugeben, daß Reagan unter wachsendem Druck der einheimischen Textilindustrie stehe.

Doch auch Washington hat einige Sorgen mit seinem chinesischen Handelspartner. China ist durch die erfolgreiche Reform auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu einem ernsthaften Konkurrenten der Amerikaner auf dem Weltmarkt für Agrarerzeugnisse geworden. Aufgrund sprunghaft gestiegener chinesischer Getreideexporte nach Japan haben die US-Exporteure dort deutliche Einbußen ihrer Marktanteile hinnehmen müssen.

Diese Tendenz kann sich noch verstärken, wenn man berücksichtigt, daß Tokio – auf massiven Druck Pekings hin – nun offenbar doch darum bemüht ist, seine unausgeglichene Handelsbilanz mit China von gegenwärtig sechs Millarden US-Dollar anzugleichen.

Ein anderes Reizthema – der Technologie-Transfer – war schon vor Bush's Reiseantritt etwas entschärft worden. Die Ankündigung der Chinesen, sie würden einige ihrer Atomkraftwerke durch die Wiener Internationale Atomenergiebehörde kontrollieren lassen, soll offenbar Befürchtungen in den USA gegensteuern, Peking würde all seine nukleare Technologie rein für militärische *Zwecke einsetzen.*

Das im Juli geschlossene Abkommen zur nuklearen Zusammenarbeit dürfte damit zumindest bessere Chancen haben, in die Praxis umgesetzt zu werden. Peking bekräftigte außerdem seine Ablehnung aller militärischen Rüstungsprogramme im Weltraum.

Die Elfenbeinküste blickt wieder zuversichtlich in die Zukunft

Wirtschaftskrise überwunden / Realistische Außenpolitik / Nachfolgefrage vorerst geklärt

ACHIM REMDE, **Abidjan**

Die Elfenbeinküste unter Präsident Felix Houphouet-Boigny hat nicht alles erreicht, was sie erreichen wollte. Doch schon das Erreichte ist ein Wirklichkeit gewordener Traum, den viele Länder Afrikas geträumt haben, als sie vor einem Vierteljahrhundert die Unabhängigkeit erlangten. In den meisten von ihnen blieb er unerfüllt. Ab und zu kreuzt ein Einbaum die Bucht zum Hotel Ivoire in Abidjan, dessen Gelände sich über Kilometer erstreckt und einen Eisplatz und künstliche Seen umfaßt. Afrika hat hier Europa-Look.

Gewiß, in dem westafrikanischen Land mit neun Millionen Einwohnern, flächenmäßig etwas größer als die Bundesrepublik, sind auch dies nur Inseln westlicher Zivilisation. Aber auch der durchschnittliche Lebensstandard ist wesentlich höher als anderswo in Afrika. Ein Drittel der Bevölkerung ist aus den armen Nachbarländern zugewandert, um in der Elfenbeinküste Geld zu verdienen. Während wirtschaftlicher Niedergang und Dürre anderswo Elend und Hunger mit sich brachten, verursachten sie in der Elfenbeinküste nur Stromausfälle, erhöhte Kriminalität und einen Niedergang der Kaufkraft, ohne zu echtem Mangel zu führen.

Schöpfer dieses Entwicklungsmodells ist Felix Houphouet-Boigny, der die Elfenbeinküste seit ihrer Unabhängigkeit vor 25 Jahren mit Zuckerbrot und Peitsche regiert und am 18. Oktober seinen 80. Geburtstag feiert. Er behielt im Gegensatz zur Mehrzahl afrikanischer Führer auch nach der Unabhängigkeit enge Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich bei – etwa 50 000 Franzosen leben ständig in der Elfenbeinküste –, schuf eine liberale Wirtschaftsordnung und förderte vor allem auch den landwirtschaftlichen Sektor.

Angesichts seines fortgeschrittenen Alters und seines zeitweilig bedenklichen Gesundheitszustandes setzt periodisch eine Debatte über seine Nachfolge ein. Frühere Nachfolgekandidaten - Philippe Yacet und Emmanuel Dioulou – waren überraschenderweise jeweils kurze Zeit, nachdem sie sich profiliert hatten, in der Versenkung verschwunden. Den Spekulationen über die Nachfolge ist nun bis auf weiteres ein Ende gesetzt: Es wird vorerst einmal keinen Nachfolger geben.

Erwartungsgemäß einigten sich die Delegierten der Einheitspartei auf ihrem Kongreß in Abidjan vergangene Woche darauf, den Posten des Vizepräsidenten, der sowieso unbesetzt war, ganz abzuschaffen. Im Falle des Ablebens des Präsidenten soll der Parlamentspräsident interimistisch die Regierungsgeschäfte führen und Neuwahlen organisieren. Fest steht, daß Houphouet-Boigny in den anschließenden Präsidentschaftswahlen ein weiteres Mal zur Verfügung



Der „Weise Afrikas": Felix Houphouet-Boigny
FOTO: CAMERA PRESS

steht. „Ein Land, eine Partei, ein Führer!" lautet das Motto, dessen Richtigkeit in der Elfenbeinküste kaum jemand in Zweifel zieht.

Auch ausländische Beobachter sind sich einig, daß mindestens 80 Prozent der Bevölkerung voll und ganz hinter einem weiteren Wahlspruch des Kongresses stehen: „Houphouet-Boigny gestern, heute und morgen!" Gelegentlich zustimmend nickend hatte der greise Patriarch unter einem riesigen Farbbild seiner selbst stundenlang ausgeharrt, um den Elogen der Partei- und Regierunsprominenz zu folgen. Dann legte er in eineinhalbstündiger Rede die eigenen Vorstellungen dar, die umgehend von Kommissionen zu Resolutionen verarbeitet und noch am selben Abend vom Parlament in einer Sondersitzung in geltendes Recht verwandelt wurden.

Die politischen Aktivitäten häufen sich nun: Nach dem Geburtstag am 18. und den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen kommen die Feierlichkeiten zur 25jährigen Unabhängigkeit. Vor allem aber mehren sich auch die Anzeichen, daß die Wirtschaftskrise überwunden wird, die der Elfenbeinküste seit mehreren Jahren schwer zu schaffen macht.

Daß Houphouet-Boigny körperlich *und geistig in Höchstform ist, stellte* er am Montag unter Beweis: Vor Hunderten von Journalisten aus aller Welt legte der „Weise Afrikas" fast sechs Stunden lang seine politischen Vorstellungen dar. Auf keine Frage blieb er die Antwort schuldig. Es war das Vermächtnis eines Humanisten und großen afrikanischen Staatsmannes, der Frieden und Versöhnung sucht und dabei den Mut aufbringt, sich bewußt in Gegensatz zu den billigen, beifallheischenden Propagandaparolen der Mehrzahl der Führer der Dritten Welt zu setzen. So kann es nach seinen Äußerungen keinen Zweifel mehr geben, daß die Elfenbeinküste trotz des israelischen Angriffs auf das PLO-Hauptquartier in Tunis bereit ist, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder aufzunehmen.

Auch in den Beziehungen zu Südafrika befürwortet er den Dialog, für den er sich zeitlebens eingesetzt hatte. Unbestechlicher Realist, der er ist, unterstrich er die technologische Überlegenheit Südafrikas und sprach sich gegen Wirtschaftssanktionen aus, die – so legte er dar – die wirtschaftliche Unabhängigkeit Südafrikas nur stärken und das Land noch tiefer in die Isolation treiben würden. Unter Hinweis auf den fortschreitenden Abbau der Rassendiskriminierung in den USA bekräftigte er seinen Glauben an friedlichen Wandel.

Den bohrenden Fragen arabischer Journalisten hielt er entgegen, daß die arabische Welt uneins sei und kein arabisches Land jemals ein Wort über die libysche Okkupation des nördlichen Tschad verloren habe. Nicht einmal vor den heiligsten der heiligen Kühe der Dritten Welt schreckte er zurück. Befragt, was er unter „echter" Blockfreiheit verstehe, antwortete er schlicht, daß er an ihre Existenz nicht glaube.

Nur eine Frage faßte er als beleidigend auf: Die Elfenbeinküste – so entgegnete er der WELT – ist keine „chasse gardée" der Franzosen, um im nächsten Augenblick auszuführen, daß er vor der Unabhängigkeit lange Zeit im französischen Parlament gesessen und mehreren französischen Präsidenten als Minister gedient habe. Die 300 in der Elfenbeinküste tätigen Deutschen sind da größtenteils anderer Ansicht.

Europas Interesse an Lateinamerika wächst

Spanien und Portugal als Brücke / Mitterrand in Brasilien

WERNER THOMAS, **Bonn**

Der einwöchige Besuch des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in Brasilien und Kolumbien unterstreicht eine wichtige Entwicklung in den internationalen Beziehungen: Die Europäer wollen ihr Verhältnis zu Lateinamerika intensivieren, den Krisenkontinent der achtziger und wahrscheinlich der neunziger Jahre. In allen Ländern der europäischen Gemeinschaft wächst das Interesse an dieser Region.

Mitterrand hält sich bis morgen in Brasilien auf, dann reist er weiter nach Kolumbien. Beide Nationen zählen zu dem großen demokratischen Block des Subkontinents, dem *lediglich Chile, Paraguay* und Surinam nicht angehören. Brasilien schaffte Anfang des Jahres „einen exemplarischen Übergang von einem Militärregime zur Demokratie" (so Elysée-Sprecher Michel Vauzelle). Nach den Worten Vauzelles betrachtet Mitterrand Brasilien als „Großmacht mit einer immensen Zukunft".

Die Zukunft Brasiliens und Lateinamerikas hängt jedoch davon ab, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse entwickeln.

Lateinamerika verarmt. Fast überall ist die Wachstumsrate der Bevölkerung höher als die der Wirtschaft. Die Kapitalflucht schmerzt jeden Staat. Mexiko verlor allein in diesem Jahr schätzungsweise vier Milliarden Dollar. Der Subkontinent, der dringend Investitionen braucht, ist ein „Kapitalexporteur" geworden.

Niemand kennt eine Lösung des Schuldenproblems. Brasilien hält mit 104 Milliarden Dollar den Rekord in der Dritten Welt. Weder von den Industrienationen noch von den Regierungen Lateinamerikas kamen bisher Impulse für langfristige Perspektiven.

Gewaltige Schuldenlast

Übereinstimmung herrscht lediglich über die Frage, daß die Schulden einem Pulverfaß gleichen, dessen Lunte bereits glimmt. Die Furcht geht um, die demokratischen Regierungen könnten einmal unter den gewaltigen Lasten der wirtschaftlichen Probleme zusammenbrechen.

In dieser kritischen Situation heißen viele Lateinamerikaner das stärkere Engagement der Europäer willkommen. „Europa kann zusammen mit den USA eine entscheidende Rolle spielen", sagt ein venezolanischer Diplomat.

Es gibt keine andere Region der Dritten Welt, die geschichtlich und kulturell so eng mit dem alten Kontinent verbunden ist. Fast jede lateinamerikanische Nation wird von europäischem Einfluß geprägt. Spanisch und Portugiesisch sind die *beiden* Sprachen des Subkontinentes. Spanien und Portugal, die ehemaligen Kolonialmächte, übernehmen heute auch eine Brückenfunktion. „Wir hoffen, daß Spanien innerhalb der EG als Anwalt Lateinamerikas auftreten wird", schreibt die argentinische Zeitung „La Prensa".

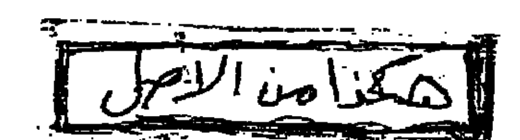
Bonn engagiert sich

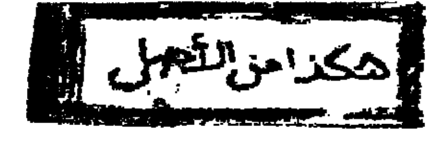
Auch die Bundesrepublik hat die wachsende Bedeutung des *Krisen*kontinentes erkannt. Seit Jahren schon stärken Stiftungen die demokratischen Fundamente dieser Länder, die Adenauer-Stiftung leistete Pionierarbeit. Helmut Kohl besuchte 1984 als erster Bundeskanzler Argentinien und Mexiko. Der argentinische Präsident Raul Alfonsin und sein mexikanischer Amtskollege Miguel de la Madrid waren in diesem Jahr Gäste Bonns.

Am 11. und 12. November tagt in Luxemburg auf Initiative von Außenminister Hans-Dietrich Genscher die sogenannte Nachfolgekonferenz von San José. Außenminister aus 21 Ländern sowie eine Delegation der EG-Kommission werden dann erneut über die Probleme Mittelamerikas diskutieren.

Zu den Teilnehmern zählen neben den Außeministern aller mittelamerikanischer Staaten auch die Vertreter der Contadora-Länder Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela. Da zehn Tage später die von der Contadora-Gruppe gesetzte Verhandlungsfrist ausläuft, will die Konferenz eine Terminverlängerung vorschlagen.

Die Mittelamerikaner setzen große Hoffnungen in die wirtschaftliche Seite dieser Tagung. Die EG plant in den nächsten fünf Jahren ein Hilfspaket für regionale Projekte, das etwa 300 Millionen Dollar umfaßt. Die bilaterale Hilfe ist darin nicht enthalten. Ein Beamter des Auswärtigen Amtes: „Da können wir uns selbst gegenüber den Amerikanern sehen lassen." Schon äußern südamerikanische Beobachter den Wunsch, daß die EG auch ihre Probleme näher studieren möge. Das besorgt jetzt ein prominenter europäischer Besucher: Mitterrand. (SAD)





Arafat muß mehrere Rückschläge hinnehmen

Geiseldrama machte Doppelzüngigkeit der PLO offenkundig

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Nun muß das „Internationale Jahr des Friedens“ ohne Yassir Arafat ausgerufen werden. Die Sitzungen der UNO-Vollversammlung zur 40-Jahr-Feier der Organisation werden am 24. Oktober ohne den PLO-Chef beginnen. Eine Gruppe von Blockfreien-Staaten (Indien, Irak, Kuweit, Senegal, Nordjemen, Nigeria) hat ihren Resolutionsentwurf zurückgezogen, mit dem sie eine Teilnahme Arafats durchsetzen wollte. Sie habe, so teilte sichtlich erleichtert der Präsident der Vollversammlung, der Spanier Jaime De Pinies, mit, „nicht vor, auf eine Abstimmung über ihre Resolution zu dringen“.

Vielleicht ist selbst Arafat dafür ein wenig dankbar. Die Abstimmung hätte möglicherweise die Gegenstimmung aufscheinen lassen, die der PLO und ihren diversen Führern nach der Kaperung des Luxusliners „Achille Lauro“ und dem Mord an dem kranken, alten Rollstuhlpatienten Leon Klinghoffer weltweit ins Gesicht weht. In London wurde die Begegnung zwischen einer PLO-Delegation und dem britischen Außenminister Howe abgesagt. Auch Treffen mit EG-Politikern in Brüssel und Luxemburg wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Washington befindet sich wieder in vollem Einklang mit Jerusalem, was die Beurteilung der PLO betrifft. Arafats „gemäßigte Linie“ ist derzeit offenbar nur noch für Unbelehrbare glaubhaft.

Die in London versetzte PLO-Delegation hatte sich geweigert, in einem gemeinsamen Komuniqué den Terrorismus zu verdammen und jeder Gewaltanwendung zu widersagen. Zwar stand diese Forderung nicht auf der ursprünglich vereinbarten Tagesordnung der Gespräche. Aber nach dem Geiseldrama im Mittelmeer und dem Gegenschlag Washingtons konnte London schlecht eine diplomatische Aufwertung der PLO vornehmen. Die direkte Beteiligung des Arafat-Freundes Abul Abas und die kaum mehr zu widerlegende Mitwisserschaft von Arafat selbst hätten einen zu tiefen Schatten auf die britische Orient-Diplomatie geworfen. London stellte deshalb als neue Vorbedingung für ein Treffen die Absage an den Terrorismus.

Kein PLO-Funktionär kann jedoch die sogenannte palästinensische National-Charta übergehen, die in ihrem Artikel 10 vorschreibt: „Sabotagetätigkeit steht im Mittelpunkt des palästinensischen Volkskrieges zur Befreiung. Diese Tätigkeit erfordert daher Eskalation und Ausweitung, sowie die Mobilisierung aller palästinensischen Menschen und Geisteskräfte, sowie ihre Organisierung und Einbeziehung in den bewaffneten, palästinensischen Revolutionskampf ...“ In Jerusalem wird in diesem Zusammenhang auf nachrichtendienstliche Erkenntnisse hingewiesen, wonach die Kaperung eines Schiffes vom Oberkommando der Fatach, der größten Unterorganisation der PLO, mit Arafats Wissen und Erlaubnis geplant wurde und auch koordiniert werden sollte. Der israelische Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis habe die Verbindungen zwischem dem Kommando, das bereits in Italien war, und der Befehlszentrale in Tunis unterbrochen. Die Piraten unter dem Kommando von Omar Mustafa bestiegen das Schiff ohne konkrete Befehle. Die Aktion sollte als ein autonomes Kommandounternehmen der PLF getarnt werden, ohne Bezug auf Arafat. Die Aktion lief aus dem Ruder und die Konturen von Arafats Rolle zeichneten sich immer deutlicher ab. Jetzt steht er diplomatisch im Abseits.

Auf finanziell scheint es der PLO nicht mehr so gut zu gehen. In arabischen Zeitungen tauchen zunehmend Klagen auf, über das wachsende Defizit in der Bilanz des PLO-Haushalts. Nach unbestätigten Schätzungen soll es mehrere 100 Millionen Dollar betragen. Sollten diese Klagen auf Tatsachen beruhen, was nicht überprüfbar ist, würde es bedeuten, daß die ölreichen Staaten aus verschiedensten Gründen die PLO nicht mehr so vorbehaltlos und üppig unterstützen wie früher.

Der zermürbende Streit innerhalb der PLO zwischen dem Arafat-Flügel und den pro-syrischen Gruppen hat die Glaubwürdigkeit der PLO und Arafats ausgehöhlt. Seine Taktik – kräftige Hetzreden ins arabische Lager auf der einen Seite und diplomatische Wendungen als Gemäßigter auf der anderen, westlichen, Seite – hat einen schweren Rückschlag erlitten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Engelhards Entwurf

„Engelhard: Ängste werden ausgeräumt“; WELT vom 8. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

einen großen Schirm wollte sich Bundesjustizminister Engelhard offenbar rechtzeitig noch aufspannen, um sich gegen erwartete Unwetter vom Familiengerichtstag in Bonn zu schützen. Eine „ganze Landschaft von Mißverständnissen“ sieht er vor sich und doch lesen sich die angedeuteten Veränderungen so wirr wie der Gesetzentwurf selbst:

1. Den Justizminister, der auch Verfassungsminister ist, sollte man eigentlich nicht daran erinnern müssen, daß einen Gesetzentwurf, den die Regierung ins Parlament geschickt hat, nicht mehr der Justizminister, sondern nur noch die Mehrheit des Parlaments umformulieren kann. Noch besser allerdings wäre, der Justizminister würde seinen Entwurf wieder zurückziehen.

2. Die Verfassungsrichter hatten dem Gesetzgeber ausdrücklich verboten, die Eherechtsreform so abzuändern, daß mit einer Kürzung des ehelichen Unterhalts zugleich die aus der Ehe stammenden Kinder bestraft werden. Auch in seiner Umformulierung weigert sich Engelhard, in diesen Fällen einen Mindestunterhalt festzulegen. Wenn aber auch weiterhin eine Null-Lösung möglich sein soll, wird Engelhard es in Karlsruhe schwer haben.

3. Bei Fehlverhalten eines Ehepartners bleibe es bei der geltenden Regelung (des § 1579 BGB) „und damit Schluß“, wird der Justizminister zitiert. Ist dies die Ankündigung des Justizministers, einen wesentlichen Teil seines Entwurfs aufzugeben? Ich wäre heilfroh, wenn CDU/CSU und FDP den Minister so verstehen und entsprechend abstimmen würden. Befürchten muß ich aber eher, daß der Minister beim Interview einen Teil seines eigenen Entwurfs nicht im Kopf hatte.

4. Auf eher ein billiges Wortspiel läuft es wohl hinaus, wenn Engelhard an eine Umformulierung denkt, die Unterhaltskürzungen nicht mehr dann vorsieht, wenn dies „billig“, sondern wenn die Fortzahlung „unbillig“ sei. Geißler läßt grüßen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der
SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

„Scheinheiligkeit“

„Lob für Bonns Haltung zu Israels Vergeltungsschlag“; WELT vom 5. Oktober und „Assads Spiel“: WELT vom 7. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

darf die Frage erlaubt sein, ob der werte Herr Möllemann, ein Freund der Araber und Arafats, autorisiert ist, die „Haltung“ Bonns zu interpretieren? Als die drei israelischen Staatsbürger ermordet wurden, kam kein Ton aus dem Auswärtigen Amt. Aber wenn Israel sich gegen Mörder wehrt, tönen die Herren Genscher und Möllemann: „Verletzung des Völkerrechts“. Kein Wort darüber, daß das befreundete Tunesien ein Terroristen-Nest duldet. Diese widerliche Scheinheiligkeit ist nicht zu überbieten.

Wo bleiben die Proteste gegen Folterungen im anderen Teil Deutschlands und in Polen. Herr Genscher unterstützt die Swapo. Meine Güte, wie lange sollen wir diesen Außenminister noch ertragen? Der Artikel von Herrn Peter M. Ranke, „Assads Spiel“, ist tröstlich, denn er zeigt die Haltung zu Israel – und der Staat Israel wird sich gegen Mord und Terror immer wehren. Dieses tapfere Volk hat Sympathie verdient und nicht Haß aus niedrigen Beweggründen.

Mit freundlichen Grüßen
Louise Norden,
Hamburg 80

Wort des Tages

„Die Wahrheit ist ewig sich selbst gleich; wo sie strahlt, ist es gewiß Tag, und je mehr der Mensch ihr in sich selbst Gewicht gibt, je mehr lebt er im Licht.“

Johann Heinrich Pestalozzi, Schweizer Pädagoge und Autor (1746–1827)

Niels Bohr

„Zuschauer und Mitspieler im Drama des Seins“; WELT vom 5. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Antwort des Nobelpreisträgers Niels Bohr an Max Planck, „Die Frage ist nicht, was Gott wissen kann, sondern, was hier unter Wissen zu verstehen ist“, ist ein Zeugnis menschlicher Hybris, die ich nur als Blasphemie bezeichnen kann. Weder Max Planck noch Albert Einstein haben die „philosophische Denkart“ wie sie Niels Bohr und andere „entwickelt“ haben, akzeptiert:

„Die Naturwissenschaft braucht der Mensch zum Erkennen, die Religion aber braucht er zum Handeln.“ Max Planck, (1858–1947).

„Die tiefe gefühlsmäßige Überzeugung von der Existenz einer höheren Denkkraft, die sich im unerforschlichen Weltall manifestiert, bildet den Inhalt meiner Gottesvorstellung.“ Albert Einstein (1879–1955).

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Gisela Winkler,
Hamburg 55

Amoralisch

„Mutige Tat“; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Fritz Wirth bin ich darin einig, daß es eine mutige Tat der Reagan-Administration war, die ägyptische Maschine mit den Mördern des US-Bürgers Klinghoffer zur Landung auf Sizilien zu zwingen. Um so mehr Zorn empfinde ich, wenn die „Bremer Nachrichten“ gleichsam unisono mit der kommunistischen „Humanité“ die USA des „Staatsterrors“ bezichtigen!

Wer in dieser infamen Weise einem amoralischen Rechtspositivismus frönt, der müßte ja konsequenterweise die Männer des 20. Juli als Mörder bzw. Hochverräter bezeichnen, weil sie nicht nur das damalige deutsche Staatsoberhaupt töten wollten, sondern bei dem Attentat auch den Tod Unschuldiger oder sogar von Gegnern des Nazi-Regimes in Kauf nahmen.

Jedenfalls ist es eine Schande, daß Teile der deutschen und internationalen Presse (zum Beispiel der britische „Guardian“) sich in ihrer Feigheit gegenüber arabischen Terroristen einer völkerrechtlichen Argumentation bedienen, um diejenigen zu verurteilen, die endlich einmal das Notwendige getan haben angesichts des weltweiten Terrorismus.

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Hügel,
Grefrath 1

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Die Bundesbeauftragte für ausländische Arbeitnehmer, **Liselotte Funcke**, ist mit dem Großkreuz des spanischen Zivildienstordens ausgezeichnet worden. Bei der Verleihung unterstrich der spanische Botschafter in Bonn, **Eduardo Foncillas**, daß Spanien damit die verdienstvolle Arbeit anerkenne, die Liselotte Funcke während ihrer langjährigen Arbeit zugunsten der spanischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Familien und damit auch für die deutsch-spanischen Beziehungen geleistet habe.

*

Der Leiter der Abteilung Ostpolitik beim Bayerischen Rundfunk, **Hans-Ulrich Engel**, ist mit dem Ehrenpreis für Publizistik der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet worden. Engel (56), gebürtiger Berliner, zeichnet für Hörfunksendungen mit ost- und mitteldeutscher Thematik verantwortlich, die insbesondere für die Heimatvertriebenen ausgestrahlt werden. In seiner Laudatio bezeichnete der Präsident der Bundesversammlung der Landsmannschaft, Staatsminister a. D. **Walter Stein**, den Preisträger als „Glücksfall für uns Heimatvertriebene“. Als Kind der alten Reichshauptstadt habe der Publizist im Mittelpunkt tragischer geschichtlicher Ereignisse gestanden und schon in früher Jugend einen ausgeprägten Sinn für Historie entwickelt.

*

Die Jury der Katholischen Filmarbeit in Deutschland hat auf der XXXIV. Internationalen Filmwoche in Mannheim einstimmig ihren Preis an den Film „Dschungelburger – Hackfleischordnung international“ des deutschen Regisseurs **Peter Heller** vergeben.

*

Die Dortmunder Werkgemeinschaft Professor **Eckhard Gerber** und Partner erhielt den ersten „Architektenpreis des Klempnerhandwerks“. Der mit 20 000 Mark dotierten Preis, der unter der Schirmherrschaft von Bundesbauminister **Oscar Schneider** geschaffen wurde, würdigt eine aus Holz und Titan-Zinkblech gefertigte Wartehäuschen-Konstruktion an der Straßenbahnhaltestelle „Stadtgarten“ in Dortmund, die die „Wechselbeziehung zwischen ästhetischer Planung und fachgerechter Ausführung“ verdeutliche.

VERANSTALTUNG

Mit einem großen Empfang hat Spaniens Botschafter **Eduardo Foncillas** den Nationalfeiertag seines Landes in Bonn gefeiert. In seiner Residenz empfing er rund 600 Gäste. Im Namen der Bundesregierung überbrachten der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Lutz Stavenhagen**, und Staatssekretär **Jürgen Ruhfus** Glückwünsche. Botschafter Foncillas und seine deutsche Frau **Gräfin von Sponeck de Foncillas** hießen auch Bonns Protokollchef **Werner Graf von der Schulenburg** willkommen.

BUCHVORSTELLUNG

„Die Republik soll schmunzeln“, Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** nahm gestern in Bonn ein Motto auf, das mit anderen Worten schon einmal der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt** verkündete, der sich „mehr Fröhlichkeit“ gewünscht hatte. Jetzt wurde es fotografisch festgehalten, daß wir wirklich „eine fröhliche Republik haben“. „Politik einmal menschlich gesehen“, ist der Untertitel des in der Parlamentarischen Gesellschaft vorgestellten Buches „Bannmeile Bonn“. Der Pfullinger Verleger **Günther Neske** zeichnet verantwortlich. Kein geringerer als Philipp Jenninger hat auch das Vorwort geschrieben. Denn in der Bannmeile, rund um das Herz der Politik in Bonn, dort, wo Abgeordnete und der Kanzler angesiedelt sind, da stellte sich offensichtlich heraus, daß, so Jenninger, „Abgeordnete auch nur Menschen sind“. Die beiden Fotografen **Josef A. Slominski** und **Anja Hildebrand** gingen mit ihren Kameras ganz in diesem Sinne auf die Pirsch. **Eduard Neumaier** kommentierte die Bilder. Zur Buchpremiere herbeigeeilt waren auch Bundestagsdirektor **Joseph Bücker**, Bundesratsdirektor Dr. **Gebhard Ziller**, der ehemalige Direktor des Bundestages, **Helmut Schellknecht**, und der ehemalige Direktor des Bundesrates **Albert Pfitzer** sowie Staatssekretär **Gustav Wabro**, Baden-Württemberg.

NACHRICHTEN

Elting trat zurück

Oberhausen (dpa) – Friedel Elting, Trainer des Fußball-Zweitligaklubs Rot-Weiß Oberhausen, hat seinen Rücktritt erklärt. Übergangstrainer ist Heinz Redepennig, zuletzt Jugendtrainer bei Schalke 04.

Schwimmer verlassen Bonn

Bonn (sid) – Die Nationalmannschafts-Schwimmer Ute Hasse, Birgit Schulz und Ralf Diegel verlassen wegen interner Probleme ihren Klub SSF Bonn und schließen sich dem TSV Bayer Dormagen an.

Wewering gekündigt

Recklinghausen (dpa) – Heinz Holtschneider, Besitzer des erfolgreichsten deutschen Traberrennstalles, hat seinem Trainer, dem Weltrekordler Heinz Wewering, angeblich wegen finanzieller Meinungsverschiedenheiten gekündigt.

Short vor Portisch

Montpellier (dpa) – Der Brite Nigel Short führt nach der dritten Runde des Kanditaten-Turniers zur Schachweltmeisterschaft in Montpellier mit zwei Punkten vor dem Ungarn Lajos Portisch und dem Sowjetrussen Artur Jussupow (je 1,5).

Boris Becker Fünfter

London (dpa) – Wimbledonsieger Boris Becker wird in der neuesten Tennis-Weltrangliste der Spieler-Gewerkschaft ATP gemeinsam mit dem Franzosen Yannick Noah auf Rang fünf geführt.

ZAHLEN

FUSSBALL

„U 16"-Länderspiel in Gütersloh: Deutschland – Dänemark 6:1 (2:0).

TENNIS

Damen-Turnier in Filderstadt, erste Runde: Mascarin (USA) – Hanika (Deutschland) 6:4, 7:5, Shaefer (USA) – Tanvier (Frankreich) 6:2, 6:4, Phelps (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:3, 6:2. – Doppel: Cueto/Hack (Deutschland) – Calleja/Torres (Frankreich/USA) 6:1, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 774 210,30 Mark, 2: 161 291,80, 3: 11 385,30, 4: 171,60, 5: 11,30. – **Elferwette:** 1: 553 672,80, 2: 8388,90, 3: 416,90. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1. unbesetzt, Jackpot: 444 790,25, 2: unbesetzt, Jackpot: 75 720,80, 3: 3126,00, 4: 69,40, 5: 6,80. – **Rennquintett: Rennen A:** 1: 32,70, 2: 6,60. – **Rennen B:** 1: 35,20, 2: 8,00. – Kombinationsgewinn: 6356,70. (Ohne Gewähr)

NATIONALELF / Heute Länderspiel in Stuttgart gegen Portugal – ARD überträgt live ab 20.10 Uhr

● Im Hinblick auf die Qualifikation für die Weltmeisterschaft hat das heutige Länderspiel in Stuttgart gegen Portugal für die deutsche Mannschaft keine Bedeutung. Als gestern durchsickerte, daß Teamchef Franz Beckenbauer ein Gespräch mit Bernd Schuster (siehe auch „Standpunkt") geführt hat, sprach endgültig niemand mehr über das Länderspiel. Eine Rückkehr von Schuster ist nicht mehr ausgeschlossen. In einem Gespräch mit der WELT sagte Bernd Schuster: „Ich denke darüber nach."

● Portugal muß heute abend in seinem letzten WM-Qualifikationsspiel gewinnen, um die Chancen auf den zweiten Platz in dieser Gruppe zu wahren. Die Schweden treten heute mit einem Minuspunkt weniger in der CSSR an. Gewinnen sie und gelingt im November auch noch ein Sieg auf Malta, so sind sie qualifiziert. Die deutsche Mannschaft: Schumacher – Jakobs – Berthold, Förster, Brehme – Allgöwer, Herget, Meier, Briegel – Littbarski, Rummenigge. Die ARD überträgt das Spiel live ab 20.10 Uhr.

Das Eis zwischen Schuster und Beckenbauer ist gebrochen – Rückkehr ist nicht unwahrscheinlich

BERND WEBER, **Stuttgart**

Gestern mittag im Waldhotel Stuttgart-Degerloch: Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer stellte sich zur letzten großen Pressekonferenz vor dem heutigen Portugal-Spiel, zu dem sich auch Bundeskanzler Helmut Kohl als Ehrengast angesagt hat. Problematisches schien nicht auf der Tagesordnung zu stehen. Denn: „Torwart Toni Schumacher hat seine Halswirbelverrenkung insoweit überstanden, daß sein Einsatz sichergestellt ist", sagte Beckenbauer, „wir können also in der angekündigten Mannschaftsaufstellung spielen."

Damit war der einzige Punkt, der im Vorfeld der Begegnung noch für Aufregung gesorgt hatte, vom Tisch. Das anschließende Frage-und-Antwort-Spiel verlief im üblichen Rahmen. Doch dann ließ der Teamchef unvermittelt eine Bombe platzen: Er habe sich, so führte Beckenbauer aus, mit Bernd Schuster getroffen. Er habe eine mehrstündige Aussprache mit ihm gehabt, und deren Inhalt ließe sich im wesentlichen so zusammenfassen: Schuster habe erklärt, daß er im Moment zwar noch keine Möglichkeit zu einem Comeback in der Nationalmannschaft sehe, aber er wolle nicht ausschließen, daß er zur Weltmeisterschafts-Endrunde nächstes Jahr in Mexiko zur Verfügung stehe. Beckenbauer: „Auf jeden Fall haben wir miteinander vereinbart, daß wir regelmäßigen Kontakt zueinander halten werden."

Über den Ort und den Zeitpunkt des Treffens wollte Beckenbauer überhaupt nichts sagen, nur soviel: „Unser Rendezvous ist rein zufällig zustande gekommen."

Die WELT sprach mit Bernd Schuster. Der war zuerst einmal überrascht, daß der Teamchef geplaudert hatte, aber dann gab sich der Barcelona-Star doch gesprächig. Schuster: „Ich habe mit meiner Frau Gaby das Oktoberfest in München besucht, das war kurz vor dem Schweden-Länderspiel. Wir haben in der Tat mehrere Stunden lang zusammengesessen. Eine Vereinbarung über eine Rückkehr in die Nationalmannschaft ist nicht getroffen worden. Beckenbauer hat mir lediglich noch einmal klargemacht, daß er es gern sehe, wenn ich mich zu einem Neuanfang entschließen könne. Und ich habe geantwortet, daß ich darüber nachdenken wolle."

Womit denn wohl klar ist: Das Eis zwischen Beckenbauer und Schuster, die lange Monate kein Wort miteinander gewechselt und die ihre (zuweilen unfreundliche) Kommunikation nur über die Medien betrieben hatten, ist gebrochen. Wahrscheinlich verbirgt sich hinter dem Beckenbauer-Vorstoß die (sachlich absolut richtige) Erkenntnis, daß er bei der WM-Endrunde in Mexiko einen Spielgestalter von der Qualität Schusters braucht, um Erfolg zu haben. Wahrscheinlich, aber dazu wollte der Teamchef natürlich kein Wort sagen, steht die Initiative auch in Zusammenhang damit, daß der Hamburger Felix Magath die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat.

Doch wie gesagt, noch ist längst nicht klar, daß Schuster, der sein letztes Länderspiel im Februar 1984 (1:0-Sieg gegen Belgien in Brüssel) gemacht hat, zurückkehrt. Und einige in der derzeitigen Mannschaft verfolgen die Bemühungen, ihn zu reaktivieren, durchaus skeptisch. Der Kölner Pierre Littbarski beispielsweise meinte: „Daß Schuster von der Leistung her immer einen Platz im Team beanspruchen kann, wird von niemandem bezweifelt. Nur, ich bin keineswegs sicher, daß der Bernd nicht bei dem geringsten Knatsch wieder abspringt. Die Unruhe im Umfeld der Mannschaft würde auf jeden Fall größer."

Dagegen hat sich Kapitän Karl-Heinz Rummenigge durchaus dafür ausgesprochen, Schuster zurückzuholen. Das überrascht insofern, als gerade die beiden in letzter Zeit einige Male heftig übereinander hergefallen waren. Schuster über Rummenigge: „Der wird total überschätzt. Ich kann mich an ein gutes Länderspiel von ihm schon gar nicht mehr erinnern." Rummenigge kontert: „Schuster hat die Intelligenz eines ostfriesischen Teebeutels." Der Kapitän gestern: „Wir sind Profis und deshalb sicherlich in der Lage, diese Dinge auszuräumen." Bernd Schuster ante portas …

STAND ● PUNKT / *Anspruch*

Bernd Schuster wird wohl wieder in die Nationalmannschaft zurückkehren – nun ist die Verblüffung darüber groß. Doch warum eigentlich? War es letztlich nicht doch nur eine Frage der Zeit, bis Schuster seiner selbstgewählten Isolation überdrüssig und den Weg zurück finden würde. Erste Gespräche wurden geführt, das zeigt sein Interesse.

In der Beziehung ist Schuster nicht anders als andere große Sportler vor ihm. Noch alle sind sie irgendwann umgefallen und starteten ein Comeback (Lauda, Muhammad Ali, Beckenbauer). Schuster ist einfach noch zu jung, um endgültig einen Schlußstrich ziehen zu können.

Außerdem reizt es ihn wie jeden Spitzenkönner, im sportlichen Wettstreit auch den Vergleich mit den Besten der Welt zu suchen. So schön Spanien und Ibiza auch sein mögen, der Fußball-Nabel der Welt sind sie bestimmt nicht. Auch Schusters Ansprüche müßten eigentlich höher liegen. Und diese Bestätigung kann er nur in der Nationalmannschaft bei internationalen Vergleichen finden.

ud

OLYMPIA / 14 Bewerber meldeten für die Spiele

Falun vor Berchtesgaden?

sid, **Lissabon**

Genau ein Jahr vor der Entscheidung in Lausanne, wo am 17. Oktober 1986 die Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) die Winterspiele und dann die Sommerspiele für 1992 vergeben wird, stehen 14 Kandidaten endgültig fest. Bei der Tagung des Exekutivkomitees des IOC und der Weltorganisation der Nationalen Olympischen Komitees in Lissabon stellte sich jetzt auch Birmingham erstmals einem großen olympischen Kreis vor.

Die Bewerber für die Winterspiele sind Albertville, Anchorage, Berchtesgaden, Cortina, Falun, Lillehammer und Sofia. Für die Sommerspiele kandidieren neben Birmingham Amsterdam, Barcelona, Belgrad, Brisbane, Neu-Delhi und Paris. Dabei scheinen zur Zeit Paris und Barcelona für die Sommerspiele die besten Chancen zu haben. Amsterdam hält sich zurück, und Brisbane blieb der Tagung sogar fern. Nach den Abschätzungen, die in Lissabon kolportiert wurden, ist Falun vor Berchtesgaden Favorit für die Winterspiele 1992.

Heute große Geburtstagsfeier bei Schalke 04



Ein Prost auf die 80 Jahre: Ernst Kuzorra FOTO: SVEN SIMON

Ernst Kuzorra wird 80 Jahre und Ehrenbürger

DW. **Gelsenkirchen**

„Ja, Ernst", sagte ein früherer Mannschaftskamerad vor etwa einem Jahr, „wenn du nächstes Jahr 80 wirst, dann machen wir ein Fest, wie sie es hier in Schalke noch nicht erlebt haben." Die Antwort des rüstigen Seniors war typisch: „Ja, hoffentlich lebt ihr dann noch." Heute feiert Ernst Kuzorra, fast ein Synonym für Schalke 04, den Traditionsklub aus dem Ruhrpott, seinen 80. Geburtstag. Und sein Verein, dem er als aktiver Fußballspieler und danach als Funktionär treu blieb, mit dessen erster Mannschaft er siebenmal deutscher Meister wurde, feiert mit ihm.

Wenn heute um elf Uhr in der Gaststätte des Gelsenkirchener Parkstadions die große Geburtstagsfeier mit rund 350 geladenen Gästen beginnt, dann bleibt sogar Kuzorras Stammkneipe geschlossen, das Schalker Vereinslokal gleich neben der altehrwürdigen Glückauf-Kampfbahn, wo er regelmäßig speist und „ein paar Pils und Kurze" zu sich nimmt. Denn neben illustren Gästen aus Politik, Wirtschaft und Sport hat Ernst Kuzorra alle seine Freunde und Kumpels eingeladen. Im offiziellen Teil der Feier wird Oberbürgermeister Werner Kuhlmann dem Jubilar die Ehrenbürgerschaft verleihen, die Ernst Kuzorra als achtem Bürger Gelsenkirchens zuerkannt wurde. Im inoffiziellen Teil wird – nicht nur durch alte Tonaufnahmen – wohl so manche Erinnerung an gute alte Schalker Zeiten wach werden.

Erinnerungen an den berühmten „Schalker Kreisel" etwa. Dieses alle Gegner verwirrende, schnelle Kurzpaßspiel, bei dem jeder Stürmer ständig in Bewegung war, das Kuzorra gemeinsam mit seinem 1974 verstorbenen Schwager Fritz Szepan in den dreißiger Jahren inspirierte. Erinnerungen an den Kapitän Kuzorra und dessen von großer Autorität getragene Ausnahmestellung. Erinnerungen an den knochenharten Kumpel, der seinen Lebensunterhalt tatsächlich unter Tage verdiente und der auf dem Spielfeld auch schon einmal mit einem Leistenbruch mitkämpfte (im Endspiel gegen Nürnberg 1934). Sekunden vor Schluß den Siegtreffer erzielte – und dann ohnmächtig zusammenbrach.

Ernst Kuzorra, ein Fußball-Idol, das weiterhin auf seinem Stammplatz auf der Ehrentribüne des Parkstadions Schalker Bundesligaspiele verfolgen will. „Mein Opa ist 93 geworden", erzählte er kürzlich, „ich habe vor, ihn zu übertreffen."

Am 14. Oktober 1985 ist Herr

Dr. Max Ludwig Rohde

ehemaliger Direktor unserer Hauptfiliale Essen

im Alter von 86 Jahren verstorben.

Herr Dr. Rohde gehörte seit 1922 zunächst unserem bedeutenden Vorgängerinstitut, der Direction der Disconto-Gesellschaft, und seit 1929 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1966 unserer Bank an. Seit 1948 war er als Direktor unserer Filiale Essen verantwortlich für die Geschäfte unserer Bank in diesem wichtigen Wirtschaftsraum.

Er gehörte zu den Männern, die nach dem Kriege einen wesentlichen Anteil am Wiederaufbau und an der Entwicklung unseres Instituts hatten. Insbesondere im westdeutschen Bereich erwarb er sich große Verdienste. Sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Bank genoß er hohes Ansehen.

Voller Trauer nehmen wir Abschied von Herrn Dr. Rohde als einem Mann, dem wir Dank schulden.

Wir werden seiner stets gedenken.

Deutsche Bank AG

Der Vorstand

Frankfurt/Düsseldorf, im Oktober 1985

Trauerfeier und anschließende Beisetzung finden auf dem Meisenburg-Friedhof in Essen-Bredeney am Freitag, dem 18. Oktober 1985, um 10.30 Uhr statt.

✝

Dr. jur. utr. Max Ludwig Rohde

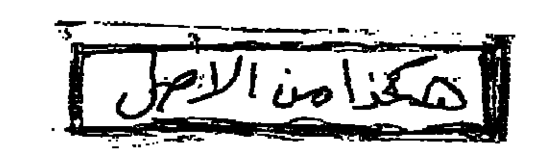
* 25. Mai 1899 Posen † 14. Oktober 1985 Essen

Lisegret Rohde geb. Salzbrunn
Dr. Lutz Rohde
Christa Rohde geb. Mauve
Christian, Thomas, Katrin
Dr. Peter Rohde
Elisabeth Rohde geb. von Menges
Konrad, Wilhelm und Friedrich

4300 Essen 1, Renteilichtung 8–10

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet statt am Freitag, dem 18. Oktober 1985, um 10.30 Uhr in der Kapelle des Friedhofes an der Meisenburgstraße, Essen-Bredeney.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende zugunsten der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Folkwang-Schulen e. V., Konto-Nr. 148/1969 bei der Deutschen Bank AG in Essen (BLZ 360 700 50).



Nowottnys Bewährungsprobe

Mit klarer Handschrift

Gestern abend hat sich Friedrich Nowottny im Presseclub, nahe des Regierungsviertels, von der Bonner Bühne verabschiedet. Der neue Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR) ist nun einige Monate im Amt. Er hat durch erste Personalentscheidungen seine Handschrift erkennen lassen. Nowottny, der mit den Stimmen der CDU-Gremienmitglieder gegen das Votum der SPD gewählt wurde, hat allerdings nach dem neuen WDR-Gesetz seit dem 1. Oktober 1985 einen Rundfunkrat als mächtiges Aufsichtsgremium im Nacken, der ihm wenig Spielraum läßt. Denn die angekündigte „Staatsferne" des 41köpfigen Rundfunkrates darf nicht mit „Parteienferne" verwechselt werden. Der Block aus SPD-Mitgliedern, SPD-Sympathisanten und Gewerkschaftern macht weit mehr als die absolute Mehrheit aus. Die CDU und ihr nahestehende Ratsmitglieder könnten dort fast Minderheitenschutz fordern. Dabei hat die SPD den Sender schon jetzt auf nahe*zu allen* Führungspositionen im Griff.

Zum neuen Programmdirektor berief der WDR-Intendant Günter Struve, der Willy Brandt und anderen SPD-Größen jahrelang gedient hat und der zuletzt bei der WAZ-Gruppe für neue Medien zuständig war. Obwohl Nowottny diese Berufung als seine „Wunschlösung" propagierte, soll er sich erst, nachdem der ehemalige stellvertretende ZDF-Programmdirektor Peter Gerlach abgewunken hat, für Struve entschieden haben. Zu seinem Nachfolger in Bonn berief der Intendant Ernst Dieter Lueg, früher SPD-Mitglied und inzwischen nach eigenem Bekunden aus der Partei ausgetreten. So kann man in dem Sexmagazin „Playboy" in diesem Monat eine Besprechung des neuen Buches über Helmut Kohl von Ernst Dieter Lueg lesen, die dem Werbezettel des Verlages sehr nahekommt.

Zum Stellvertreter in Bonn berief Nowottny den Rom-Korrespondenten Eberhard Pilz, der nicht gerade als ein Anhänger der Unions-Parteien gilt. Schon vor diesen Berufungen verspürte der bis dahin als amtsmüde geltende Chefredakteur Gerd Ruge plötzlich wieder ein Verlangen, länger auf seinem Chefsessel zu verweilen. Auch Ruge wird eher dem linken Spektrum zugerechnet, was er mit einer ARD-„Brennpunkt"-Sendung Mitte September „Zur Lage der SPD" unterstrich. Es kamen ausschließlich SPD-Politiker *zu Wort*, *kritische* Stimmen, bis auf eine kurze Stellungnahme von Professor Baring, fehlten.

Wird diese Präferenz für die SPD in der WDR-Spitze nur ab und zu sichtbar, so ist sie bei den Programmmachern vor Ort längst täglich auf der Mattscheibe zu beobachten. In dem Regionalmagazin „Aktuelle Stunde", sieben Tage in der Woche von 19 bis 20 Uhr im Dritten Programm, findet die CDU und die FDP



Nach langen Jahren als WDR-Studioleiter in Bonn gibt Friedrich Nowottny als Intendant des Kölner Senders eine eindeutige Richtung vor.
FOTO: MATTHIAS JÜSCHKE

überhaupt nicht statt, es sei denn, es gibt innerparteiliche Streitereien. Besonders das Düsseldorfer WDR-Studio unter der Leitung von Cornelius Bormann verfolgt konsequent diese Linie. Demgegenüber kann regelmäßig zur besten Sendezeit die gesamte Riege der Landesminister als Studiogast zu politischen Anliegen Stellung *nehmen*.

Einen Tag nach der inoffiziellen Nominierung des Kanzlerkandidaten Rau in Bonn sendete das 3. Programm einen 45-Minuten-Bericht von Martin Schmuck unter dem Titel „Der Kandidat". Der Wahlkampfleiter von Johannes Rau könnte diesen Bericht bedenkenlos auf allen SPD-Wahlveranstaltungen vorführen, eine werbewirksamere Darstellung des Kandidaten wird kaum möglich sein.

Wohl um für die bevorstehende Bundestagswahl weitere Pflöcke einzuschlagen, wurde Christoph Lütgert vor kurzem als Redakteur im WDR-Studio Düsseldorf eingestellt. Er kommt von der Deutschen Presse-Agentur und gilt seit Jahren als journalistischer Vertrauter von Johannes Rau. Wie aus Kreisen des Senders zu hören ist, wäre es möglich, ihn in der „heißen Phase" des Wahlkampfes in das Studio Bonn zu versetzen, um für weiteren günstigen Medienrückenwind „in Sachen Rau" zu sorgen.

Ob der Intendant Nowottny diese Entwicklungen in seinem Haus unter Kontrolle halten kann? Auch daran wird der Erfolg seiner Arbeit in den nächsten Jahren zu messen sein.

CHRISTOPH STERN

Mit Spenden allein ist es nicht getan – ZDF-Beiträge zum Welternährungstag

Für den Hunger bleibt die späte Stunde

Millionenfach ist der Hunger auf dieser Welt. Flehentlich bittende Kinderaugen schauen uns täglich von Plakaten, aus Zeitungsannoncen und Illustriertenseiten an, werden uns gleichsam für den Hausgebrauch via Fernsehen in die Wohnstuben gesendet.

Von 500 Millionen Hungernden weltweit ist die Rede. Ob es sich um die Sahel-Zone, Somalia oder Sudan handelt, Bilder aus diesen Ländern erreichen uns nur stellvertretend für die vielen Hunger-Regionen auf dieser Erde. Das Ringen um das tägliche Brot ist vielerorts das alles beherrschende Lebensziel, sei es in Asien, in Mittel- oder Lateinamerika oder in Afrika. „Es waren Bilder, die ich nie

Wer dein Mehl hat, hat auch deine Würde – ZDF, 22.05 Uhr / Wie Hunger gemacht wird – ZDF, 22.35 Uhr

vergessen werde", so Bundespräsident Richard von Weizsäcker anläßlich seines kürzlichen Besuchs in den Hungerlagern Sudans.

Zum „Welternährungstag" hat es nun das ZDF unternommen, gleich mit zwei Beiträgen auf den Hunger in Afrika hinzuweisen. Leider, dies sei gleich eingangs gesagt, werden beide Filme erst so spät gesendet, daß die Mehrheit der Zuschauer nicht mehr erreicht wird.

Der Hunger kommt nach der Hitparade, dem Magazin und dem Unterhaltungsfilm zu später Stunde. Da stellt sich sogleich die Frage: Ist diese Programmfolge nicht symptomatisch für die Welt des Überflusses, in der wir leben? Haben wir etwa in der heutigen Gesellschaft des Überflusses den Hunger schon vergessen, der vor vierzig Jahren unser Land heimsuchte?

„Wer dein Mehl hat, hat auch deine Würde" ist ein Film von Werner Kaltefleiter, der den Weg afrikanischer Katholiken zur Eigenständigkeit nachzeichnet. Das afrikanische Sprichwort, das er als Titel für seinen Film auswählte, hat zwar seinen Ursprung in der gesellschaftlichen Entwicklung Afrikas, die jahrhundertelang von den Kolonialmächten bestimmt wurde.

Es umreißt zugleich aber auch sehr exakt die gegenwärtige Situation Afrikas. So ist der Filmbericht über das Priesterseminar von Kalonda in Zaire zugleich auch ein Beitrag über den Versuch der Kirche, Grundwerte der afrikanischen Kultur neu zu beleben, um sie zur Selbständigkeit finden zu lassen. Darum auch der Untertitel: „Afrikas Katholiken auf dem Weg zur Eigenständigkeit".

In Afrika und Asien melden die Priesterseminare überraschend hohe Zuwachszahlen. Die Spendeneinkünfte der kirchlichen Hilfswerke in den Industrieländern können mit dem gewachsenen Bedarf in diesen Regionen kaum noch Schritt halten.

Hier gilt es darum immer mehr, den Eigenanteil an den wirtschaftlichen Kosten in den jungen Kirchen zu erhöhen. Mit diesem Freimachen von Abhängigkeiten wächst zugleich das Selbstbewußtsein, und es findet die Rückbesinnung auf die afrikanischen Wurzeln statt.

In Kalunda, im ehemaligen Kongo, schaffen sich die Seminaristen ihr eigenes Mehl und wachsen so in unverletz*ter Würde auf*.

Die zweiteilige Reportage „Wie Hunger gemacht wird" von Albrecht Heise ist höchst aktuell, denn die diesjährige Hungersnot in Afrika hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Zwar ist international die Hilfe für die Hungernden in Afrika nun in Gang gekommen und, worauf es vor allem ankommt, es konnten durch Spenden endlich Projekte in Angriff genommen werden, die den Hunger langfristig bekämpfen sollen – aber noch gibt es keine Ernte in Afrika.

Fest steht im übrigen schon heute, daß leider auch 1986 ein Jahr des Hungerns in weiten Teilen Afrikas sein wird, denn es ist nicht nur die Natur, die den Menschen hungern läßt – es sind die Mitmenschen.

„Wir können uns nicht durch Spenden davonstehlen", sagt der Reporter Heise in seinem Film und zielt dabei auf die oftmals falsche Landwirtschaftspolitik, die in vielen Ländern Afrikas gemacht wird. So wirkt beispielsweise der EG-Getreideüberschuß, der in solche afrikanischen Länder fließt, dort als Hungermacher. Gegen das Billig-Getreide kann der afrikanische Bauer nicht konkurrieren. Die Folge ist, er wandert mit seiner Familie ab in die Städte. Dort vermehrt er die Zahl der Hungernden, die Felder aber liegen brach.

Oder da werden tropische Wälder abgeholzt, um Monokulturen Platz zu machen. Industrienationen unterstützen ehrgeizige Pläne zum Bau von Staudämmen, fördern den Export afrikanischer Lebensmittel – dagegen wäre es wichtig, den Aufbau einer gesunden Landwirtschaft zu forcieren. Denn auf lange Sicht kann nur Selbständigkeit vor dem Hunger bewahren.

„Wieso sollte die Trockenheit der Grund für die Unterernährung der Kinder sein. Sie sterben unter meinen Händen, auch wenn es regnet", so die schwarze Krankenschwester aus Botswana.

Der Film von Heise zwingt zum Nachdenken, auch wenn man unterstellt, daß eine geschickte Kameraführung da und dort überzeichnet haben mag. Der Hunger wird vielerorts in Afrika von den Regierungen selbst gemacht, so sein Fazit. Politische Entscheidungen sind notwendig, auch bei den helfenden Industrienationen.

SIEGFRIED IHLE



Hungernde Frauen und Kinder im Flüchtlingslager bei El Obeid im Sudan
FOTO: AP

KRITIK

Gestanzte Abenteuerlichkeit

Unsere Abenteuerlust, sofern im Fernsehsessel stillbar, kam auf ihre Kosten. Das **Spionageschiff** (ARD) langweilte uns nur über ein paar kurze Strecken – selten bei Storys, die zu Serien ausgewalzt werden.

Den Atem indes raubte uns die Geschichte von dem verschwundenen Kutter nicht. Nach spannungsreichem Start durften sich unsere Nerven wieder beruhigen; das fortwährende Bemühen der Agenten, dem unbequemen Rechercheur und Helden das Lebenslicht auszublasen, wiederholte sich in nicht sonderlich originellen Variationen.

Gottlob versank die Geschichte, die sich eigentlich an eine wahre Begebenheit anlehnte, dermaßen ins Phantasiereich gestanzter Abenteuerlichkeit, daß die Frage nach dem Realitätsbezug gar nicht erst aufkam. Denn mittlerweile haben ja so manche Vorkommnisse dafür gesorgt, daß immer mehr Westler die Geheimdienste ihrer Staaten nicht eben als zimperlichen Gegenpol zum brutalen sowjetischen KGB begreifen. Und doch: Die Autoren haben ohne Zweifel zu dick aufgetragen mit ihrer unverfrorenen sowjetisch-britischen Geheimdienst-Koalition. Wir blieben, schmunzelnd im Fernsehland – bis hin zum verblüffend-wahnwitzigen Ende.

HERMANN A. GRIESSER

Neue, alte Tagesschau

A.W. – Große Ursache, kleine Wirkung. Die „neue" Tagesschau, mit „neuem Design", „neuem Studio" und einem „neuen Moderator", Hanns Joachim Friedrichs, pünktlich am Montag gestartet, war doch weitgehend die alte.

Gewiß, das Studio erstrahlte in dezenten Grautönen und hatte Perspektive und Tiefenschärfe; außerdem stand Friedrichs eine hochmoderne „Paintbox" zur Verfügung, mit der er seine Graphiken künftig elektronisch herstellen kann. Aber was man (auch in der ARD selbst) den bisherigen Tagesschausprechern immer wieder zum Vorwurf machte, nämlich daß sie wie „sprechende Briefmarken" wirkten – das galt auch noch weitgehend für Friedrichs.

Zu allem Unglück gab es zur Premiere ausgerechnet die neuen Medizin-Nobelpreisträger vorzustellen: eine heikle Aufgabe, die Routine bei der populären Präsentation wissenschaftlicher Erkenntnisse erforderte. Friedrichs hat diese Routine noch nicht. Der beigezogene Professor drückte sich so unpopulär wie nur möglich aus, und die anschließende Graphik war sogar noch unverständlicher.

Doch schon nach der ersten Sendung ein umfassendes Urteil fällen zu wollen, wäre ungerecht. Warten wir also weitere Sendungen, warten wir vor allem den ersten Auftritt von Friedrichs' neuer Mitmoderatorin Ulrike Wolf ab.





SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

ARD:
8.55 Tagesschau
8.58 Aus dem Bundestag
Erklärung der Bundesregierung zur Lage auf dem Arbeitsmarkt mit anschließender Debatte

ZDF:
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Als Mutter streikte
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Zwischen Recht und Gesetz
Greenpeace – Briganten für die Umwelt
Die private Umweltschutzgruppe „Greenpeace" hat sich inzwischen zu einer internationalen Bewegung mit einem Jahresetat von etwa sieben Millionen Dollar entwickelt. Der Film von Trevor Philpott und Caroline Weaver porträtiert die mutigen Umweltschützer.
16.55 Florian 14 (3)
Eine Feuerwehr für Griechenland
„Florian 14" befindet sich auf dem Weg nach Griechenland und hat mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zwar sind die Aufregungen um Kümmel, den Jüngsten an Bord, vergessen. Aber es gibt schon wieder neue Schwierigkeiten. „Florian 14" hat einen Zusammenstoß mit einem Gemüseauto. Da bekommt Krüger auch noch Zahnschmerzen und verschwindet plötzlich.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 ARD-Sport extra
Fußball-Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel: Bundesrepublik Deutschland – Portugal
21.55 Brennpunkt
22.30 Tagesthemen
23.00 Show-Bühne
Unterhaltung mit Alfred Biolek
Mitwirkende: Gruppe Dreiklang, Die Vorletzten, Springmaus
Regie: Alexander Arnz
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Der liebe Gott im Schrank
Von Peter Bauhaus und Thomas Droeger
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Unser Fräulein Lehrer
Arthur rettet einen Truthahn
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Verwischte Spuren
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Hotel
Reprisen
Es ist wieder viel los im St. Gregory. Da versucht der durch Drogen heruntergekommene Schlagerstar Danny Maxwell, unterstützt durch seine Ex-Gattin, ein Comeback. Außerdem hat sich Peter McDermott plötzlich mit einem kleinen Sohn namens Mickey abzufinden.
21.45 heute-journal
Mit Berichten über die Bundestagsdebatte zur Lage auf dem Arbeitsmarkt
22.15 Wer dein Mehl hat, hat auch deine Würde
Film von Werner Kaltefleiter
Der Film über das Priesterseminar von Kalonda in Zaire soll den Weg afrikanischer Katholiken zur Eigenständigkeit zeigen, bis zu ihren eigenen afrikanischen Wurzeln, die ihnen die Kolonialmächte einst entfremdet hatten.
22.45 Zum Welternährungstag
Wie Hunger gemacht wird
Aus Afrika berichtet Albrecht Heise
0.10 heute

SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Papermoon
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 *Es darf gelacht werden*
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
20.00 *Offen gesagt*
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
22.15 Wer singt, muß sterben
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Galerie für Kinder
19.00 heute
19.30 Bunt sind schon die Wälder
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Unsere Nachbarn, die Italiener
22.15 Sportreport
23.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Partygeflüster
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karichen
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ihr erstes Erlebnis
Deutscher Spielfilm (1939)
Mit Ilse Werner u. a.
22.05 Wer bin ich?
22.30 Sackgasse?
23.15 Sport aktuell
0.05 Horoskop
0.10 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Minden
Informationen und Unterhaltung
21.45 Wissenschaftsshow
Dicke Luft, ade? Entschwefelungen und Entstickung von Großkraftwerken
22.30 Alles in Butter
Französischer Spielfilm (1972)
0.00 Schach dem Weltmeister
Bericht von der WM in Moskau (7)
0.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene (4)
19.00 Der kleine Unterschied und die Erziehung
19.30 Ökoland
20.00 Tagesschau
20.10 extra drei
Aktuelle Wochenschau
21.00 Inszenieren wie ein Mann?
21.45 Denen ist nichts heilig
Amerikanischer Spielfilm (1937)
22.55 Actualités
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Technik
18.50 Ogalusa, ein weiser Jäger
Ein Zeichentrickfilm
19.05 Was tun mit der Zeit!
Sammlermarkt
19.45 Tiersprechstunde
Tierheim
20.15 Die Kirche klagt sich an
Schuldbekenntnis der EKD 1945
21.30 Drei aktuell
22.00 Martin Luther (2)
Der Sohn der Bosheit
23.35 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.15 Museen der Welt
Stedelijk Museum in Amsterdam
21.00 Kinder des Olymp
Französischer Spielfilm
Mit Arletty, Jean-Louis Barrault, Pierre Brasseur u. a.
0.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wanderbrettel
20.45 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Herren der Berge (2)
22.50 Lohn der Arbeit
Dokumentation von Heidi Adams
23.35 Schach dem Weltmeister
0.05 Rundschau
0.10 News of the Week

Wie Craxi den Fall Abul Abbas darstellte und sich verteidigte

Siebenstündige Kabinettssitzung konnte Streit mit Spadolini nicht beilegen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Auf fünf Schreibmaschinenseiten veröffentlichte das Amt des italienischen Ministerpräsidenten die Version des Falles Abul Abbas, die Bettino Craxi auf der vom republikanischen Verteidigungsministers Spadolini boykottierten Sitzung des Kabinettsrates vorgetragen hat. Das Resümee dieser „Craxi-Story über Abul Abbas", wie der „Corriere della Sera" die Darstellung bezeichnet: Der palästinensische Terroristenführer konnte während seines Aufenthaltes in Italien gar nicht festgehalten werden. Er war durch diplomatische Immunität und durch den extraterritorialen Status des ägyptischen Flugzeuges geschützt, das er in Rom nur verließ, um auf dem Flugplatz Fiumicino in eine startbereite jugoslawische Maschine umzusteigen. Außerdem war er von ägyptischen Soldaten bewacht.

Craxi begann seine Schilderung der Ereignisse mit der Landung der von vier amerikanischen „Tomcat"-Jägern abgefangenen ägyptischen „Boeing" auf dem sizilianischen NATO-Flugplatz Sigonella in der Nacht vom 10. zum 11. Oktober.

FLN-Führer war im Besitz eines Diplomatenpasses

Nicht vier Jäger, sondern zwei amerikanische Transportmaschinen vom Typ „C 141" seien neben der ägyptischen Maschine niedergegangen. Sie hätten 50 amerikanische Soldaten an Bord gehabt, die die „Boeing" sofort umstellt.

Craxi: Der Kommandeur der Amerikaner erklärte, er habe den Auftrag, die an Bord der „Boeing" befindlichen Palästinenser zu ergreifen. Die amerikanischen Soldaten bestiegen dann aber wieder ihre Flugzeuge, nachdem ich in einem weiteren Telefongespräch mit Präsident Reagan die Forderung nach Überführung der vier Schiffsentführer und der zwei Palästinenser (Abul Abbas und sein Begleiter) in die USA abgelehnt und versprochen hatte, die vier vor Gericht stellen zu lassen und über Abul Abbas und seinen Begleiter nützliche Informationen einzuholen."

Das ägyptische Flugzeug, so führte Craxi weiter aus, habe sich auf einer offiziellen Mission befunden und habe deshalb sowohl in der Luft als auch am Boden als extraterritorial betrachtet werden müssen. Abul Abbas sei außerdem im Besitz eines irakischen Diplomatenpasses gewesen. Er habe sich geweigert, das Flugzeug zu verlassen.

Am 11. Okober um 20.15 Uhr habe der Staatsanwalt von Syracus erklärt, daß die italienische Justiz – nach der Festnahme der vier Schiffsentführer – keine weiteren Interessen geltend zu machen habe. Von diesem Augenblick an habe es kein begründetes Motiv mehr gegeben, die ägyptische Maschine und ihre Passagiere noch länger zurückzuhalten.

„Trotzdem hat die italienische Regierung den ägyptischen Botschafter um die Verlegung des Flugzeuge von Sigonella nach Rom-Ciampino gebeten, um weitere Ermittlungen anstellen zu können." Auch auf diesem römischen Flugplatz hätten Abul Abbas und sein Begleiter das Flugzeug nicht verlassen – entgegen den Berichten, daß sie in die Ägyptische Akademie Roms gebracht worden seien. Sie hätten sich unter ägyptischer Militärkontrolle befunden.

In der Nacht vom 11. zum 12. Oktober (als die Maschine bereits in Rom war) sei der amerikanische Botschafter Maxwell Rabb in den Palazzo Chigi gekommen und habe die vorläufige Festnahme von Abul Abbas verlangt. „Diese Forderung – obwohl formell korrekt – enthielt nach dem Urteil des (italienischen) Justizministers keine substantiellen Elemente, die den italienischen Gesetzesbestimmungen über die Erlangung und Vorlage von Beweisen als Voraussetzung für eine Verhaftung angemessen gewesen wären."

So habe sich Justizminister Martinazzoli am 12. Oktober negativ zu dem amerikanischen Festnahmeersuchen geäußert. „Im übrigen hat es die italienische Justiz in Kenntnis aller im Besitze der Regierung befindlichen, von den Amerikanern übermittelten Elemente nicht für notwendig gehalten, das Flugzeug zu blockieren oder seine Passagiere festzunehmen." Um 15.00 Uhr sei Botschafter Rabb entsprechend informiert worden.

Am Abend des 12. Oktober habe der ägyptische Botschafter der italienischen Regierung dann mitgeteilt, daß Abul Abbas und seine Begleiter „das italienische Territorium aus Sicherheitsgründen an Bord eines jugoslawischen Linienflugzeuges verlassen" hätte. „Tatsache ist, daß der ägyptische Präsident Mubarak selbst die Befürchtung geäußert hatte, das ägyptische Flugzeug könne, wenn die zwei Palästinenser an Bord blieben, aufs Neue abgefangen werden." So sei die ägyptische Maschine am 13. Oktober ohne Abul Abbas und seinem Begleiter nach Kairo zurückgeflogen.

Tonbandaufzeichnungen vertiefen Koalitionskrise

Über die Tonbandaufzeichnungen der Gespräche, die Abul Abbas während der Entführung der „Achille Lauro" mit den an Bord befindlichen Terroristen geführt hatte und auf denen nach amerikanischer Darstellung klar die Mittäterschaft des Palästinenserführers hervorgehen soll, ist inzwischen eine öffentlich geführte Auseinandersetzung zwischen dem Amt Craxis und dem von Spadolini geleiteten Verteidigungsministerium entbrannt.

Das Verteidigungsministerium gab am Montag abend in einem Kommuniqué bekannt, daß der italienische Geheimdienst diese Aufzeichnungen am 12. Oktober um 19.30 Uhr (wahrscheinlich von den Amerikanern) erhalten habe und daß ihr Inhalt als Staatsgeheimnis zu betrachten sei, das nur der Ministerpräsident lüften könne. Zwei Stunden später teilte das Amt des Ministerpräsidenten ebenfalls in einem Kommuniqué mit, die Aufzeichnungen seien Craxi von Geheimdienstchef Admiral Martini erst am 14. Oktober um 21 Uhr übergeben worden.

Auf Kulturforum Vorwürfe an die Adresse Moskaus

cgs, Budapest

Mit 860 Delegierten aus 35 Ländern Europas sowie Nordamerikas begann gestern das „Kulturforum" der KSZE in der ungarischen Hauptstadt. Erstmals wird damit ein Folgetreffen, das auf die Helsinki-Schlußakte zurückgeht, in einem Land des Ostblocks abgehalten.

Der liechtensteinische Delegierte, Botschaftsrat Graf Mario von Ledebur, fand erstaunlich offene Worte vor der Versammlung. Er erinnerte das Forum daran, daß es Fälle gebe, in denen das schöpferische Genie „dem Direktor einer psychiatrischen Klinik" überantwortet werde. Wenn man Wagner-Musik höre, während die Krematorien rauchten, sei das keine Kultur – und ebenso sei auch der GULag nicht ein Zeichen von Kultur. Ledebur sprach auch von den Menschen, die nicht sprechen dürften und die hofften, daß man sie nicht vergesse.

US-Botschafter Stoessel sagte wörtlich: „Wir glauben, daß alle Völker und nationalen Minderheiten das uneingeschränkte Recht und die Gelegenheit haben sollten, ihr kulturelles Erbe in allen seinen Dimensionen zu wahren."

Offenbar an die Adresse der Sowjets richtete er die Frage: „Wie kann man ein Fürsprecher des kulturellen Austausches sein und zur gleichen Zeit einem Künstler das Recht absprechen, eine Einladung zum Gedankenaustausch mit seinen Kollegen aus anderen Ländern anzunehmen – und wie kann man dann die Veröffentlichung oder Aufführung seiner Werke verhindern?"

Die kulturellen Repräsentanten der USA auf diesem Forum hätten keine staatlichen Instruktionen zu befolgen. Amerika habe auch kein Kulturministerium, weil die USA der Überzeugung seien, daß kulturelle Kreativität nicht von einer Regierung berührt werden solle. Die USA würden in Budapest Vorschläge unterbreiten, wie die Behinderung von kulturellen Kontakten am besten verringert werden könnte, kündigte Stoessel an.

Geißler spricht von Vorwahlkampf der SPD

CDU-Generalsekretär erläutert Unionskonzept für '87

GÜNTHER BADING, Bonn

Die CDU will mit einem gemeinsam mit der CSU erarbeiteten Programm in den Wahlkampf für den Bundestag gehen und dabei das positive Bild Deutschlands als moderne Industrienation und Gesellschaft mit menschlichem Gesicht zeichnen. In der Auseinandersetzung mit der Opposition – den eigentlichen Wahlkampf erwartet Generalsekretär Heiner Geißler nach der Sommerpause 1986 – will die Union die SPD in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Finanzpolitik, aber auch auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik „stellen". Diesen Bereichen komme „angesichts des Kurswechsels der SPD in diesen Lebensfragen der Nation" eine besondere Bedeutung zu, sagte Geißler gestern bei einem ersten Bericht über sein Wahlkampfkonzept. Dieses Konzept war vom CDU-Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am Sonntag und Montag im pfälzischen St. Martin diskutiert worden. Der CDU-Vorstand schlug dabei der CSU vor, wie in allen Wahlkämpfen seit 1972 ein gemeinsames Wahlprogramm zu erarbeiten.

Als „Vorwahlkampf" zugunsten der SPD wertete Geißler die Aktionswoche des DGB, die man richtiger eine „Agitationswoche" nennen müsse. Der DGB gefährde damit den Gedanken der Einheitsgewerkschaft. Den Spitzenfunktionären sei offenbar ihr sozialdemokratisches Parteibuch wichtiger als die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder.

Der CDU-Vorstand hatte sich nach dem Vortrag Geißlers über ein Wahlkampfkonzept eingehend mit dem Zustand der SPD und der erwarteten Wahlkampfstrategie dieser Partei befaßt. Die Taktik der Sozialdemokraten wird nach Ansicht Geißlers darauf abzielen, „die tiefe Zerrissenheit und die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in zwei unversöhnliche Gruppen zu überdecken". Auf der einen Seite stehe der „neutralistisch-sozialistisch" ausgerichtete Mehrheitsflügel der SPD „mit eindeutigen Sympathien für grüne Ideen der Systemveränderung". Auf der anderen Seite stünden die Reste der traditionell aus der Arbeiterschaft stammenden Sozialdemokraten mit ihrem Bekenntnis zum Godesberger Programm, das heute nur noch rudimentär vorhanden sei. Selbst in internen SPD-eigenen Studien werde von nur 27 Prozent Stammwählern der SPD gesprochen; hinzu kämen sieben Prozent Wechselwähler mit eindeutiger Parteipräferenz und sieben Prozent mit einer nur losen Bindung an die SPD. Dies seien zusammen maximal 41 Prozent Wähleranteil. Es sei also „völlig irreal und utopisch", wenn die SPD als Wahlziel die absolute Mehrheit angebe, sagte Geißler.

In der SPD-Studie werden für die Union 30 Prozent Stammwähler, für Wechselwähler mit engerer Parteibindung neun und für die Randwähler mit loser Bindung sieben Prozent angeführt.

Neben der Diskussion über den Wahlkampf für 1987 hatte sich der CDU-Bundesvorstand schwerpunktmäßig mit den Perspektiven künftiger Agrarpolitik und mit den Renten befaßt. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) hielt vor der fünfstündigen Grundsatzdiskussion eine Rede. Der Vorstand beschloß, gemeinsam mit der CSU eine Arbeitsgruppe zu bilden, deren Federführung der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht übernehmen soll.

In der Diskussion um die Renten fand das vom westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf favorisierte Modell einer Grundrente keine Zustimmung. Um die veränderten demographischen Bedingungen und deren Auswirkungen zu bewältigen, bedürfe es keiner grundsätzlich neuen Struktur der Rentenversicherung; sie könne im Rahmen der bewährten Rentenkonzeption bewältigt werden bei Aufrechterhaltung des Generationenvertrages und Bewahrung des Grundsatzes, daß die Rente als Lohnersatz im Alter Ergebnis der Lebensarbeitsleistung des Menschen bleiben müsse. Bis Januar 1986 soll eine Arbeitsgruppe einen Vorschlag für sichere Renten über das Jahr 2000 hinaus erarbeiten.

„Küng und Boff sind keine Christen mehr"

AFP, Rom

Der schweizerische katholische Theologe Hans Urs von Balthasar hat die These aufgestellt, der Theologieprofessor Hans Küng und der brasilianische Franziskaner Leonardo Boff seien „keine Christen mehr". Küng, dem der Vatikan 1979 die Lehrbefugnis entzogen hatte, habe „weder den Katholiken noch den Protestanten" nunmehr etwas zu sagen, erklärte von Balthasar in einem Interview der italienischen Tageszeitung „Avvenire". Für Küng sei „Christus ... nur ein Prophet. Es geht nur darum festzustellen, ob er größer ist als Mohammed oder Buddha". Küng hatte vor kurzem in der italienischen und deutschen Presse Papst Johannes Paul II. und den einflußreichen Kardinal Joseph Ratzinger scharf angegriffen. Der Vatikan hatte den Artikel nicht kommentiert.

Der „Befreiungstheologe" Leonardo Boff (dem der Vatikan im vergangenen Frühjahr ein „Bußschweigen" auferlegt hatte) halte, so Urs von Balthasar, Christus nur für einen „gescheiterten Prediger, der am Kreuz das Scheitern seines sozialpolitischen Vorhabens erlebte und nach seinem Tod von seinen Anhängern vergöttlicht wurde".

Der schweizerische Theologe kritisierte ebenfalls den Traditionalisten Erzbischof Marcel Lefebvre. Auch dieser sei „kein wahrer Katholik", und sein Traditionalismus sei „vielleicht unbeugsamer als der Linksliberalismus".

Nach Urs von Balthasar, der in diesem Punkt die Auffassung des Papstes und Kardinal Ratzingers zu teilen scheint, ist die katholische Kirche durch die „bürokratischen Strukturen" der Bischofs- und Diözesankonferenzen bedroht. „Man hat versucht, die römische Kurie zu entlasten, und hat eine Unzahl von Kleinst-Kurien geschaffen, welche die Bischöfe daran hindern, persönliche Initiativen zu ergreifen."

Dekan bricht mit ‚Brot für die Welt'

idea, Stuttgart

Von jeder für das evangelische Hilfwerk „Brot für die Welt" gespendeten Mark werden nach Einschätzung des Stuttgarter Dekans Rolf Scheffbuch „etwa 15 Pfennig für Projekte verwandt, die letztlich revolutionärer Bewußtseinsbildung dienen". Scheffbuch, einer der führenden deutschen Evangelikalen und Sprecher des württembergischen Pietismus in der EKD-Synode, erhob seine Vorwürfe nach einem Gespräch zwischen Vertretern und Kritikern der evangelischen Hilfsaktion in Stuttgart. Scheffbuch erklärte, solange diese gefährliche Entwicklung andauere, „empfehle ich persönlich jedem, der mich fragt, andere Hilfsorganisationen zu unterstützen".

Die Begegnung in Stuttgart diente der Klärung von Vorwürfen, die vor kurzem der württembergische Theologe Wilfried Veeser erhoben hatte. Ihnen zufolge seien „viele Millionen Mark" zu Unterstützung revolutionärer Prozesse in der Dritten Welt verwandt worden.

Die Kritik am Finanzgebaren der Hilfsorganisation wurde auch von anderen kirchlichen Verbänden artikuliert. Die Evangelische Sammlung forderte „Brot für die Welt" zur Abkehr von „jedem Versuch und jeder Versuchung" auf, sich „zum Sozialtroß irgendeiner Machtveränderungspropaganda" machen zu lassen, und machte eine weitere Unterstützung ausdrücklich von „erkennbaren Kurskorrekturen" abhängig.

Die Kritik scheint erste Wirkung zu zeigen. Das Diakonische Werk erklärte in einer Stellungnahme, es könne zwar das Diakonieverständnis der konservativ orientierten Evangelischen Sammlung nicht teilen, „wonach alle diakonischen Tätigkeiten auf die Hilfe für notleidende Mitchristen beschränkt sein sollten". Es seien jedoch dem Verteilerausschuß von „Brot für die Welt" Fehler unterlaufen. Diese würden, „soweit bekannt, unverzüglich korrigiert".

Raus Sozialpläne zurückgewiesen

hey, Bonn

Die erstmals vom designierten SPD-Kanzlerkandidaten, NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, verkündeten sozialpolitischen Pläne für den Fall eines Siegs bei den Bundestagswahlen 1987 sind von CDU/CSU und FDP scharf zurückgewiesen worden. Rau will alle Kürzungen im Sozialbereich „vom Mutterschaftsgeld über Schüler-BAföG bis zur Arbeitslosenversicherung" rückgängig machen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Rudolf Seiters, sieht in der pauschalen Ankündigung Raus Willen zur Fortsetzung der „unsoliden Finanzpolitik der SPD". Damit mache er den Staatsbankrott zu seinem politischen Ziel und würde die Staatsverschuldung beschleunigen. FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann sprach von einer „Rückkehr zum Gießkannenprinzip". Rau würde so Gesetze rückgängig machen, „die zur Sanierung der Sozialsysteme noch unter Bundeskanzler Helmut Schmidt eingeleitet worden sind".

Proteste gegen Ziaul

Demokratischer Prozeß in Pakistan gewinnt Eigengewicht

M. WEIDENHILLER, Islamabad

Pakistans Innenpolitik ist in Bewegung geraten. Nach acht Jahren Militärherrschaft unterzieht sich das Land erneut dem schwierigen Prozeß einer Demokratisierung. Präsident Ziaul Haq sieht sich dabei, wie die Verschiebung seines Bonn-Besuches zeigt, einer zunächst nicht absehbaren Herausforderung ausgesetzt.

Dabei war er höchst geschickt vorgegangen, um einen reibungslosen Übergang zu schaffen und dabei gleichzeitig seine Herrschaft abzusichern. Im Dezember 1984 billigte eine überwältigende Mehrheit der Pakistani sein Islamisierungsprogramm. Davon leitete Zia aber auch den Willen des Volkes ab, ihn für weitere fünf Jahre im Amt des Präsidenten zu bestätigen.

Im Februar fanden Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinz-Parlamenten statt. Kandidieren durfte allerdings nur, wer parteilos war. Ein Risiko wollte Zia bei seinem Schattenboxen mit der Volkspartei (PPP) nicht eingehen. Bei freien Wahlen wäre sie wohl Siegerin gewesen.

Zia ließ diese Verfassung eigenmächtig mit dem Hinweis abändern, einen Ausgleich zwischen der Macht des Premiers und des Präsidenten zu finden. Tatsächlich aber vollzog sich ein Wechsel vom parlamentarischen System hin zu einer Präsidialverfassung. Mit einer erdrückenden Machtfülle für den Präsidenten.

Hier nun entzündet sich der massive Protest der „Unabhängigen Parlamentsgruppe", ein loser Zusammenschluß gleichgesinnter Abgeordneter, die der „Offiziellen Parlamentsgruppe" um Premierminister Mohammed Khan Junejo gegenübersteht. Sie zählt zwar nur etwa 35 Mitglieder, dürfte aber in sehr starkem Maße die in der Bevölkerung vorherrschende Stimmung ventilieren.

Kritisiert wird einmal die Machtfülle, die Zia auf seine Person konzentrieren will, zum anderen die Art und Weise, die Teilrevision durchzusetzen. Die Verfassung von 1973 sei, so zahlreiche Abgeordnete, von einem souveränen Parlament gebilligt worden und könne deshalb auch nur von einem solchen geändert werden. Auch wehren sich die „Unabhängigen" dagegen, daß alle Kriegsgesetze und Verordnungen, die seit der Machtübernahme Zias im Juli 1977 erlassen worden sind, nicht ohne die Zustimmung des Präsidenten geändert werden können.

Einen wahren Seiltanz muß dieser Tage der Premier vollführen, der Präsident wie Parlament gewinnen und zufriedenstellen muß. Anfangs als gefügiges Instrument Zias apostrophiert, gewann er jedoch inzwischen an Statur.

In dem demokratischen Ringen hat sich Zia bereits massivem Druck gebeugt: Er verzichtete auf die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates, der den Militärs auch in einer Zivilregierung ein Mitspracherecht garantiert und die Souveränität des



Pakistans Präsident Ziaul Haq – er steht unter Druck FOTO: CAMERA PRESS

Parlaments überlagert hätte. Auch wird der Präsident, wie ursprünglich vorgesehen, den Premier nicht entlassen können.

Befragt über das überraschende Nachgeben bei der Bildung eines Nationalen Sicherheitsrates, sagte Präsident Zia der WELT: „Ich beuge mich dem Wunsch der Mehrheit der Nationalversammlung." Dies verspricht er auch für den Fall, daß wieder Parteien zugelassen werden. Aber er bleibt dabei, daß er sie für unislamisch hält und es „keinen größeren Fluch als Parteien gibt". Sie seien engstirnig und handelten egoistisch.

Werden politische Gruppierungen wieder erlaubt, ändert sich wahrscheinlich nachhaltig das Bild der bisherigen Parteienlandschaft. Zia drängt die islamischen Parteien schon seit langem, sich zu einer Einheitspartei zusammenzuschließen. Möglich ist, daß Premier Junejo, auf der Suche nach einer Hausmacht, eine Partei bildet.

Die Debatte über die Verfassungsänderung und die Diskussion über ein neues Parteiengesetz zeigen, daß der demokratische Prozeß in Pakistan Eigengewicht gewonnen hat, wie dies kaum vorauszusehen war. Trotz der auftauchenden Schwierigkeiten ist der allmähliche Übergang von einer Militär- zu einer Zivilherrschaft ein ermutigender Schritt in der wechselvollen Geschichte Pakistans.

Denn Pakistan braucht die innere Ruhe. 2000 bis 3000 afghanische Flüchtlinge strömen jeden Monat über die Grenze. Die UNO wird in absehbarer Zeit ihre Hilfe kürzen. Für Islamabad wird die wirtschaftliche Bürde dann unerträglich. Auch soziale Probleme bleiben nicht aus. Waren die Pakistani zunächst bereit, zu helfen und zu teilen, erschöpft sich jetzt ihre Geduld. Die UNO will die Hilfe einschränken, für Pakistan wird die wirtschaftliche Last unerträglich. Von Indien, dem mit Mißtrauen bedachten Nachbarn im Osten, kommen unentwegt verbale Attacken: Vor allem die Militärpolitik ist Stein des Anstoßes.



Computer-Sicherheit

Wb. – „Wir müssen darauf achten, daß wir Informationssysteme unter Kontrolle behalten". Dieser mahnende Fingerzeig kommt nicht etwa aus der alternativen Ecke, sondern – am Rande des Betriebswirtschafter-Tags in Berlin – von einem, der weiß, wovon er redet: Norbert Szyperski, Vorstandschef der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung in St. Augustin.

Ihm geht es auch nicht um irgendwelche mystischen Eigenheiten des „Kollegen Computer", sondern letztlich um etwas, das man beim Auto schlichtweg als Betriebssicherheit bezeichnet. Sie wird in der Datenverarbeitung um so nötiger, je stärker die Existenz von Unternehmen vom Produktionsfaktor Information abhängt.

Wenn, wie es einmal in den USA abgeschätzt wurde, drei Tage Computerausfall genügen, um ein Versicherungsunternehmen in den Konkurs zu treiben, dann sollte der Aspekt der Daten- und Computersicherheit zunehmend an Gewicht gewinnen. Nachrichten von Computerviren – Teilprogrammen, die von außen in EDV-Netze eingeschleust werden, sich dort von allein ausbreiten und nach Erhalt eines zusätzlichen Befehls ganze Systeme lahmlegen können – dürfte nicht nur Abwehrchefs schlaflose Nächte bereiten.

Doch hier wird noch viel gesündigt. Der Computer-Kriminalität vom Informationsdiebstahl bis zur unbefugten Benutzung von Rechenanlagen sind vielerorts noch Tür und Tor geöffnet; trotz oder wegen des rasanten Fortschritts der Informationstechniken?

Insider

cd. – Der Kurs der AEG-Aktie schoß schon um mehr als 30 Mark auf über 170 empor, bevor das Engagement von Daimler bei dem Elektrokonzern und das Kaufangebot an die Aktionäre zum Kurs von 170 Mark bekannt wurde. Ein Zufall? Wohl kaum. Wenn nicht die Banken den Kurs zur Vorbereitung der Transaktion „hochgezogen" haben, liegt der Verdacht nahe, daß Insider, die wußten, was kommt, noch rasch die Chance zu schnellem Gewinn genutzt haben. Diese Vermutung wird auch nicht dadurch aus der Welt geräumt, daß tagelang andere Unternehmen als neue Großaktionäre der AEG im Börsengespräch waren und daß so mancher Börsianer einfach wild darauf losspekuliert hat. Da fragt man sich wieder einmal, was die sogenannten Insiderregeln wert sind, die verhindern sollen, daß jemand die aufgrund seiner beruflichen Position erlangten vertraulichen Informationen an der Börse zum eigenen Vorteil und zum Nachteil anderer ausnutzt. Das Vertrauen in die Institution Börse wird auf diese Weise nicht gerade gestärkt.

JAPAN / Arbeitsminister Yamaguchi versucht, die Fünftagewoche einzuführen

Kabinett hat Programm zum Abbau des Handelsüberschusses beschlossen

FRED de LA TROBE/dpa/VWD, **Tokio**

Japan beginnt zunehmend, der Kritik aus dem Ausland zu begegnen. Kurz vor dem Besuch des japanischen Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone in den USA hat Tokio gestern Maßnahmen beschlossen, um den hohen Handelsbilanzüberschuß – 44 Milliarden Dollar in diesem Fiskaljahr – abzubauen. Arbeitsminister Yamaguchi versucht, die Fünftagewoche in kleinen Schritten einzuführen. Denn auch die längeren Arbeitszeiten werden den Japanern als „unfairer" Wettbewerb vorgeworfen.

Zur Stimulierung der Inlandsnachfrage hat das japanische Kabinett gestern Sonderausgaben in Höhe von 3,1 Billionen Yen (38,7 Milliarden Mark) beschlossen. Dadurch sollen die Importe um zwei Milliarden Dollar steigen. Die Amerikaner drängen seit langem darauf, daß die Inlandsnachfrage in Japan durch staatliche Eingriffe erhöht werden müsse.

Die Regierung in Tokio will zusätzliche öffentliche Hypotheken bereitstellen, die Bauvorschriften lockern und Staatsland verkaufen, um den Bau privater Häuser in großem Umfang zu fördern. Öffentliche Bauprojekte sollen dadurch beschleunigt werden, daß den Regionalregierungen und den Gemeinden die Ausgabe zusätzlicher Anleihen erlaubt wird. Auch die Elektrizitäts- und Wasserwerke sollen sich künftig höher als bisher verschulden dürfen. Die Beschränkungen bei vielen Verbraucherkrediten sollen aufgehoben und die Zinssätze dafür gesenkt werden.

Noch nicht durchsetzen konnte Arbeitsminister Toshio Yamaguchi den Übergang von der in Japan noch fast durchweg üblichen Sechs- auf die Fünftagewoche. Der Minister verspricht sich auch von einer Verkürzung der Arbeitszeit eine Ankurbelung der Inlandsnachfrage, was wiederum dem Abbau des Handelsbilanzüberschusses dienen würde. Außerdem brächte die Einführung der Fünftagewoche Kritik aus dem Ausland an den „unfairen" Konkurrenzverhältnissen zum Schweigen. Aber Yamaguchis Gegner – Politiker, Unternehmer, Verbände und sogar Gewerkschaftsvertreter – befürchten, daß Arbeitszeitverkürzungen den wirtschaftlichen und moralischen Niedergang des Landes bringen.

Nach den letzten Statistiken von 1983, die das „Japan Economic Journal" zitierte, liegt die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Japan bei 2152 Stunden, in Großbritannien bei 1938, in den USA bei 1898 und in der Bundesrepublik bei 1613 Stunden. Wenn man die Differenz in Achtstundentage umrechnet, arbeitet der Japaner im Jahr durchschnittlich 67 Tage mehr als der Deutsche.

Theoretisch wissen die statistikbesessenen Japaner genau, was mit einem Übergang auf die Fünftagewoche erreicht werden könnte: Das gemeinnützige „Freizeitentwicklungszentrum" hat errechnet, daß der Sechstagearbeiter 313 Stunden pro Jahr mit Sport und anderen Freizeitbeschäftigungen verbringt, sein Kollege mit der Fünftagewoche aber 413 Stunden und 50 Minuten. Er gibt auch jährlich 150 000 Yen (1875 DM) mehr für diese Aktivitäten aus. Wenn also 1000 Firmen mit je 100 Arbeitern zur Fünftagewoche übergingen, stiege die Inlandsnachfrage – nach Rechnungen auf dem Papier – bereits um 15 Milliarden Yen.

Arbeitsminister Yamaguchi ist überzeugt, daß das Land sich dem Rest der Welt anzupassen habe. Andernfalls hält er protektionistische Gesetze in den USA für unausweichlich. Yamaguchi will daher spätestens 1986 einen Gesetzentwurf einbringen, der stufenweise den Übergang von der gegenwärtig geltenden 48-Stunden-Woche (erst darüber hinaus werden Überstunden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt) zu 40 Wochenstunden schafft. Der Minister rechnet mit mindestens fünf Jahren, bis er sein Ziel erreicht hat, und ob er es auch außerhalb des öffentlichen Dienstes und der Großunternehmen durchsetzen kann, bleibt ohnehin zweifelhaft.

„Es gibt 20 Millionen Japaner, die in Kleinbetrieben mit einer Belegschaft von zehn oder weniger Mitarbeitern arbeiten. Für diese Art von Unternehmen kann die Begrenzung der Arbeitszeit eine Überlebensfrage sein."

ENTWICKLUNGSHILFE

Bonn gibt das meiste Geld in die ärmsten Länder

HEINZ HECK, **Bonn**

Mit ungewöhnlicher Schärfe hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler (CDU), die Kritik der Grünen ebenso wie privater Träger am Bonner entwicklungspolitischen Kurs zurückgewiesen. Köhler belegte anhand von Zahlen, daß die Bundesregierung seit Herbst 1982 ihre Hilfe nicht nur stärker auf die ärmsten Entwicklungsländer (LLDC) konzentriert, sondern zugleich die Konditionen auch verbessert habe.

So hätten die ärmeren und ärmsten Länder mit knapp der Hälfte (47 Prozent) der Bonner Zusagen 1984 am besten abgeschnitten. Bonn fördere vor allem Maßnahmen, mit denen die absolute Armut bekämpft werden könne. Die Grünen hatten demgegenüber kürzlich in einer Dokumentation behauptet, die Hilfe für diese Länder bleibe auf der Strecke.

Köhler sieht in diesem Verhalten „Züge einer Kampagne". Ihre Fraktion habe seit dem Einzug ins Parlament eine „exzessive Anfragetätigkeit" entwickelt. Das sei zwar ihr gutes Recht. Doch verstärkt sich für Köhler der Eindruck, daß es den Grünen weniger um die konkrete Einwirkung auf die Entwicklungspolitik als vielmehr darum gehe, „mit öffentlichkeitswirksamen Anfragen Stimmungsmache zu betreiben". Die Antworten seien dann weniger wichtig.

Konkretes Beispiel für Köhler ist eine Große Anfrage der Grünen zur sogenannten Reprogrammierung (der Neuformulierung von Projekten, wenn die bisherigen Vorhaben obsolet geworden sind). Diese Anfrage datiere vom 20. September und müsse bis zum 20. Oktober beantwortet werden. Bereits am 19. September hätten die Grünen ihre „Dokumentation" vorgestellt. Dies sei kein Einzelfall.

Während für Köhler Reprogrammierung „absolut normale Vollzugspraxis deutscher Entwicklungshilfe seit den 60er Jahren" darstellt, wittern die Grünen die Bildung „schwarzer Kassen", mit deren Hilfe Projekte am Parlament vorbei finanziert werden sollten. In anderen Fällen hätten die Grünen die Beamten des Ministeriums ausdrücklich zur Illoyalität aufgerufen. Das überschreite die Grenzen demokratischer Auseinandersetzung.

Köhler erinnert daran, daß sich Bonn mit seinen Leistungen für die ärmsten Länder durchaus sehen lassen könne: 1980/81 seien 2,12 Milliarden, 1982/83 sogar 2,44 Milliarden Mark dorthin geflossen. Auch in relativer Betrachtung liege die Bundesrepublik mit Leistungen in Höhe von 0,13 Prozent des Bruttosozialprodukts an öffentlicher Hilfe für diese Ländergruppe (seit 1983) an der Spitze aller Industrieländer (deren Durchschnitt: 0,07 Prozent). Mit dem Schuldenerlaß für die ärmsten Länder habe Bonn auf über 4 Milliarden Mark Zins- und Tilgungsleistungen – vor allem afrikanischer Länder – verzichtet.

Papandreous Kehrtwende

Von E. ANTONAROS, Athen

Mit der Verkündung seines rigorosen Sparprogramms hat Athens sozialistischer Ministerpräsident Andreas Papandreou eine Kehrtwende vollzogen. Zwar sind aus seinem Munde weiterhin mit Blick auf die Wähler sozialistische Töne zu vernehmen. Aber die Gangart ist nüchterner geworden, großspurige Verlautbarungen gibt es kaum noch. Und im Inhalt lehnen sich seine Sparmaßnahmen eher an konservativ-liberale Sanierungsrezepte als an sozialistische Ideale. Nach dem Franzosen Mitterrand und dem Spanier Gonzalez ist nun mit Papandreou der dritte europäische Sozialist von den Realitäten eingeholt worden.

Für Papandreou war es höchste Zeit, das Steuer herumzureißen. Bereits vor seinem Wahlsieg im Juni war deutlich geworden, daß die griechische Wirtschaft in der schlimmsten Krise der Nachkriegszeit steckte. Einmal hatte es Papandreou in den vergangenen dreieinhalb Jahren einfach unterlassen, die Strukturreformen vorzunehmen, die nicht zuletzt wegen Griechenlands EG-Beitritt notwendig geworden waren, zum anderen hatte er konzept- und erfahrungslos seine linken Wirtschaftsplaner herumexperimentieren lassen.

Daß Papandreou am vergangenen Freitag abend sein Sanierungsprogramm persönlich am Bildschirm verkündete, markiert eine Wende. Bisher hatte er unpopuläre Maßnahmen und Entscheidungen an seine Mitarbeiter delegiert. Nun hat er aber selbst die Verantwortung für die voraussichtlich zweijährige Durststrecke übernommen, mit der er die Griechen konfrontiert hat.

Die Flucht nach vorne hat Papandreou, der von Wirtschaft mehr als jeder andere in seinem Kabinett versteht, bereits Ende September angetreten: Ohne Vorankündigung ließ er damals sämtliche Linksexponenten seiner Partei aus dem Vorstand abwählen und durch Leute seines Vertrauens ersetzen. Dadurch demonstrierte er seine Allmacht und machte sich den Weg frei für die Verkündung des – wie man inzwischen weiß – von der Parteilinken umstrittenen Austerity-Programms.

Die nun verkündeten Maßnahmen sind klar, gut durchdacht und vollständig ausgefallen. Zugegebenermaßen hatte kaum jemand von Papandreou erwartet, daß er den Mut besitzen würde, vor allem im Bereich der Einkommenspolitik so rigoros durchzugreifen: Gegen den Widerstand der weitgehend von den moskautreuen Kommunisten kontrollierten Gewerkschaften hat er praktisch einen Strich durch die Indexierung der Löhne und Gehälter gezogen, die er ja vor nicht allzulanger Zeit selbst dekretiert hatte.

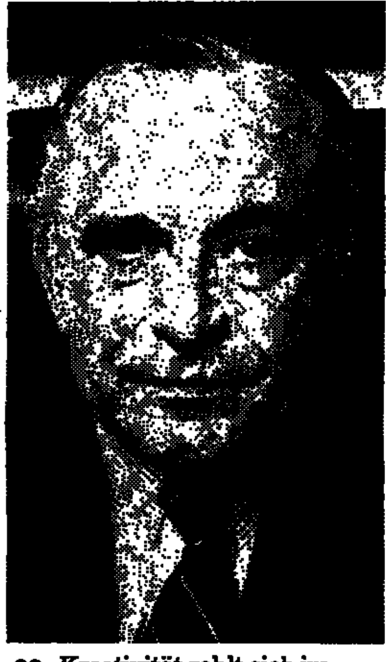
„Wir Griechen geben mehr aus, als wir produzieren." Dieser Satz, von Papandreou ausgesprochen, beinhaltet das Drama der griechischen Wirtschaft. „Die Griechen sind zu bequemen Gehaltsempfängern geworden, die nur kassieren, aber nicht arbeiten wollen", stellte unlängst der frühere Gouverneur der griechischen Staatsbank, Zolotas, fest. Und Wirtschaftsminister Simitis wurde noch konkreter: Für jede 920 Drachmen, die sie verdienen, geben die Griechen 1000 Drachmen aus.

Diese „Beamtenmentalität" wurde in den letzten zehn Jahren von allen Regierungen, auch von Papandreous konservativem Vorgänger, nicht nur geduldet, sondern auch gefördert: Zahlreiche Privatfirmen wurden vom Staat übernommen. Wer dadurch in den Staatsdienst kam, wurde praktisch unkündbar. Die Folge: Eine „Entindustrialisierung" kam zustande, neue Investitionen fanden nicht statt, die Staatsfirmen produzierten nur Milliardendefizite.

Der Staat lebte praktisch auf Pump und rutschte immer tiefer in die roten Zahlen hinab: Das Loch in der Zahlungsbilanz vergrößerte sich in den letzten zwölf Monaten um rund 50 Prozent, die Auslandsverschuldung Griechenlands stieg auf über 40 Milliarden Mark. Papandreou will in erster Linie diesen Trend stoppen. Er will Griechenlands potentiellen Geldgebern zeigen, daß er es mit der Sanierung ernst meint. Denn zur Überwindung seiner Geldschwierigkeiten braucht er neues Geld – und zwar zu günstigen Bedingungen.

Papandreous drakonische Austerity-Maßnahmen sind zweifellos die unabdingbare Voraussetzung für eine Erholung der Wirtschaft. Das Programm ist vielversprechend. Ob es allerdings auch erfolgreich sein wird, hängt vom Durchhaltevermögen der Sozialisten und von Papandreou ab.

AUF EIN WORT



„Kreativität zahlt sich im internationalen Bankgeschäft nur aus, wenn sie zum richtigen Zeitpunkt klug eingesetzt und von den richtigen Informationen begleitet wird."

Dr. Hans Peter Linss, Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landesbank Girozentrale, München
FOTO: GERD PFEIFFER

Weiter Trend zu Dienstleistungen

AP, **Nürnberg**

Eine Fortsetzung des Trends zur Dienstleistungsgesellschaft im Rahmen eines umfassenden Strukturwandels der Arbeitslandschaft sagt die Prognos AG, Basel, voraus. In einem im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg erstellten Prognose rechnet die Prognos bis zum Jahr 2000 mit einem steigenden Personalbedarf innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, in den Bereichen Feinmechanik und Optik sowie dem Luft- und Raumfahrzeugbau. Auch beim Staat werde sich die Beschäftigung erhöhen.

KREDITGEWERBE

Anfang 1986 kommt eine neue „Schufa-Klausel"

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Kreditwirtschaft hat in Abstimmung mit den Datenschützern bereits eine neue „Schufa-Klausel" ausgearbeitet, bevor der Bundesgerichtshof (BGH) die bisherige Handhabung in seinem am Montag gefällten Urteil als mit dem Datenschutz nicht vereinbar erklärt hatte. Mit seiner Grundsatzentscheidung will der BGH, wie gestern gemeldet, verhindern, daß sich Ratenkreditnehmer nicht bewußt werden, welche Daten über sie gespeichert und weitergegeben werden dürfen, wenn sie in Kreditverträgen automatisch die „Schufa-Klausel" mit unterschreiben.

Diese pauschale Zustimmung zur Datenweitergabe soll nun durch eine ausdrückliche separate schriftliche Einverständniserklärung des Kreditnehmers ersetzt werden. Die im Zentralen Kreditausschuß zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Kreditwirtschaft erwarten, daß das neue Procedere nach weiteren Gesprächen mit den Datenschützern und den Verbraucherschützern Anfang 1986 beginnen kann.

Der Ratenkreditnehmer – die „Schufa-Klausel" gilt nicht für Dispositionskredite oder Hypotheken – weiß also künftig genau, welche Daten unter welchen Voraussetzungen an wen weitergegeben werden dürfen, und er kann die bei der Schufa über sich gesammelten Daten auch abrufen. Dabei geht es im wesentlichen um Daten über die Aufnahme und Abwicklung von Krediten sowie nicht vertragsgemäße Kreditabwicklung. Die Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) soll Ratenkreditgeber vor Risiken im Geschäft mit schlechten Schuldnern schützen.

RUHRKOHLE

Zusammenarbeit mit China wird weiter ausgebaut

dpa/VWD, **Essen**

Die Ruhrkohle AG (RAG), Essen, wird bei der Entwicklung des Steinkohlenbergbaus in China verstärkt Hilfestellung leisten. Dies sieht ein „Rahmenvertrag über technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit" vor, der in Essen abgeschlossen wurde. In Anwesenheit des Ersten Vizeministers für die chinesische Kohlenindustrie, Ye Qing, und des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Prof. Reimut Jochimsen leisteten RAG-Vorstandsvorsitzender Heinz Horn und der Direktor der internationalen Abteilung des zuständigen chinesischen Ministeriums, Wang Zhiyuan, die Unterschriften.

Nach RAG-Angaben wird sich die Zusammenarbeit auf alle Gebiete der Exploration, des Abbaus, der Aufbereitung und der Weiterverarbeitung von Steinkohle erstrecken. Vorgesehen seien sowohl der Austausch von technisch-wissenschaftlichen Informationen als auch der Besuch von Expertengruppen sowie gemeinsame Planungs- und Engineeringprojekte. Zur Koordination wurde eine „gemischte Kommission" gebildet. Weltweit verfügt China nach den USA und der Sowjetunion über die größten Kohlevorräte.

Für die RAG, insbesondere ihre Tochter Montan-Consulting GmbH, ist das Engagement nicht neu. Sie hat unter anderem schon die Planung einer kompletten Tiefbaugrube mit einer Jahresförderung von vier Millionen Tonnen im Revier Kailuan in der Provinz Hopei geleistet. An dem inzwischen beschlossenen Ausbau dieses Bergwerks wird eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Bergbau-Spezialfirmen beteiligt sein, darunter die RAG-Konzerngesellschaft Gesteins- und Tiefbau GmbH.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesobligation mit höherer Rendite

Frankfurt (cd.) – Nach der jüngsten viertelprozentigen Zinssteigerung am Kapitalmarkt bringen auch die von heute an verkauften 6,25prozentigen fünfjährigen Bundesobligationen mehr ein. Durch Senkung des Ausgabekurses von 100,80 auf 99,60 Prozent verbesserte sich die Rendite von 6,06 auf 6,35 Prozent.

Weiter auf Partnersuche

New York (dpa/VWD) – Trotz der gescheiterten Kooperationsverhandlungen mit der Ford Motor Company (Detroit) will Fiat S.p.A. (Turin) die Suche nach einem geeigneten Partner nicht aufgeben. Das erklärte Fiat-Chef Giovanni Agnelli vor dem Economic Club of Detroit. In Europa gäbe es fünf Pkw-Hersteller mit Marktanteilen von jeweils elf bis 13 Prozent, darunter Fiat mit zwölf Prozent (1984). Die ersten beiden Hersteller, die sich zusammenschlössen und 25 Prozent des Marktes bekämen würden einen großen Vorsprung gewinnen, sagte der Fiat-Chef.

Ordergeschäft schwankt

Berlin (dpa/VWD) – Für die 150 Aussteller der „134. Berliner Durchreise" ist das Geschäft „sehr gut bis enttäuschend" gewesen. Das sagte der Geschäftsführer der Mode-Messe-Gesellschaft, Kurt Geisler, gestern nach der viertägigen Stoff-Messe. Insgesamt seien keine „wilden Zuströme" zu verzeichnen gewesen, aber die treuen Kunden aus dem Bundesgebiet seien vor allen Dingen den Berliner Stadtausstellern gewogen geblieben. Die „Durchreise" soll von 1986 an zwischen den großen Schauen in München und Düsseldorf stattfinden.

Starke Zunahme erwartet

Brüssel (dpa/VWD) – Die europäischen Fluggesellschaften erwarten in diesem Jahr eine deutliche Zunahme ihres Passagieraufkommens um sieben Prozent auf 41,4 Millionen Fluggäste. Dies ist, wie der Dachverband AEA gestern betonte, der stärkste Zuwachs seit 1976. Im kommenden Jahr sei mit einem Anstieg um 5,7 Prozent zu rechnen.

Lieferungen laufen an

Hamburg (dpa/VWD) – Aus dem größten Vorkommen in der Nordsee, dem norwegischen Statfjord-Feld, wird jetzt das erste Erdgas in die Bundesrepublik geliefert. Deutsche Abnehmer sind Mobil Oil, Ruhrgas, Thyssen Gas, BEB und Gelsenberg. Bezogen werden insgesamt 2,2 Mrd. Kubikmeter im Jahr. Insgesamt fördert das Statfjord-Feld nach Angaben der Mobil Oil AG (Hamburg) rund vier Mrd. Kubikmeter pro Jahr.

Strom aus Kernenergie

Bonn (dpa/VWD) – Weltweit stellen derzeit 345 Kernkraftwerke rund 15 Prozent der gesamten Elektrizitätserzeugung sicher. Weitere 245 Atomkraftwerke sind im Bau. Damit sei die Kernenergie zu der entscheidenden „alternativen" Energiequelle geworden, erklärte Prof. Hans Grümm von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien gestern in Bonn zum Auftakt einer Tagung des Deutschen Atomforums über die Entwicklung des kerntechnischen Weltmarktes. Grümm räumte allerdings ein, daß das Volumen dieses Marktes weit hinter den Erwartungen der 60er Jahre zurückgeblieben sei.

Für höhere Fangquote

Oslo (dpa/VWD) – Norwegen will bei den Fischereiverhandlungen mit der EG auf eine erheblich höhere Fangquote für Heringe drängen. Für 1985 hatte die EG einen Anteil von 20 Prozent der Gesamtanlandungen von 400 000 Tonnen angeboten. Dies habe man bei den letztjährigen Verhandlungen schon als zu niedrig angesehen, betont das norwegische Fischereiministeriums.

EG-ABKOMMEN MIT GOLFSTAATEN

Hauptproblem bleibt Zugang petrochemischer Produkte

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Den Abschluß eines umfassenden Kooperationsabkommens haben die Europäische Gemeinschaft und die sechs Golfstaaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Bahrain) vereinbart. Politische Impulse für die offiziellen Verhandlungen gab eine Ministerkonferenz in Luxemburg, die auf seiten der Ölstaaten vom kuwaitischen Außenminister Scheich Sabah Al Ahmed Jaber, auf seiten der EG vom luxemburgischen Ratspräsidenten Jacques Poos geleitet wurde.

Ziel des Rahmenvertrages ist eine über die Handelsbeziehungen hinausgehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiepolitik, der Industrie, der Investitionen, des Technologietransfers und der Berufsausbildung. Die Golfregion ist nach den USA und der Efta der drittgrößte Handelspartner der EG.

Haupthindernis für das geplante Abkommen bleibt auch nach dem Luxemburger Treffen das Problem des Zugangs petrochemischer Erzeugnisse zum Gemeinsamen Markt. Die Golfstaaten sind verärgert darüber, daß die EG seit 1984 einen Zoll von 13,4 Prozent auf Methanol und Polyäthylen aus Saudi-Arabien erhebt.

Die EG, deren Raffinerien erhebliche ungenutzte Kapazitäten haben, sieht bislang wenig Möglichkeiten, ihren Markt stärker zu öffnen. Auch mit den Zollbelastungen ist es den Saudis gelungen, ihre Methanolexporte in die Gemeinschaft 1984 auf rund 120 000 Tonnen zu erhöhen. Im ersten Halbjahr 1985 stiegen die Lieferungen bereits auf 297 000 Tonnen.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN / Der Nobelpreis geht wieder nach Amerika

Auszeichnung für Franco Modigliani

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Professor Franco Modigliani vom renommierten Massachusetts Institut of Technology ist der diesjährige Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften. Die schwedische Akademie in Stockholm ehrte ihn gestern für seine „grundlegenden Studien des Sparens und der Finanzmärkte".

Auch in der Bundesrepublik war Modigliani vor allem in den 50er Jahren bekannt geworden, nachdem er 1954 zusammen mit Richard Brumberg empirische Arbeiten zum Konsum- und Sparverhalten veröffentlicht hatte. Modigliani, der zunächst als Keynes-Interpret hervorgetreten war, wiederlegte die Vorstellungen des englischen Lehrmeisters in einem zentralen Punkt: Während Keynes in seiner Theorie von einer sinkenden Konsumquote bei steigenden Einkommen ausging, meinte Modigliani, das Konsum- und Sparverhalten sei



Nobelpreisträger Modigliani
FOTO: AP

unabhängig von kurzfristigen Schwankungen des Einkommens, sondern orientiere sich an dem, was dauerhaft erwartet wird. Die Konsum- und Sparquoten blieben daher längerfristig konstant.

Während Keynes und einige seiner Anhänger aufgrund ihrer Vorstellungen zu einer säkularen Stagnationstheorie kamen, ist dieses bei Modigliani nicht der Fall. Dieses kann für die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß eine große Rolle spielen. Der Leiter des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Professor Gerhard Fels, weist darauf hin, daß sich die Vorstellungen Modiglianis auch in der Bundesrepublik bewahrheitet hätten.

Von sich reden machte der 1918 in Rom geborene Preisträger, der zunächst Rechts- und dann Wirtschaftswissenschaften studiert hatte, weniger Jahre später auf dem Gebiet der Bewertung von Unternehmen. Kurzgefaßt besagt das Modigliani-Miller-Theorem, für die Finanzierung des Unternehmens komme es auf die Eigenkapitalquote nicht an. Fels sieht in diesem abstrakten Theorem, das einen vollständigen Kapitalmarkt voraussetzt, zwar eine Befruchtung der analytischen Diskussion in der Betriebswirtschaft, dessen praktische Bedeutung jedoch gering sei.

BERLIN

Blick auf das Reich der Mitte

tb. Berlin

Seide aus der Volksrepublik China soll künftig in Berlin modisch bedruckt werden. Einen Vorvertrag über den Bau einer Seidenfabrik durch deutsche Unternehmen in Hangzhou südlich von Schanghai haben Berliner Consultingfirmen mit den Chinesen geschlossen. Diese Seide soll dann in Berlin bedruckt werden. Das teilte Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth nach seiner Rückkehr aus dem Reich der Mitte vor Journalisten mit. Außerdem, so Pieroth, werden für das VW-Werk in Schanghai auch Zulieferbetriebe in Berlin gesucht. Mit den Ergebnissen seiner China-Reise, an der auch Wissenschaftler und Wirtschaftler teilnahmen, zeigte sich Pieroth zufrieden. Die wissenschaftliche Kooperation der Technischen Universität Berlin mit China lasse sich auch zur Handelsförderung einsetzen. Berlin habe außerdem die Möglichkeit, „Ausbildungshilfe zu leisten", da die Chinesen an einer Qualifikation ihrer Facharbeiter stark interessiert sind. Schering geht bereits diesen Weg, und Siemens Berlin wird jetzt Ausbildungsmöglichkeiten bieten.

Chancen sieht Pieroth vor allem für Elektro- und Energieausrüstungen auf diesem Markt. Im Geschäft mit China ist die Berliner Messegesellschaft. So hat die AMK Berlin zusammen mit der World Computer Graphics Association die Austellung „China Graphics '85" in Peking durchgeführt. Eine Nachfolgeausstellung soll im Frühjahr 1986 in Schanghai stattfinden; über eine weitere in Peking wird verhandelt. Außerdem wird die AMK im März 1986 eine Messe für Lebensmittel-Technologie und -Verpackung in Wuhan veranstalten.

FAO / Ernteaussichten in Afrika haben sich verbessert

Rekord-Getreideproduktion

AFP, Rom

Ein Rekordniveau der Weltgetreideproduktion, die Verbesserung der afrikanischen Ernährungslage, eine höhere Maniok- sowie eine geringere Zuckerproduktion erwartet die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Infolge günstiger Witterung in wichtigen Produktionsgebieten hat die FAO ihre Prognose für die Weltgetreideernte 1985 auf den Rekordstand von 1,884 Milliarden Tonnen revidiert, acht Millionen Tonnen über der Prognose des Vormonats und 39 Mill. Tonnen mehr als im Vorjahr, heißt es in dem am Montag veröffentlichten Monatsbericht der Organisation.

Die Ernteaussichten im westlichen und östlichen Afrika haben sich verbessert, betont die FAO. Es stehe nun fest, daß die Ernten des Jahres 1985 in den meisten der zuvor von Dürre betroffenen Ländern weit besser ausfallen werden als die des vergangenen Jahres. In einigen von ihnen könnten sich ausfuhrfähige Überschüsse einstellen. Für jene Länder des südlichen und östlichen Afrikas, in denen die Ernte bereits eingebracht wurde, schätzt die FAO diese Überschüsse auf 1,3 Millionen Tonnen.

Die FAO erwartet, daß die weltweiten Getreidevorräte zu Ende der Anbauperiode 1985/86 um 50 Millionen auf einen Rekordstand von 358 Mill. Tonnen gestiegen sein werden, wobei der Großteil der Zunahme Rauhgetreidebestände in den Vereinigten Staaten betrifft. Angesichts reichlicher Ernten und der Unwahrscheinlichkeit größerer regionaler Ernteausfälle erwartet man einen starken Rückgang des Weltgetreidehandels auf 194 Mill. Tonnen 1985–86, elf Prozent weniger als das Volumen des Vorjahres. Bessere Ernten in der UdSSR dürften verringerte Getreideeinfuhren zur Folge haben, während die Ausfuhren der meisten wichtigen Exporteure, vor allem der USA, voraussichtlich zurückgehen werden.

Bei ihrer ersten Prognose der Weltzuckerproduktion 1985/86 erwartet die FAO einen Erzeugungsrückgang um 2,5 Prozent auf 97,8 Mill. Tonnen Rohzucker, worin sich Produktionsabnahmen in Brasilien, Kuba, der EG und den meisten Ländern Osteuropas ausdrücken. Die gegenwärtige Nachfrage- und Angebotsprognose läßt erwarten, daß der Weltzuckerverbrauch 1986 die Erzeugung um eine Million Tonnen übersteigen könnte, heißt es in dem FAO-Bericht.

Eine Zunahme von zwei Prozent erwartet man für 1985 für die Weltmaniokproduktion. Die höhere Welterzeugung von 131 Mill. Tonnen Wurzeln wäre im Zuge besserer Witterung vor allem der Produktionssteigerung in Afrika zu danken. Neben dem guten Wetter schreibt die FAO auch einen Teil des Zuwachses der afrikanischen Maniokproduktion um 1,7 Mill. Tonnen den biologischen Schädlingsbekämpfungsprogrammen und der Einführung von krankheitsresistenten ertragreichen Sorten in einigen Ländern zu. Der Welthandel mit verarbeitetem Maniok (Tapioca) dürfte 1985 ein Volumen von 7,6 Mill. Tonnen erreichen, rund fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Dies wäre teilweise ein Resultat der Wettbewerbsfähigkeit der Tapioca-Preise auf dem Mischfuttermarkt.

Die Weltmilcherzeugung übersteigt weiterhin die Nachfrage trotz der Maßnahmen wichtiger Erzeugerländer zur Beschränkung der Produktion. Die Weltmarktpreise für Milch und Molkereiprodukte sind gesunken und dürften weiterhin niedrig bleiben, teilte die FAO in ihrem Monatsbericht mit.

CHINA / Konjunktur zeigt Überhitzungserscheinungen

Probleme mit dem Transport

AFP, Peking

Die seit Monaten anhaltende Überhitzung der chinesischen Wirtschaft konnte im September deutlich abgebremst werden. Wie die in Peking erscheinende englischsprachige Tageszeitung „China Daily" unter Berufung auf Angaben des stellvertretenden Ministers der Wirtschaftskommission, Zhao Weichen, berichtete, betrug das Industriewachstum im September auf Jahresbasis 14,7 Prozent (August: 17,4 Prozent, Juli: 20,2 Prozent). Es hatte im ersten Halbjahr 1985 noch 23,1 Prozent betragen und erreichte in den ersten neun Monaten 21,1 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode. Der Gesamtwert der Industrieproduktion erreichte in den ersten neun Monaten 614,2 Milliarden Yuan (plus 21,1 Prozent).

Die chinesische Industrie leidet trotz dieser guten Ergebnisse jedoch noch immer unter Energie- und Rohstoffmangel. Die Energieerzeugung stieg nicht im gleichen Ausmaß wie die Industrieproduktion. Die Kohleförderung erhöhte sich nur um 11,5 Prozent auf 626 Mill. Tonnen, die Erdölproduktion um zehn Prozent auf 93,02 Mill. Tonnen und die Stromerzeugung um 8,7 Prozent auf 300,6 Milliarden kWh. Die Produktion von Roheisen nahm um 6,8 Prozent auf 32,02 Mill. Tonnen und von Rohstahl um sieben Prozent auf 34,53 Mill. Tonnen zu.

Zhao unterstrich laut „China Daily", daß neben dem Energie- und Rohstoffmangel noch weitere ernste Probleme nicht gelöst werden konnten. Dazu gehören die unzureichenden Transport- und Verkehrsnetze und die fast völlige „Verstopfung" zahlreicher chinesischer Häfen, die bisher nicht behoben werden konnte. Zu den weiteren „Schwachstellen" der chinesischen Wirtschaft gehören die gestiegenen Produktionskosten der Unternehmen, die zu hohen Verlusten im staatlichen Sektor führten und die zum Teil schlechte Qualität der Erzeugnisse, die bei weitem nicht den Normen entsprechen. Was die deutlich gestiegenen Produktionskosten anbetrifft, so berichtete die Wirtschaftszeitung „Jingji Cankao" kürzlich, daß in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 5175 chinesische Betriebe Gesamtverluste von 1,58 Milliarden Yuan erwirtschafteten. Sie stiegen damit im Vergleich zur Vorjahresperiode um über 50 Prozent. Die Klagen über die unzureichende Qualität zahlreicher Erzeugnisse der Industrie sind nicht neu, sie tauchten in der Vergangenheit ständig auf.

Westliche Wirtschaftsfachleute in Peking unterstreichen, daß der im März von der chinesischen Führungsspitze eingeleitete Plan zur Drosselung der Konjunktur nach der Verbesserung im August nun mit dem Septemberergebnis eine erste Wirkung zeigte. Das Wachstum der Industrie wird sich nach ihrer Ansicht aber weiterhin in einem zu hohen Tempo fortsetzen, so daß sich die Spannungen im Energiesektor und in den Bereichen Transport und Verkehr, die „zurückbleiben", noch verschärfen. Die chinesischen Führungskader scheinen sich dieses Risikos bewußt zu sein. So unterstrich Ende vergangener Woche die „Renmin Ribao", Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die Investitionskontrolle, insbesondere im Bausektor, sei ein Schlüssel für ein ausgeglichenes wirtschaftliches Wachstum. Die Zeitung warnte, daß eine zu starke Investitionszunahme die Risiken für die chinesische Wirtschaft mit einem Inflationsauftrieb und einer Verschärfung des Rohstoff- und Energiemangels erheblich erhöhen könnte.

CHILE / Wirtschaftliche Erholung macht Fortschritte

Zahlungsfähigkeit gesichert

dpa/VWD, Santiago

Chiles Wirtschaft erholt sich langsam von dem Kollaps 1982, als das Wirtschaftswunder auf Grund der weltweiten konjunkturellen Flaute, der stark fallenden Rohstoffpreise und eigener Fehlentscheidungen zu Ende ging. Die deutsch-chilenische Handelskammer schreibt in ihrer neuesten Übersicht: „Nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres 1985 ist die Wirtschaft trotz der Schwierigkeiten fest unter Kontrolle. Die Regierung hält auch weiterhin an den liberalen Wirtschaftsprinzipien fest." Und *„The Economist": „Chile hat* seine Lektion gelernt, möchte das auch der Rest Lateinamerikas tun."

Die Überwindung der Krise wird in Chiles Wirtschaftskreisen vor allem der Ernennung von Hernan Buechi zum Finanzminister zugeschrieben (der fünfte innerhalb von drei Jahren). Mit seiner Berufung im Februar 1985 wurde die Rückkehr zu den Grundzügen der monetaristischen Wirtschaftspolitik vollzogen. Er sieht seine Hauptaufgabe in einer Gesundung des Finanzsystems und der Aufrechterhaltung ausländischer Finanzierungsquellen.

International haben Chiles Wirtschafts- und Finanzbemühungen im Gegensatz zu Pinochets halsstarriger Politik viele Fürsprecher. Unter ihnen ist der Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosiere. Nach seiner Auffassung ist Chile das einzige Land Lateinamerikas, das die ihm auferlegten wirtschaftspolitischen Maßnahmen erfüllt oder im Fall von Abweichungen Alternativprogramme entwickelt hat.

Die Zahlungsfähigkeit ist bei einer hohen Auslandsverschuldung von 20 Milliarden Dollar bei zwölf Millionen Einwohnern bis 1987 gesichert. Innerhalb der Refinanzierung erhält Chile 1985 und 1986 neue Kredite in Höhe von zwei Milliarden Dollar. 1985 bis 1987 fällige Verbindlichkeiten wurden bei beträchtlich reduzierten Zinsen umgeschuldet.

Als entscheidend für die künftige Entwicklung der chilenischen Wirtschaft werden die Entwicklung der Weltmarktpreise und der internationalen Zinsen sowie die Exportentwicklung angesehen. Die erwartete Inflationsrate 1985 liegt mit höchstens *75 Prozent* für Lateinamerika sehr günstig. Die Arbeitslosenrate ist dagegen mit 13 Prozent trotz der Reduzierung um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr weiterhin hoch.

Beim Export sind die Anstrengungen Chiles gleichermaßen auf den Ausbau der Kupferproduktion mit Hilfe von ausländischem Kapital gerichtet wie auf die Einbeziehung der Landwirtschaft, Forsten und Fischerei in den Export. Die Aufforstung von 1,2 Millionen Hektar gerodeten Flächen vor allem mit Kiefern bietet eine Basis für die Entwicklung einer starken Holzindustrie. Papier und Zellulose zählen bereits zu den wichtigsten Industrieexporten des Landes. Und mit einer Fischfangmenge von mehr als 4,5 Millionen Tonnen jährlich hat sich Chile eine Spitzenposition unter den Fischfangnationen der Welt gesichert. Es ist bereits der Welt größter Fischmehlproduzent und -exporteur.

Die Handelskammer abschließend: „Das Land besitzt eine gute Infrastruktur, die ein angemessenes Wachstum mit einer gemäßigten Inflationsrate erlauben dürfte."

GROSSBRITANNIEN / Bewegung am Zeitungsmarkt

Express-Gruppe übernommen

REINER GATERMANN, London

Auf dem britischen Zeitungsmarkt ist es nach neunmonatigem erbitterten Tauziehen zu einer bedeutenden Transaktion gekommen. Fleet Holdings, Muttergesellschaft der Express Newspapers, Herausgeber des „Daily Express", „Sunday Express" und „The Star" sowie Inhaber weiterer Medien-Beteiligungen geht in den Besitz der United Newspapers über, eine Zeitungsgruppe, die in der Provinz groß geworden ist und nunmehr den Schritt zu den überregionalen nationalen Zeitungen wagt.

Der Fleet-Aufsichtsrat mit Lord Matthew an der Spitze hatte seit der ersten United-Offerte Anfang des Jahres energisch gegen einen Verkauf gekämpft, mußte Montag abend jedoch das Handtuch werfen, als United-Chef David Stevens das Angebot von 280 Millionen Pfund (etwa 1,08 Mrd. Mark) auf 317 Millionen (1,22 Mrd.) erhöhte und damit zahlreiche institutionelle Fleet-Aktionäre anlockte. United offerierte für vier Fleet-Papiere fünf eigene oder eine Bar-Alternative von 375 Pence je Aktie gegenüber 302,5 beim ersten Übernahmeversuch. In einer Erklärung teilte Lord Matthew schließlich mit, der Aufsichtsrat habe „widerwillig beschlossen", den Aktionären die Annahme des United-Angebots zu empfehlen.

Fleet, mit dem Erbe des früheren Beaverbrook-Imperiums, war erst 1982 aus dem Immobilien- und Schiffahrtskonzern Trafalgar House ausgegliedert worden. Lord Matthew verwies nicht ohne Stolz darauf, daß seitdem der Kapitalisierungswert des Unternehmens von 13 auf 317 Millionen Pfund gestiegen sei.

Aber der neue Fleet-Besitzer, David Stevens, ein Banker aus der City, sieht noch erhebliche Rationalisierungsmöglichkeiten, vor allem kritisierte er einen „20prozentigen Personalüberhang". Kurz vor der letzten Offerte hatte Fleet mit den Gewerkschaften noch ein Abkommen für den Übergang von Blei- zum Fotosatz getroffen. United Newspapers ist unter David Stevens Leitung ebenfalls schnell gewachsen, in erster Linie durch Aufkäufe.

Fleet Holding gibt den „Daily Telegraph" (1,9 Millionen), „The Star" (1,55) und den „Sunday Express" (2,5) heraus, hält zudem einen 31-Prozent-Anteil an der Fernsehgesellschaft TV-AM und ist an der profitablen Nachrichtenagentur Reuter beteiligt.

Der gemeinsame Fleet-United-Umsatz beläuft sich auf der Basis des abgelaufenen Geschäftsjahres auf 434 Millionen Pfund (1,67 Mrd. Mark).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Essen: Alexi-Baubetriebe GmbH; Norbert Bennekken, Gladbeck, Inh. d. BTK Bennekken, Transporte und Kurierdienste; **Hamburg:** Projektierungsges. Bloem & Partner mbH; **Lübbecke:** Wilhelm Niemeier, Bauunternehmer, Stemwede 1; **Lüdenscheid:** Klaus Nölke, Dipl.-Kaufm., Neuenrade; **Menden:** Philipp Nikodem & Sohn, Straßen-, Tief- u. Ingenieurbau GmbH; **Münster:** GENI Kaminzubehör Gisela Nientiet GmbH & Co. KG; **Paderborn:** „IRMA – Mont" Vertriebs- u. Montage Ges. f. Verkehrssicherheitseinrichtungen mbH; **Saarbrücken:** Nachl. d. Annette Edith Klie; **Schleiden:** Nachl. d. Rudolf Faccin genannt Faccini, Gemünd; **Springe:** Kars Keramik GmbH, Pattensen; **Stuttgart:** Nachl. d. Peter Seib, Herrenberg; **Ulm:** Joh. Heinr. Wolff GmbH; **Wesel:** Rudolf Glandorf, Friseurmeister, Voerde; **Wiesbaden:** Dipl.-Ing. Roland Weber Bauges. mbH.

Vergleich beantragt: Flensburg: Willi Schlieker KG Holzimport u. Baustoffgroßhandel; **Frankfurt:** Konrad Emmel Bauunternehmung GmbH & Co. KG; **Wolfenbüttel:** Heidelore Böhm geb. Kiene, Halchter.

HOLLAND / Hochschul-Gründung nimmt Formen an

Erste High-Tech-Universität

HELMUT HETZEL, Den Haag

In den Niederlanden nimmt das Vorhaben, eine „High-Tech-Universität" zu gründen, konkrete Formen an. Wenn sich die Vorstellungen des Vorstandsmitgliedes der Nederlandse Middenstandsbank (NMB), A. Soetekouw, realisieren lassen – und die Voraussetzungen dafür sind gut –, dann wird Holland ab 1986 als erstes europäisches Land eine eigene High-Tech-Universität erhalten, an der Spitzenkräfte der Computer- und Informationstechnologie ausgebildet werden.

„Ziel einer solchen Informatik-Hochschule", sagt der Bankier, „ist es, hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden, die nicht nur Meister ihres Metiers sind, sondern auch über die Fähigkeit verfügen, zielgerichtete Anwendungsmöglichkeiten der neuen Computer- und Informationstechnologien schnell herauszufinden und umzusetzen."

Soetekouw ist Vorsitzender der Forschungsgruppe „High-Tech-Universität", die in Zusammenarbeit mit dem Haager Wissenschaftsministerium ein Konzept zur Realisierung einer solchen Technologiehochschule entworfen hat. Ausgehend von dem durch Marktuntersuchungen bestätigten Mangel an echten Spitzenkräften dieser Branche sieht das von der Kommission entworfene Konzept vor, eine unter privatwirtschaftlicher Regie arbeitende Forschungs- und Ausbildungsstätte in Holland einzurichten. Sie soll nicht nur Top-Kräfte ausbilden, sondern auch in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Innovationen fördern und den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter intensivieren.

Wenn das Haager Wissenschaftsministerium dem Konzept der Planungskommission zustimmt, dann wird die holländische High-Tech-Universität am 1. 9. 1986 mit rund 50 Studenten ihren Betrieb aufnehmen. Jährlich sollen rund 250 Studenten ausgebildet werden. Sie müssen bereits über einen akademischen Abschluß verfügen und zudem noch ein anspruchsvolles Prüfungs- und Zulassungsverfahren absolvieren. Auch die Kosten dieses Studiums – für die auf zwei Jahre angelegte Dauer etwa 100 000 DM – sollen sie selber aufbringen. Dafür aber winken ihnen hinterher hochbezahlte Forschungs- und Führungspositionen in der Computerbranche.

KIENBAUM UNTERNEHMENSGRUPPE / Jubiläum

Vor Generationenwechsel

HEINZ STÜWE, Gummersbach

Der Altmeister der deutschen Unternehmensberater Gerhard Kienbaum (66) hat den Generationenwechsel an der Spitze des von ihm gegründeten Unternehmens eingeleitet. Mit Beginn des nächsten Jahres übernimmt sein Sohn Jochen (38) den Vorsitz der Geschäftsführung der Hauptgesellschaft Kienbaum & Partner. In der Führung der Verwaltungsgesellschaft tritt Jochen Kienbaum gleichberechtigt an die Seite seines Vaters.

Verbunden mit der personellen Änderung ist eine organisatorische Straffung: Die Geschäftszweige Unternehmensberatung, Personalberatung, Chefberatung und der Entwicklungshilfebereich werden bei Kienbaum & Partner zusammengefaßt. Daneben soll ein eigener Geschäftsbereich gebildet werden, bei dem die mehr risikobehafteten Aktivitäten der Gruppe, zum Beispiel die Beteiligungsübernahme sanierungsreifer Firmen, zusammengefaßt werden.

Der Stabwechsel bedeutet für den Seniorchef aber noch kein Ausscheiden aus der Führungsverantwortung. „Ich ziehe mich nicht zurück", betonte Kienbaum auf der Festveranstaltung anläßlich des 40jährigen Firmenjubiläums. Er wolle sich künftig auf die Marktbeobachtung und die Pflege von Kontakten beschränken.

Aus der Sicht der Kienbaum-Kunden stellte der Vorstandsvorsitzende der Flachglas AG, Gelsenkirchen, Walter Trux, heraus, daß die Kienbaum-Berater immer die jeweilige Unternehmenskultur ihrer Kunden berücksichtigten. Es sei falsch, wenn ein Berater versuche, dem Unternehmen fertige Rezepte überzustülpen. Nach Ansicht von Trux, der Mitglied des Kienbaum Advisory Board ist, müssen Unternehmensberater Strategien statt Taktiken verkaufen. „Es geht darum, latente Krisen, die aus den operativen Daten noch nicht erkennbar sind, den Unternehmen bewußt zu machen. Eine solche strategische Beratung werde von allen Consulting-Unternehmen derzeit noch nicht in ausreichendem Maße geboten", sagte Trux.

MAX BAHR / Kleinere Wachstumsraten bei den Bau- und Heimwerker-Märkten

„Innere Stärkung" hat jetzt Vorrang

JAN BRECH, Hamburg

Dem stürmischen Ausbau der Verkaufsfläche soll bei der Max Bahr Holzhandlung GmbH & Co KG, Hamburg, nun eine Phase der inneren Stärkung und der konzeptionellen Feinabstimmung folgen. Den „Run" nach Standorten jeder Art werde das Unternehmen nicht mitmachen, erklären die Geschäftsführer Peter Möhrle, Peter Baron von le Fort und Manfred Schoenbach.

In Zukunft, so Möhrle, werde Max Bahr nur noch sehr gute Standorte wahrnehmen, die sowohl qualitatives als auch quantitatives Wachstum garantierten. Im Durchschnitt sieht der Plan pro Jahr die Neueröffnung von zwei Bau- und Heimwerkermärkten vor. Das von Bahr mittelfristig anvisierte Ziel bleibt unverändert: Innerhalb von fünf Jahren soll das zu den fünf größten Baumarkt-Ketten gehörende Unternehmen in eine Umsatzgröße von einer halben Milliarde DM wachsen.

Auf dem Do-it-yourself-Markt, der ein Volumen von fast 35 Mrd. DM repräsentiert, gibt es nach Angaben von Möhrle nach wie vor Steigerungsraten, die allerdings kleiner geworden sind. Daß auch bei Max Bahr die Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen, belegt die Entwicklung im Berichtsjahr 1984/85 (zum 28. Februar).

Die Zuwachsrate von 9,8 Prozent ist zum ersten Mal seit vielen Jahren nicht mehr zweistellig. Das Plus von 28 auf 320 Mill. DM stammt zudem ausschließlich aus vier neu eröffneten Märkten. Auf der vorhandenen Fläche erlitt Bahr einen Umsatzrückgang von drei Prozent. Nachteilig wirkte sich vor allem das schwache Geschäft in den Wintermonaten Januar und Februar aus.

Diese „Besonderheit" im Jahr 1984/85, so meint Möhrle, werde der Wettbewerb sicher „genußreich aufsaugen". Für ihn bedeute die Verlangsamung des Wachstums jedoch keinen Beinbruch. Entscheidender als der Umsatz sei ohnehin die Rendite, die sich bei Max Bahr nach wie vor auf hohem Niveau zwischen fünf und zehn Prozent bewege.

Alle 35 Märkte schrieben schwarze Zahlen. Die erstklassige finanzielle Ausstattung des Unternehmens, so Möhrle, erlaube es, eine schöpferische Phase einzulegen und nicht der Optik wegen den Wettlauf um Standorte mitzumachen.

Immerhin hat die Entwicklung im Berichtsjahr aber zu einer konservativeren Umsatzplanung auch in diesem Jahr geführt. Das Ziel steckt le Fort mit 350 Mill. DM ab, wobei auch 1985/86 das Wachstum nur zwei neue Märkte bringen werde, durch die die Gesamtverkaufsfläche bei Max Bahr zum ersten Mal 100 000 Qudratmeter überschreitet. Auf der Altfläche, so Möhrle, habe man alle Hände voll zu tun, den Umsatz zu halten.

Als sehr erfreulich charakterisiert Möhrle dagegen die Ertragsentwicklung. Konkrete Angaben über den finanziellen Status des Unternehmens dürfte das Geschäftsjahr 1986/87 bringen. Dann wird Bahr publizitätspflichtig. Für das Berichtsjahr beschränkt sich Möhrle auf Angaben zum Cash-flow (31 Mill. DM), zu den Investitionen (19 Mill. DM) und die Bilanzsumme (165 Mill. DM).

ÖFFENTLICHE VERSICHERER / Gute Ergebnisse

Sparpläne kein „Störfaktor"

Py/KHS, Freudenstadt

In der Autohaftpflichtversicherung der öffentlich-rechtlichen Vesicherer in der Bundesrepublik wird sich unter Berücksichtigung des neu eingeführten Tarifs 1985 ein günstigeres Ergebnis als im Vorjahr einstellen, so daß einerseits mit guten Rückvergütungen zu rechnen ist, andererseits aber auch der jetzige Tarif für längere Zeit unverändert bleibt.

Dabei wirkt sich nach den Worten des Vorsitzenden des Verbandes der öffentlichen Feuer-, Lebens- und Haftpflichtversicherer, Heinz Sievers, auch die jetzt erreichte hohe Gurtanlegequote positiv aus. Die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten und Schwerverletzten nehme ab, allein die Zahl der Sachschäden steige.

Für die eng mit den Sparkassen zusammenarbeitenden öffentlichen Vesicherer hat das Angebot von „Sparplänen mit Versicherungsschutz" keinen spürbaren Niederschlag gefunden. Über ein knappes Jahr bis Mitte 1985 wurden knapp 18 000 Verträge über eine Summe von rund 250 Mill. DM abgeschlossen. Gemessen am Neugeschäft von Risikoversicherungen haben Sparpläne einen Anteil von zwölf Prozent. Sievers: „Wir erkennen immer mehr, daß die Sparpläne als Zwecksparen überwiegend kurz- und mittelfristige Sparziele verfolgen, längere Laufzeiten haben nur einen Anteil von sechs Prozent."

Über einen insgesamt erfolgreichen Geschäftsverlauf der 39 öffentlichen Versicherer in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1985 berichtete Sievers. So gelang es den zu dieser Gruppe gehörenden Lebensversicherern 220 000 neue Verträge abzuschließen, was einen Zuwachs von 9,6 Prozent entspricht, während von der Branche insgesamt ein Minus von 5,7 Prozent verzeichnet wird. Der Summe nach erzielten die öffentlichen Lebensversicherer bei einem Zugang von 8,4 Prozent in der Berichtszeit 6,72 DM, während der Markt insgesamt nur um 1,2 Prozent expandierte. Beim Neuabschluß von Risikoversicherungen gelang bei der Stückzahl eine Zunahme von 16,6 Prozent, während die Branche insgesamt nur ein Plus von 4,5 Prozent meldet. Hohe Steigerungsraten gab es überdies bei den Gruppen-Renten- und Provisionsversicherungen.

Die vermögenswirksamen Lebensversicherungen entwickelten sich dem Markttrend entsprechend rückläufig. Die auch von den Sparkassen angebotenen Sparpläne mit Versicherungsschutz haben bisher, so Sievers, im Neugeschäft der Versicherer keinen sichtbaren Niederschlag gefunden.

Eine erfreuliche Halbjahresbilanz ziehen auch die öffentlichen HUK-Versicherer. Die gebuchten Beiträge stiegen um 9,7 Prozent. In allen Sparten gab es bessere Ergebnisse als im Marktschnitt. In der allgemeinen Haftpflichtversicherung erzielten die Regionalversicherer ein Prämienplus von 4,1 Prozent, in der allgemeinen Unfallversicherung von 12,1 Prozent und in der Kraftfahrtversicherung von 10,9 Prozent.

Im letzten Jahr hatten die „Öffentlichen" einen Prämienzuwachs von unerwartet hohen 5,6 Prozent auf 9,9 Mrd. DM. Dabei konnten die Lebensversicherer der Gruppe ihren Marktanteil auf 8,4 Prozewnt ausbauen, während die Sachversicherrer ihren Marktanteil mit 27 Prozent (3,4 Mrd. DM Prämienvolumen) konstant hielten. Bei den 17 HUK-Versicherern stabilisierte sich der Marktanteil bei 10 Prozent (2,7 Mrd. DM Prämienaufkommen).

FRANKFURTER BUCHMESSE / Mehr Besucher

Gute Geschäftsabschlüsse

dpa, Frankfurt

Auf der 37. Frankfurter Buchmesse, die am Montag nach fünfeinhalb Tagen ihre Tore Schloß, haben in- und ausländische Verleger auffallend gute geschäftliche Abschlüsse erzielt. Teilweise konnten Unternehmen zwei- bis dreimal so hohe Umsätze verbuchen wie im Vorjahr. Ausländische Verlage berichteten von einem „überaus positiven" Lizenzgeschäft.

Die bisher von der Buchbranche kritisch beurteilte Konkurrenz der Neuen Medien wurde von einer neuen, positiven Einschätzung zugunsten des Lesens verdrängt, wie der Pressesprecher des Börsenvereins, Peter Cerwonka, erklärte. Mit 192 000 Besuchern kamen in diesem Jahr außerdem 17 000 mehr als im Vorjahr zur weltweit größten Veranstaltung rund um das Buch. Seit 1978 hat sich die Zahl der Interessenten damit erstmals wieder erhöht.

Im inländischen Buchgeschäft „gingen" vor allem die großen Erzähler, die in diesem Herbst neue Titel vorgelegt hatten, aber auch Arbeiten unbekannter Autoren. Ferner gehörten Kinder-, Kunst- und Sachbücher, Publikationen aus den Bereichen Geschichte und Ökologie sowie praktische Ratgeber zu den Bestsellern. Die erstmals eingerichtete „Halle der Kunst" für Verlage und Galeristen soll nach der guten Resonanz zum festen Bestandteil der Messe werden. Auch die Leseförderung, diesmal als Zentrum in vier Zelten konzentriert, bleibt als spezielles Messe-Thema erhalten.

An der Buchmesse hatten sich in diesem Jahr 6600 Verlage aus 77 Ländern beteiligt, darunter mehr als 3000 aus der Dritten Welt. Die internationalen Buchproduzenten legten in Frankfurt 320 000 Titel vor, davon 92 000 Neuerscheinungen. Traditioneller Höhepunkt der Messe war die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek. Die 38. Frankfurter Buchmesse mit dem Schwerpunktthema „Indien – Wandel in Tradition" wird vom 1. bis 6. Oktober 1986 veranstaltet.

FORD / Vor 60 Jahren ließ sich der US-Konzern vorerst für sechs Jahre in Berlin nieder

Beim Standort machte Köln das Rennen

HARALD POSNY, Köln

Ford in Deutschland wird gemeinhin mit Ford Köln gleichgesetzt. Daß das Unternehmen seine Geburtsstunde ganz woanders, nämlich in Berlin, hatte, ist weniger bekannt. In diesen Tagen ist es 60 Jahre her, daß die Ford Motor Commpany Aktiengesellschaft ins Berliner Handelsregister eingetragen wurde. Das Aktienkapital betrug 5 Mill. Reichsmark.

Gegenstand des Unternehmens nach dem im Auftrag von Henry Ford erarbeiteten Gründungsvertrag waren . . . „alle gesetzmäßigen Handlungen und Geschäfte vorzunehmen, welche betreffen die Herstellung, den Kauf, den Umsatz oder Handel jeglicher. Art von Automobilen, Traktoren, Flugzeugen, Luftschiffen, Booten und landwirtschaftlichen Maschinen jeglicher Art".

Da der nach dem 1. Weltkrieg geschwächte deutsche Staat importierte Autos hoch besteuerte, verlegte sich Ford auf die Montage importierter Fahrzeugteile zu wesentlich niedrigeren Zollsätzen. Im Berliner Westhafen entstand eine Endmontage mit zunächst 37 Mitarbeitern. Am 8. April 1926 rollte hier das erste Ford T-Modell aus der Halle. Bis zum August 1927 waren knapp 9000 Modelle produziert worden. Als das rasch wachsende Unternehmen mit seinen rund hundert Mitarbeitern, die 60 Fahrzeuge täglich zusammenbauten, an Kapazitätsgrenzen stieß, suchte der Vorstand einen neuen Standort.

Bei dem nun wegen der hohen Arbeitslosenzahlen verständlichen Wettrennen der Städte um den Standort eines neuen Werks siegte – dank Oberbürgermeister Konrad Adenauer – Köln vor Neuss, Essen und Düsseldorf, die in die enge Wahl gekommen waren. Nach nur neun Monaten Bauzeit bei Kosten von 12 Mill. Reichsmark wurde die Produktion aufgenommen. Nach dem Krieg, in dem das am Rhein gelegene Werk im Stadtteil Niehl nur Lkw produzieren durfte, wurde trotz Zerstörung bereits am Tag der Kapitulation (8. Mai 1945) die Arbeit wieder aufgenommen: Holzvergaser-Lkw.

Die Pläne der Alliierten sahen eine Zweiteilung der deutschen Autoindustrie vor. Ford sollte Lkw, das Volkswagenwerk Pkw bauen. Nach Verhandlungen wegen der Übernahme des VW-Werks entschied sich Henry Ford II, sein eigenes Werk wieder aufzubauen. Im November 1948 rollte das erste Ford-Modell, der „Buckel"-Taunus, vom Band, noch in Vorkriegsausführung.

Heute arbeiten bei Ford 47 000 Menschen, die Produktion liegt jährlich bei 800 000 Einheiten, der Umsatz bei rund 13 Mrd. DM. Damit ist Ford Köln der drittgrößte deutsche Autohersteller, der seit 1925 bis heute rund 16,75 Mill. Fahrzeuge in Deutschland hergestellt hat. Vor vier Jahren ist Ford nach dem Auszug aus Berlin 1931 doch wieder an die Spree zurückgekehrt. Dort werden seitdem von 800 Mitarbeitern Kunststoffteile für die europäischen Ford-Modelle gefertigt.

KABELCOM

Noch privates Kapital gesucht

dos, **Hannover**

An den Verkabelungsprojekten in Braunschweig und Wolfsburg, den größten „geschlossenen" Vorhaben der Bundesrepublik, sollen sich private Kapitalgeber beteiligen. Ein entsprechendes Modell hat jetzt Karl-Heinz Wegmeyer, Geschäftsführer der Kabelcom GmbH in Wolfsburg, vorgestellt. Wegemeyer bezifferte das Finanzvolumen für beide Projekte „nach gegenwärtiger Kalkulation" *auf 68 Mill. DM. Davon sollen 28 Mill.* DM über atypische stille Beteiligungen über die Beratungsgesellschaft Gundlach & Sülter, Hannover, auf dem Kapitalmarkt plaziert werden.

Die Mindestbeteiligung beträgt 30 000 DM. Die Anbieter errechnen eine durchschnittliche Bruttorendite von 30 Prozent. Voraussetzung allerdings ist eine Anschlußdichte von 60 Prozent aller möglichen Haushalte.

Die Gesellschafter der Kabelcom Braunschweig GmbH und Kabelcom Wolfsburg GmbH – die Gesellschaften sind für die Realisierung der Projekte zuständig – sind neben der Deutschen Bundespost (24 Prozent) Unternehmen der Industrie und des Handwerks sowie die öffentliche Hand. Die Kabelcom-Gesellschafter werden nach den Worten Wegmeyers 4,5 Mill. DM *aufbringen. Weitere 35,5* Mill. DM seien über Fremdfinanzierung mit Banken gesichert.

Nach den Vorstellungen der Kabelcom-Gesellschaften sollen die beiden Städte in zwei bis drei Jahren zu 85 Prozent verkabelt sein. Die Mindestlaufzeit der Kooperationszeit zwischen Post und Kabelcom beträgt zwölf Jahre. Danach kann die Post den Betrieb der Kabelanlagen übernehmen. Bislang seien in Braunschweig rund 18 000 Haushalte und in Wolfsburg 19 000 Haushalte von 38 000 verkabelt.

BETRIEBSWIRTSCHAFTER-TAG / Völlig veränderte Anforderungen durch neue Informationstechniken

Geschwindigkeit beeinflußt die Marktchancen

JOACHIM WEBER, **Berlin**

„So wie einst Dampfmaschine und *Eisenbahn, Telefon und Radio, Auto* und Flugzeug das Leben und die Arbeit der Menschen mehr oder weniger radikal verändert haben, wird eine vergleichbare strukturelle Umgestaltung nun von der Informationstechnik ausgehen", lautete die nur teilweise beruhigende Prognose, die Siemens-Vorstand Prof. Karl-Heinz Beckurts den 850 Mitgliedern der Schmalenbach-Gesellschaft auf dem 39. Deutschen Betriebswirtschafter-Tag in Berlin stellte.

Markt- und Branchenstrukturen, Unternehmens-, Organisations- und schließlich Gesellschaftsstrukturen, *allesamt lange Zeit festgefügt und* scheinbar unverrückbar, werden durch die neuen Techniken ins Fließen geraten. Darüber herrschte Einigkeit unter den Referenten zum Schwerpunktthema „Anwendung neuer Informationstechniken als Wettbewerbsfaktor", ebenso darüber, daß völlig neue Anforderungen auf *Management und Betriebswirtschaft* zukommen.

Prof. Norbert Szyperski (Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung) nannte erste Beispiele für eine „Kontinentalverschiebung der Branchenstrukturen): die Banken und Versicherungen, die derzeit ins Geschäft der jeweils anderen Seite zu kommen versuchten, und auch die Versandhändler, die ebenfalls am Kuchen der beiden anderen zu knabbern begännen.

Andere Entwicklungen mehr an der eigentlichen Informationstechnik zeichnen sich bereits in Japan ab, wo *Eisenbahngesellschaften oder* Stromversorger ihre Kommunikationsnetze als Dienstleistungen anbieten, weil sie über die Infrastrukturen dafür längst verfügen. Szyperski: „Es ist heute noch gar nicht abzusehen, welche neuen Branchen sich da schließlich ausmendeln werden." Informationstechniken brächten jedoch nicht nur neue Konkurrenzverhältnisse, sondern auch eine neue Qualität des Wettbewerbs, von Szyperski als „Respons-Wettbewerb" unter dem Motto „Wer reagiert am schnellsten?" bezeichnet. In Zeiten weitgehender Preis- und Leistungsnivellierung liege die Marktchance immer häufiger in der Reaktionsgeschwindigkeit, und hier erweise sich häufig das Management als Engpaß.

Um die Geschwindigkeit als Wettbewerbsfaktor dreht es sich auch, so Daimler-Benz-Vorstand Werner Niefer, wenn Computerhilfen die Planung und Entwicklung neuer Produkte unterstützen: „Simulation, CAD und CAM beschleunigen den Weg zu neuen Produkten." Aber auch in der Produktion und Logistik geht es nicht mehr ohne die elektronische Informationsbewältigung, etwa dann, wenn Autositze beim Zulieferer zeitsynchron zur laufenden Autoproduktion gefertigt werden, um Läger auf beiden Seiten zu vermeiden.

So faszinierend die Möglichkeiten der Informationstechniken auch erscheinen, so groß sind auch die Probleme bei ihrer Einführung. Noch gibt es keine brauchbaren Methoden, den Nutzen einer Computerinvestition im voraus treffend abzuschätzen, zumal ein Instrumentarium zur Bewertung der Informationsgewinne noch völlig fehlt. Hier bleibt vorerst alles in der qualitativen Argumentation stecken, ein weites Feld noch für die Betriebswirte. Und auch an der Sicherheit der immer größeren und übergreifenden Systeme ist noch einiges zu tun. Denn, so Szyperski: „Überall, wo neue Kommunikationssysteme aufgebaut wurden, die in die Gesellschaft hineinwirkten, wurden im zweiten Schritt Sicherheitssysteme errichtet wie Verkehrsampeln und Signalanlagen."

REICHELT / Zwei Großhandlungen übernommen

Ergebnis bleibt negativ

JAN BRECH, **Hamburg**

Das pharmazeutische Großhandelsunternehmen F. Reichelt AG, Hamburg, hat zur Absicherung des Stammgeschäfts zwei weitere Pharmazie-Großhandlungen übernommen. Wie die Gesellschaft mitteilt, sind die Anteile der Efeka Friedrich & Kaufmann GmbH & Co KG, Hannover und Bielefeld, sowie die Chemische Fabrik Tempelhof Preuss & Temmler GmbH & Co, Berlin, übernommen worden. Der Erwerb dieser Beteiligungen bedeute eine Stärkung der Positionen im pharmazeutischen Großhandel, verbunden mit der Ausweitung des Geschäfts auf traditionelle Vertriebsgebiete.

Die Efeka mit Betrieben in Hannover und Bielefeld besteht seit 1919 und hat im vergangenen Jahr nach Angaben von Reichelt etwa 300 Mill. DM umgesetzt. Die zu ihr gehörende Pharma-Produktion ist nicht mit übernommen worden. *Das Umsatz*volumen der Chemischen Fabrik Tempelhof, die sowohl Arzneimittelgroßhandel als auch Pharma-Produktion betreibt, erreichte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 80 Mill. DM. Mit den beiden neuen Beteiligungen wächst Reichelt in eine Umsatzgröße von mehr als 1 Mrd. DM.

Mit dem Umsatz*plus von* vier Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres sei das Branchenwachstum nicht ganz erreicht worden, heißt es. Hierzu spiegele sich die strukturell veranlaßte Aufgabe von drei Betrieben im Vorjahr wider. Auch das Ergebnis ist nach Angaben des Vorstands in den ersten neun Monaten negativ geblieben. Höhere Vertriebskosten und Zinsaufwendungen aus dem abgewickelten Investitionsprogramm hätten verbesserte Roherträge und geringe Personalaufwendungen überdeckt. Im Vorjahr hatte Reichelt im Konzern einen Verlust von *5,2 Mill. DM ausgewiesen.*

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Aluminium positiv

Düsseldorf (J.G.) – Von einer „außerordentlich großen" Inlandsnachfrage und von der Erwartung einer auch 1986 günstigen Konjunkturlage berichten die deutschen Schmelzhütten anläßlich ihrer Jahrestagung in Bad Neuenahr. Bis Ende August sei die deutsche Sekundär-Aluminium-Produktion um 4,4 Prozent höher als vor Jahresfrist ausgefallen. Wegen hoher Schrottpreise und niedriger Blockerlöse sei die Ertragslage der Umschmelzhütten bislang aber hinter den Erwartungen zurückgeblieben. „Erhebliche Schwierigkeiten" sieht die Branche aus wachsenden Umweltauflagen auf sich zukommen.

Zwischenlager geöffnet

Hannover (dos) – Die Brennelementlager Gorleben GmbH, eine Tochter der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen GmbH, darf wieder schwachradioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken in der vorhandenen Lagerhalle im Zwischenlager Gorleben einlagern. Das staatliche Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg hatte vor geraumer Zeit wegen baulicher Mängel am Fußboden der Lagerhalle den Einlagerungsstopp verfügt. Dieser Bescheid wurde jetzt aufgehoben.

Aggregatebau abgegeben

***Hamburg** (VWD) – Die Interschalt* GmbH & Co KG, Schenefeld, hat ihr Aggregate- und Anlagengeschäft (Dieseldrehstromaggregate) abgegeben. Die Intraco Vertriebsgesellschaft mbH, Reinbek, hat die Produktionsstätte und die 25 Mitarbeiter aus diesem Bereich zum 1. August übernommen und den Sitz von Reinbek nach Schenefeld verlegt. Interschalt will künftig mit den verbliebenen gut 200 Mitarbeitern in der elektronischen Ausrüstung für Industrie und Schiffahrt expandieren. Das Anlagegeschäft machte 40 bis 50 Prozent des Umsatzes aus, der im vergangenen Jahr 47 Mill. DM betrug.

Neue Tätigkeit

Bonn (DW.) – Hans-Ludwig Oberbeckmann, Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn, scheidet dort zum Jahresende aus. Er wird, so der Verband, eine Tätigkeit als Rechtsanwalt in einer Bonner Anwaltsocietät mit dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Verwaltungsrecht aufnehmen.

Interschutz später

Hannover (dos) – Die Interschutz '88, Internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz, wird nicht, wie in der gestrigen Ausgabe berichtet, schon am 18. Mai, sondern am 28. Mai 1988 eröffnet.

Neuer Rexroth-Chef

Düsseldorf (J. G.) – Als Nachfolger für den zum Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden aufgestiegenen früheren Chef Werner Dieter wurde bei der Mannesmann Rexroth GmbH, Lohr, Hans Frodl (54) zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung bestellt, der er seit 1969 als Verkaufschef angehört. Zugleich wurden die Geschäftsführer der Rexroth-Töchter Indramat GmbH und Hydromatik GmbH, Dieter Diehl und Hannes Tornow, unter Beibehaltung ihrer bisherigen Funktionen in die erweiterte Rexroth-Geschäftsführung berufen.

Chancen am US-Markt

Hamburg (VWD) – Der Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel (AGA), Hamburg, bietet potentiellen Investoren am 5. November ein Seminar „Chancen und Risiken auf dem US-Markt" an. Als Referenten und Gesprächspartner stehen zwei US-Marketing- und Rechtsexperten zur Verfügung: Professor Detlev Baurs-Krey, Spezialist für die Einführung deutscher Produkte auf dem US-Markt, sowie Enno W. Ercklentz, Wirtschaftsanwalt und Berater zahlreicher deutscher und US-Firmen.

DAMENOBERBEKLEIDUNG / Zuversicht zur Igedo

Bescheideneres Wachstum

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Hersteller von Damenoberbekleidung und der Handel können „mit den bisherigen Geschäftsergebnissen des Jahres 1985 leben". Anläßlich der 147. Igedo-Internationale Modemesse in Düsseldorf (20. bis 22. Oktober) sagte die Geschäftsführerin des Verbandes der Oberbekleidungsindustrie (DOB-Verband), Hildegard Panck, die Branche werde dem Umsatz nach 1985 wie auch 1984 (plus neun Prozent) wachsen, doch würden die Steigerungsraten bescheidener ausfallen.

Die Gründe dafür sieht der Verband weniger in einer gewissen Marktsättigung bei bestimmten Sortimenten als in dem sich schleichend bemerkbar machenden Bevölkerungsrückgang und der Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer. Anhaltend Freude bereitet der Export, der auch im laufenden Jahr nochmals etwas zulegen dürfte.

Der DOB-Einzelhandel, von den guten Umsätzen in den Monaten Juli und August sichtlich verwöhnt, sieht zwar auch geringere Zuwachsraten auf sich zukommen, doch kann er mit dem aufgelaufenen Plus von vier Prozent bis einschließlich September durchaus zufrieden sein.

Nach Angaben des Geschäftsführers des Bundesverbandes des Deutschen Textileinzelhandels (BTE), Joro Hertwig, zeigt der Handel großes Interesse an kurzfristig lieferbarer Ware für den Beginn des Weihnachtsgeschäfts. Daneben ist er schon jetzt geneigt, zu festen Lieferterminen Sommerware zu ordern. *Immerhin* sind nach einer Marketing-Untersuchung rund zehn Prozent der Vororders für die Frühjahr-/Sommerware 1986 noch nicht vergeben. Deren Auftragswert dürfte bei 1 Mrd. DM liegen.

Auf der Igedo werden 650 Aussteller vertreten sein. Das Ausland wird von insgesamt zwölf Ländern repräsentiert.

WEISHAUPT / Die Auslandstöchter entwickeln sich gut

Boom bei Gasbrennern

WERNER NEITZEL, **Schwendi**

Auf dem Gebiet der Raumheizung kommt dem Gas eine zunehmende Bedeutung zu. Siegfried Weishaupt, *geschäftsführender Gesellschafter* der Max Weishaupt GmbH, Schwendi/Württemberg, des Marktführers auf dem Sektor der Brennerherstellung, registriert jedenfalls einen anhaltenden Boom bei Gasbrennern wie auch bei Kombinationsbrennern. Lag der Anteil dieser Brennertypen bei Weishaupt vor zehn Jahren noch bei 20 Prozent des Wertumsatzes, so ist dieser Part inzwischen auf 40 Prozent angewachsen.

Weishaupt ist zuversichtlich, die ohnehin schon gute Marktposition in den kommenden Jahren weltweit noch weiter ausbauen zu können. Zur Zeit mache man sich Gedanken darüber, ob nicht die Rolle des reinrassigen Brennerherstellers dahin gehend abzuändern sei, auch Kessel mitanzubieten.

Für das laufende Geschäftsjahr prognostiziert Weishaupt eine Umsatzsteigerung von zehn Prozent. Beschäftigungs- und Ertragslage seien gut. Vor allem die Auslandstöchter sind die Träger des Umsatzwachstums. Im Geschäftsjahr 1984 nahm der konsolidierte Umsatz der Gruppe um 9,3 Prozent auf 252 Mill. DM zu.

Beim Stammhaus verbesserte sich der Umsatz um 9,2 Prozent auf knapp 210 Mill. DM, wovon 34 Prozent auf den Export entfielen. Verkauft wurden 82 052 Ölbrenner (minus 2,6 Prozent) und 24 459 Gas- bzw. Kombinationsbrenner (plus 19,2 Prozent). Wenn auch die Bautätigkeit sich in den nächsten Jahren weiterhin rückläufig entwickeln werde, so setze Weishaupt auf den wachsenden Bestand *austauschbedürftiger* Heizungsanlagen und auf weitere Absatzchancen auf den ausländischen Märkten.

Investiert wurden in der Firmengruppe im Berichtsjahr in Sachanlagen 14,6 (15) Mill. DM. Nach der Realisierung wichtiger Projekte sei für das laufende Jahr lediglich die Hälfte jenes Volumens eingeplant. Die Eigenkapitalquote liege noch über 50 Prozent. Ende des Berichtsjahres beschäftigte die Firmengruppe etwas über 1900 Mitarbeiter (plus 1,3 Prozent), diese Zahl steigt weiter an.

WOODSIDE / Die Reise-Organisation wächst weiter

Partnerschaften mit Erfolg

W. WESSENDORF, **Berlin**

Die größte Geschäftsreisen-Organisation in der Welt, Woodside Management Systems Inc., hat über 100 Rei*sebüroexperten, die rund 1250 Reise*büros vertreten, in dieser Woche zu einem Treffen in Berlin versammelt. Unter dem Dach des Unternehmens sind Reisebüro-Organisationen der großen Industrienationen aus 34 Ländern als Partner vereint.

Woodside, ein Vorort von San Franzisco, war zunächst nichts anderes als der Tagungsort einer Gruppe von amerikanischen Reisebüros, deren Ziel es war, in einer Partnerschaft miteinander günstige Einkaufskonditionen – vor allem auf dem Hotel- und Mietwagensektor – zu erreichen. Das Unternehmen wurde dann vor zwölf Jahren in Boston gegründet, wo sich die Zentrale des weltweiten Computersystems befindet, über die die Buchungen laufen.

Heute gehören in fast allen Ländern Westeuropas die jeweiligen Marktführer als Partner zur Woodside-Gruppe, in deren Zentrale inzwischen 400 Mitarbeiter beschäftigt sind. Im vergangenen Jahr wurde ein Umsatz von 4 Mrd. Dollar erwirtschaftet; für 1985 werden 5 Mrd. Dollar angestrebt. Die Geschäftsreisekosten stiegen ständig und machten 1985 *weltweit rund* 600 Mrd. Dollar aus, heißt es bei Woodside.

Für einzelne Reisebüro-Organisationen wie Hapag-Lloyd in Bremen, das einen Exklusivvertrag mit Woodside hat, bringt die ausschließlich auf den Geschäftsreiseverkehr beschränkte Partnerschaft viele Vorteile: Die Woodside-Partner unterstützen sich bei Buchungen und Reservierungen. Bei Hapag-Lloyd wird von dieser Möglichkeit zunehmend Gebrauch gemacht. Durch das Woodside-Einkaufsvolumen sind Spezialraten möglich geworden, die bis zu 30 Prozent unter den regulären Hotelpreisen liegen.

1985 wird Hapag-Lloyd die Buchungszahl auf 30 000 verdoppeln. Wie Geschäftsführer Reiner Dressler angab, machen die Reisekosten der angeschlossenen Unternehmen fünf bis 20 Prozent der Gesamtkosten aus. Der Vorstandssprecher von Woodside, Bo Krantz, erwartet, daß 1986 ein schwieriges Branchenjahr wird.

GEBÄUDEREINIGER / Geschäft normalisiert sich

Immer mehr Serviceaufgaben

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

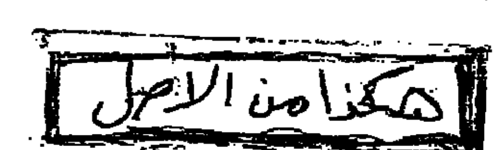
Auch für das Gebäudereiniger-Handwerk in der Bundesrepublik ist die Zeit des stürmischen Wachstums, das noch Anfang der 80er Jahre die Umsatzentwicklung der Branche prägte, vorüber. Auf dem Bundesverbandstag in Hannover nannte Bundesinnungsmeister Günther Schneider als Gründe dafür die „leeren Kassen der öffentlichen Hand" und den Kostendruck in der Industrie. Beides habe zu einer Reduzierung des Reinigungsvolumens insgesamt geführt. Zwar seien die Aufträge nicht grundsätzlich verlorengegangen; verändert hätten sich aber die Reinigungsintervalle. Viele Gebäude würden nur noch alle zwei Tage gereinigt.

Früher, so Schneider, waren zweistellige Umsatzzuwachsraten in dem Gewerbe an der Tagesordnung. Seit 1982 habe sich diese Entwicklung deutlich abgeschwächt. Für 1984 weist das Gewerbe noch eine Steigerung um 3,1 Prozent auf 4,14 (4,01) Mrd. DM aus. Im laufenden Jahr erwartet Schneider ein Wachstum von drei bis fünf Prozent.

Derzeit sind rund 2700 Gebäudereinigungsunternehmen in den Handwerksrollen eingetragen. Sie beschäftigen über 368 000 Mitarbeiter, den größeren Teil (80 Prozent) allerdings als Teilzeitbeschäftigte mit einer Arbeitszeit von rund zwei Stunden täglich. Dieser Personenkreis („geringfügig Verdienende") ist sozialversicherungsfrei; der Arbeitgeber trägt die fällige Lohnsteuer als Pauschalsteuer.

Nach den Worten Schneiders entfallen rund 80 Prozent des Umsatzes auf die Gebäudeinnenreinigung. In immer stärkerem Maße kämen auf die Unternehmen aber neue Aufgaben zu. Dazu gehörten Reparaturdienste, Hausmeister- und Pförtnerarbeiten. Der Großteil der Betriebe beschäftige zwischen 300 und 1000 Personen.

Die wenigen überregional arbeitenden Unternehmen repräsentierten allerdings rund 25 Prozent des Gesamtumsatzes. Die Preisgestaltung der Branche lasse erhebliche Wünsche offen. Dazu trage auch der starke Wettbewerb bei. Seit 1980 habe die Zahl der Reinigungsfirmen um gut 20 Prozent zugenommen.



AEG-Aktien lebhaft gesucht

Neuer Käuferschub sorgte für Rekordkurse

DW. – Die Verstimmung, die an der Montagbörse das Angebot von Daimler ausgelöst hatte, AEG-Aktien nur zum Preis von 170 DM übernehmen zu wollen, war am Dienstag aus den Börsensälen wieder verschwunden. Eine neue Kaufwelle sorgte auf fast allen Marktsektoren für kräftig steigende Kurse. Dabei erreichten die AEG-Aktien Notierungen von mehr als 200 DM. Aus der Schweiz floß ein Teil jenes Materials zurück, das in den vergangenen Wochen aus heutiger Sicht zu niedrigen Kursen im großen Posten dorthin verkauft worden war.

Der Handel in Daimler- und Mercedes-Aktien hat sich beruhigt. Dafür gerieten jetzt die Papiere von BMW wieder in Fahrt. Sie legten rund 10 DM zu. Kursgewinne bis zu 10 DM gab es auch bei den Großbanken. Andeutungen über zu erwartende günstige Abschlüsse für 1985 haben das internationale Interesse für diese Papiere verstärkt. Daß durch die sinkenden Rentenkurse stille Reserven in den Rentenportefeuilles abzuschmelzen beginnen, wird im Zuge der allgemeinen Begeisterung für Aktien nicht zur Kenntnis genommen. Anlagekäufe zu steigenden Notierungen gab es erneut in der Großchemie. Dabei erreichten Henkel mit 420 einen neuen Höchstkurs, im späteren Verlauf fiel er jedoch leicht auf 416 DM zurück. Auslandskäufe ließen den Siemens-Kurs um rund 15 DM anziehen. Spekulative Bewegungen gab es wieder bei Conti-Gummi, wo die Gerüchte über einen Aufkäufer neue Nahrung gefunden haben.

Frankfurt: Aesculap verminderten sich um 5 DM, Degussa gaben um 4 DM nach und Heidelberger Zement sanken um 5 DM. Altana zogen um 5,50 DM an, Didier verbesserten sich um 2 DM und Hartmann Braun Vz. erhöhten sich um 30 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt zogen um 10 DM, Balcke Dürr um 5 DM und Verseidag um 5 DM an. Gerresheimer Glas vermindeerten sich um 2,50 DM, Sternbräu gaben um 13 DM nach und Stinnes ermäßigten sich um 5 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden mit plus 3 DM bezahlt. Knapp gehalten waren HEW mit minus 0,50 DM. Holsten Brauerei erhöhten sich um 2 DM und Markt und Kühlhallen sanken um 4 DM.

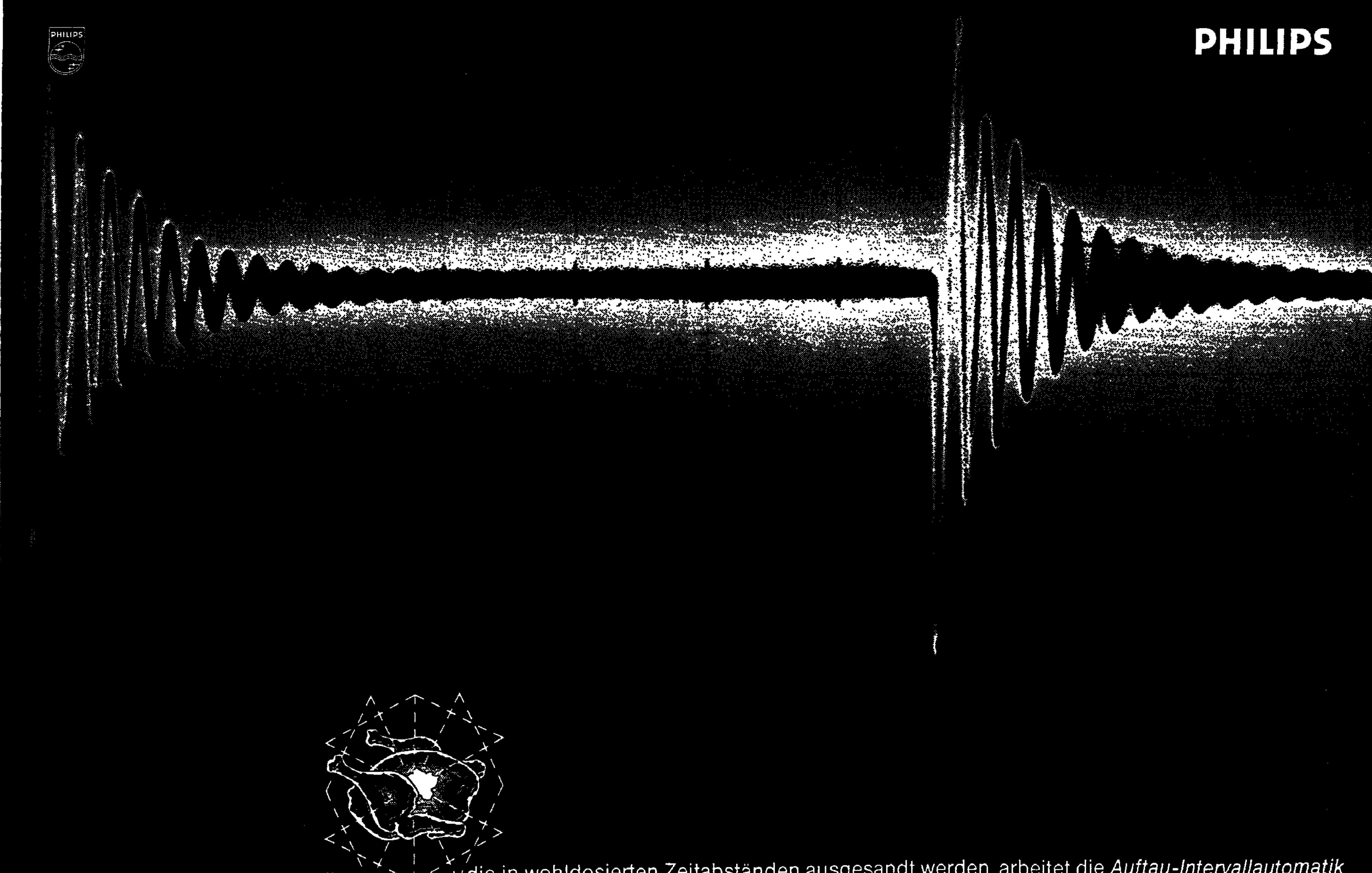
Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 10 DM, Schering um 7 DM, Bergmann und Engelhardt um je 5 DM an. Hypobank Berlin ermäßigten sich um 6 DM, Herlitz St. um 3,50 DM und Orenstein um 2 DM.

München: Agrob St. zogen um 7 DM an, Electro 2000 erhöhten sich um 5 DM und Zahnräder Renk befestigten sich um 6 DM. Audi AG sanken um 1,50 DM, Deckel AG um 2 DM und Dywidag um 4 DM.

Stuttgart: Stuttgarter Hofbräu St. legten 21 DM zu und Kolbenschmidt verbesserten sich um 2,60 DM. DLW stockten um 6 DM auf. Salamander gaben um 3,80 DM, SEL um 4,50 DM und Aesculap um 6 DM nach.

Nachbörse: weiter fest

WELT-Aktienindex: 253,46 (251,07)
WELT-Umsatzindex: 8760 (6569)



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Handelspartner elektr. Steuerungen

Wir sind eine bekannte internationale Unternehmung. Unser stark expansiver Bereich „Industrie-Automation" zeichnet sich aus durch innovative Produkte sowie bedeutende Investitionen in F+E und Infrastruktur.

Zur vollen Ausschöpfung des sprunghaft wachsenden Marktpotentials wird der **aktive und leistungsfähige Vertragshändler** *für den selbständigen Verkauf einer die ganze Bedarfsbreite abdeckenden Familie von elektr. Steuerungen gesucht.*

Vorausgesetzt werden beste Kontakte in die wichtigen Industrie-Segmente. Diese können basieren auf dem Anlagen-/Systemgeschäft oder dem Vertrieb von „High-Tech"-Produkten, dem Verkauf von z. B. CNC, SPS, Robotern, QC-Systemen, Sensoren, Pneumatic, Mikro-Schaltern, Befehlsgebern, Relais, um nur einige zu nennen.

Weiter werden erwartet: Wille zu aggressivem Wachstum, finanzielle Stabilität (angemessene Lagerhaltung), optimale regionale, nationale und/oder Abdeckung wichtiger Marktsegmente, *eine dynamische, beratungsstarke Verkaufsmannschaft,* Schulungsmöglichkeiten im Hause.

Erfüllen Sie die Kombination dieser Punkte, dann lassen Sie sich von den Vorteilen einer engen Zusammenarbeit im persönlichen Gespräch überzeugen: Wir bieten Ihnen die wettbewerbsfähige Produktpalette, vielfältige Unterstützung durch die europäische Organisation (Marketing, Training, Applikation), Betreuung durch „Ihren" Verkaufsingenieur, Demo-Material und Verkaufshilfen.

Nehmen Sie bitte mit einer Beschreibung Ihres Tätigkeitsfeldes Kontakt auf. Wir melden uns umgehend bei Ihnen.

Zuschriften erbeten unter E 5781 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenz
mit Zukunft

Werbung durch uns im Fernsehen – BTX. Unerschöpflicher Markt, geeignet für Damen und Herren in ihrem Wohnbereich. Außergewöhnlich hohe Rendite mit laufendem Folgegeschäft.

WELA-KG
Tel. 0 61 04 / 33 68-69
Telex 410 163

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen. Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Millionen-Druckauftrag
Geschenkpapierdruck an entsprechende Druckerei zu vergeben. Jedoch *muß Vorfinanzierung, d. h. gute Bonität, gewährleistet sein.* Auch Vermitter angen. Eilt, da bald Weihnachten!
Zuschr. unt. C 5779 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

JEANS
aus 2. Hd., in ausgez. Zust., klasse Markenartikel
Levi's – Lee – Lois
Mindestabn. 500 Stck., pro Stck. DM 8,-.
Tel. 00 31 / 13 36 23 42

Luxemburg-Büro
Räume, Tel., Firma. Nach Wunsch.
Info.:
Tel. 05 71 / 4 47 67, abends

Sie suchen ein Auslieferungslager im Raum Recklinghausen, dann nehmen Sie bitte Kontakt auf unter 0 23 64 / 1 22 68.

Raum NRW: Kaufmann, 50 Jahre, verw., sucht Partnerin zwecks

geschäftl. Beteiligung

(Neugründung, Übernahme, Beteiligung) Kapital vorhanden.

Zuschr. u. B 5778 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Für deutsche Firmen
verkaufen wir mit Erfolg Produkte in versch. Bundesstaaten der USA. Auch Ihre Erzeugnisse, z. B. Gebrauchs- u. Verbrauchsartikel sowie *Investitionsgüter* würden wir gern vertreiben.
Inform. erhalten Sie über:
Herrn Rechtsanwalt Müller-Blom
Volgersweg 4a, 3000 Hannover

Haben Sie Probleme mit Ihrer Werbung?
Dann sollten Sie uns unbedingt kennenlernen!

Wir konzipieren und realisieren Werbeaufträge aller Art.

In unserem – mit modernstem Instrumentarium ausgerüsteten – Betrieb steht Ihnen ein Team zur Verfügung, welches seine langjährigen Erfahrungen in der Public-Relations-Branche (Schwerpunkt: Show-Business, Unterhaltungsgewerbe, Management und vor allem Medien-Arbeit) gerne auch für Ihre Werbebedürfnisse zur Verfügung stellt.

Wir bieten Ihnen alles, was Sie für Ihre Werbung benötigen: Ideen, individuelle Konzepte, Kontakte, Grafiken (bis hin zur Computer-Grafik), Texte, Layouts, Reinzeichnungen, Lithos, Druck, Akquisition, Versand und Realisation.

Rufen Sie uns doch einmal an, oder vereinbaren Sie einen Gesprächstermin mit uns:

JENS MICHOW
WERBEAGENTUR
LENHARTZSTR. 15 · 2000 HAMBURG 20
TEL.-SA.-NR. 47 80 15, TLX. 2 173 473

Partner gesucht
Suche finanzkräftigen Partner für gutes Objekt im Schwarzwald – hohe Gewinnbeteiligung. Zuschr. u. W 6125 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CITY BÜROS
Hamburg-Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax, Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

Lizenzvergabe
für die Gebiete: Münster, Saarbrücken, Gießen, Frankfurt, Hamburg, *Kiel, Osnabrück, Bremen, Hannover, Kassel, Berlin, Ulm,* Nürnberg, Regensburg, München, Garmisch, Rosenheim, Heilbronn, Karlsruhe, Freiburg.
Sie arbeiten selbständig mit den Vorteilen eines für Sie geschützten Gebietes in einem partnerschaftlichen Vertriebssystem.
Produktpalette der Elektronik ist patentrechtlich geschützt und markteingeführt.
Vorgestellt im Fernsehen.
Unterstützung bei Existenzgründung.
Neues, umsatzstarkes Werbe- und Verkaufssystem vorhanden.
Überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten sind selbstverständlich.
Anfr. erb. unt. D 5780 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

STELLENGESUCHE

50 Jahre – nicht nur Lebensalter, sondern auch Erfahrungsschatz!

Bankkaufmann in leitender ungekündigter Stellung, aufgrund umfangreicher verantwortungsvoller Tätigkeit sehr versiert in allen bankmäßigen Arbeiten; Spezialgebiet: sämtl. Außenhandelsgeschäfte einschl. deren Finanzierung, gute engl. u. spanische Sprachkenntnisse, EDV-Verständnis, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick, sucht gleichwertige Position in Bank, Handel, Industrie **oder auch tätige Teilhaberschaft.**

Angebote erbeten unter G 5783 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Journalist (37)
in verantwortlicher Position, mit langjähriger, vielseitiger Berufserfahrung, ist langfristig an neuer Aufgabe im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/PR-Beratung interessiert. *Er ist mit gesellschaftspolitischen* und marktwirtschaftlichen Themen vertraut und kann sich in die besonderen Erfordernisse von Interessen- und Berufsverbänden einfühlen und diese offensiv argumetativ vertreten. Angebote unter T 5946 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Kaufm. Geschäftsführer
Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., 40 J., langjährige erfolgreiche Tätigkeit in mittelst. Großhandel/Anlagenbau, möchte sich verändern. Bevorzugt Norddeutschland und Berlin.

Zuschr. u. P 5943 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Teich- und Springbrunnenbauer
(39) sucht wegen zu kurzer Geschäftssaison entsprechende Tätigkeit von Nov.–März (auch Ausland, 8 Jahre als Handelsvertreter tätig gewesen).

Zuschr. erb. u. A 5865 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie einen gestandenen

Geschäftsführer
für Verbände, Institutionen oder Gesellschaften? Ich brauche eine packende Aufgabe! Die wichtigsten Voraussetzungen erfülle ich:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (mit Promotion)
- langjährige Tätigkeit als Verbandsgeschäftsführer
- *Praxis auch als Berater von Verbänden und Firmen*
- Kontakte zu Gesetzgeber und Verwaltung
- internationale Erfahrungen (einschl. EG)
- umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit
- Fremdsprachen Englisch und Französisch fließend

Als Leistungssportler fühle ich mich auch mit 55 Jahren voll „einsatzfähig". Berufliche Belastungen scheue ich nicht. Ideal wäre eine Position, in der ich nach kurzer Einarbeitung umfassende Verantwortung übernehmen und langfristig ausüben kann.

Zuschriften erreichen mich unter U 5947 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

52jähriger

Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft
sucht viel Arbeit. Spezialwissen Nachbetreuung von Kapitalanlegern.

Zuschriften unter W 5773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Diplom-Oekonom
34, Univ. Warschau, Erfahrung in betriebswirtschaftl. Analysen, Kostenrechnung und Organisation, Programmiererfahrung in AWS-COBOL, RPG II im Dialog, IBM-Assembler; sucht entsprechende Position in der DV-Organisation, Systemanalyse oder Programmierung.

Auskünfte erteilt: Frau Staedel
Fachvermittlungsdienst Bochum, *Universitätsstraße 66*
4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-643, FS 825309

1738

Einkaufsleiter
42, betriebsw. *Studium, mit langj. Einkaufspraxis und Personal*verantwortung. Einkaufskoordination auf Konzernebene in namhaftem Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie. Materialkenntnissen in Druck-, Verpackungs-, Kunststoff-, Folienbereich, mit techn. Verständnis; sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Industrie oder Handel.

Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593, -595

1739

Kaufmann
26 J., Wohns. Hamburg, in ungekünd. Stellung, EDV-Kenntnisse, Organisationstalent, Erfahr. in Kfz-Branche sowie Vertriebserfahrung, *sucht* z. 1. 1. 86 neuen Wirkungskreis. Ang. u. U 6145 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher

Jagdinhaber
sucht Frührentner zur Betreuung seines Reviers? Bin 44, led., landwirtschaftliche und handwerkliche Kenntnisse vorhanden. (Selbstversorger.)
Angeb. erb. u. C 5867 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann, 39 J., langjähr. AD-Erfahrung m. techn. Verständnis, sucht Werksvertretung/Handelsvertretung für NRW/Niedersachsen. Zuschr. u. C 6131 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

TIERARZT
43, Aussiedler aus Polen, mit langjähriger Erfahrung in der Großtierpraxis, sucht ab sofort neuen Wirkungskreis.
Tel. 0 40 / 6 79 11 34

Industriekaufmann, 38 J., führungserfahren als Verkaufsleiter, Profi im Fachhandelvertrieb, abschlußsicher auf allen Ebenen, sucht neuen anspruchsvollen Wirkungskreis im Außendienst m. hervorragenden Entwicklungsmöglichkeiten. Keine Versicherungen. Zuschr. u. E 6133 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist, Dr. jur.
45 J., *keine RA-Zulassung,* sucht Teilzeit- oder Vollbeschäftigung im Raum Hamburg/Hannover, ggf. auch im Bereich Wirtschaft oder Verwaltung. Zuschr. u. A 5777 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Allround-Kaufmann
46 J., 20 J. Auslandserf., Geschäftsf., Vertrieb, Prod., Engl., Franz., Span., Port., Ital., mobil u. unabh., sucht außergew. Führungsaufgabe im Ausland.
Angebote erbeten unter B 5866 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Produktmanager
Dipl.-Holzw., 37 J. Berufserf. u. Direktvertrieb, Industrie (Befestigungstechnik) su. interess. Tätigk. Ang. u. V 6146 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

AUSLAND
Elektromeister, ledig, 43 J.
mit Elektronik-Kenntn., lernfähig u. belastbar, Auslandserfahrung Nigeria, Saudi-Arabien u. Libyen, gute engl. Sprachkenntn. in Wort u. Schrift (Zertifikat), erfahren in Neuanlagen u. Maintenance sowie haustechnischen Anlagen aller Art, verfügbar ab 1. Nov. '85, sucht neue Aufgabe. Angeb. erb. u. W 5949 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin
33 J., engl./franz., selbständig, übernimmt folg. Arbeiten:
Sekretariatsarb., Übersetzungen, Organisation v. Reisen, Konferenzen + Messen (auch pers. Einsatz bei Messen), Tel.-Verkauf In- u. Ausland, Kundenakquisition, dt./engl./franz. Korrespond./Manuskripte
– auf Stundenbasis o. z. vereinb. Festpreis
– wahlweise in Ihrem Hause o. v. eigenen Büro aus
Int. an:
M. Kranefeld, Backesweg 21
6457 Maintal 1
Tel. 0 61 81 / 49 38 56

Langjährig erfolgreicher

EDV-Vertriebsmann
(38) mit Managementerfahrung, sucht neuen Wirkungskreis per 1. 1. 86. Vertriebserfahrung vom PC bis zum HOST. Schwerpunkt: Bürokommunikation einschl. Netze.
Angeb. erb. u. F 5782 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Großhandelskaufmann
33 J., verantwortungsbew. Praktiker in Abwicklung, Disposition u. Einkauf, sucht neue ausbaufähige Position.
Angebote unter R 5944 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Personalbeauftragter
– Ombudsystem – Allein-Geschäftsführer, erfahrener Betriebswirt o. D., Mitte 40, aus der Dienstleistung/Schiffahrt, spezialisiert: Mitarbeiterführung – Motivation, Problemlösung, sucht entspr. Aufgabengebiet.
Angeb. unter S 5945 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Mobiler Ing. grad.
Schweißfaching. f. Stahl- u. Schiffsbau m. guten Fachkenntn. sucht neuen Wirkungskreis (Stahl-, Schiffs- od. Metallbau). Umfangreiche Erfahrungen in Management, techn. Leitung u. Akquisition vorh. Angeb. unter Z 5776 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Schiffahrtskaufmann, Anf. 30
umfangreiche Berufserfahrung in Befrachtung, Operating, Claims, Management im In- und Ausland sucht neuen, soliden Wirkungskreis in Schiffahrt/Spedition/Im- und Export.

Sprachen: Deutsch, Englisch (perfekt), Französisch, Italienisch

flexibel, extrem belastbar und geübt im Umgang mit DV-Systemen.

Ihre Angebote, auf die ich mich freue, erbeten unter X 5774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Russisch-Dolmetscherin/Übersetzerin
berufliche Erfahrung vorhanden. Möchte mich verändern oder verbessern und suche eine Tätigkeit, die einige Reisen im Jahr erfordert.

Zuschr. u. F 4990 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.
26 J., Schwerpunkt Personal u. Recht, sucht Einstieg in interessante Tätigkeit. Angeb. u. X 5850 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer gibt jg. Frau, 25 J., unabh., Chance f. ausbauf. Stellg., auch Ausld., mögl. nicht nur f. Büro. Gt. Schreibm.-Kenntn., Org.-Tal., Erf. i. Umg. m. Menschen, engl. fl. i. Wort u. Schr. d. Ausl.-Tätigk. Ang. u. Y 5775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter
41 J., verh., ungekündigt
- 10 J. erfolgreiche Führungspraxis im Verkauf
- 20 Mitarbeiter / 20–30 Mio. Umsatzverantwortung
- Marketing/Stratege/guter Verkäufer
- Cooperativer Führungsstil/analyt. Denkvermögen
- z. Z. in der Sanitärindustrie tätig/Fachhandelskenntnisse/Direktvertrieb

sucht herausfordernde Aufgabe als

Verkaufsleiter/Niederlassungsleiter

Zuschr. u. D 6132 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Für unsere Konzernhauptverwaltung in Duisburg suchen wir nach dem plötzlichen Tod des bisherigen Stelleninhabers den

Leiter der Zentralrevision

Diese Hauptabteilungsleiter-Position ist unmittelbar dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt.

Wir setzen neben einem abgeschlossenen Hochschulstudium eine besondere Qualifikation und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet des Rechnungswesens und der Revision voraus.

Die materiellen Bedingungen entsprechen der herausgehobenen Position.

Ausführliche Bewerbungen mit Lichtbild richten Sie bitte an die Personalabteilung LA (Ruf 0203 / 3963350) der



KLÖCKNER-WERKE AG
Klöcknerstr. 29, Klöcknerhaus, Postfach 100248, 4100 Duisburg 1

Wir machen Messen
Machen Sie mit.

Jedes Jahr führen wir eine Vielzahl internationaler und nationaler Messen und Veranstaltungen durch. Wachsende Aufgaben machen eine Verstärkung des Presse-Teams notwendig. Machen Sie mit als

Presse-Referent(in)

Ihre Aufgabe ist es, in enger Zusammenarbeit mit der Fach- und Wirtschaftspresse vornehmlich die Entwicklungen in der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik verständlich und interessant darzustellen.

Sie passen gut zu uns, wenn Sie nach Abschluß einer technischen Ausbildung bereits einige Jahre journalistische Erfahrungen gesammelt haben. Gute englische Sprachkenntnisse werden Ihnen die Tagesarbeit erleichtern.

Wir bieten Ihnen eine leistungsgerechte Dotierung und hervorragende Sozialleistungen. Bitte senden Sie Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen zusammen mit Arbeitsproben an unsere Personalabteilung.



Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG
Messegelände · 3000 Hannover 82

Stellengesuche in der WELT

Ein bewährter Weg zum beruflichen Erfolg.

Tips für den Anzeigentext, technische Informationen und die Grundregeln für Ihre Bewerbungen finden Sie in unserer kostenlosen Stellengesuchbroschüre.
Wir schicken sie Ihnen gerne zu.

Schreiben Sie an:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung
Stellen-Service,
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel./ (040) 347-43 18, -1

Wir sind ein international tätiges Unternehmen auf den Gebieten Exploration und Förderung von Erdöl/Erdgas sowie Dienstleistungen im Bereich Tiefbohrungen und Workover-Service.

Für die Weiterentwicklung der technischen Anwendungen und Integration mit den kommerziellen Anwendungen suchen wir möglichst zum 1. Januar 1986 den

Leiter technische Anwendungsentwicklung

mit mehrjähriger Berufserfahrung und einschlägiger (Fach-)Hochschulausbildung.

Außerdem suchen wir einen

Juniorprogrammierer technische Anwendungen

mit Programmierkenntnissen in FORTRAN und eventuell APL.

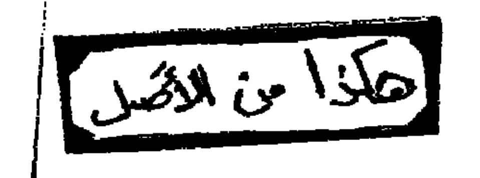
Für unsere Anwendungen setzen wir hauptsächlich folgende Hardware/Betriebssysteme ein:
- IBM 43xx, VM/VSE, VSAM, CICS, MANTIS, MANTEXT, RPG, FORTRAN, APL
- PR1ME x50, PRIMOS, FORTRAN IV/77, DB-INFORMATION, GRAPHIK, MIDAS

Neben einer leistungsgerechten Bezahlung bieten wir eine interessante und vielseitige Aufgabenstellung sowie die Möglichkeit, weitgehend selbständig zu arbeiten und sich ständig weiterzubilden.

Wir bitten um Zusendung Ihrer Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnissen.



Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft mbH
DST
Ein Unternehmen der Salzgitter-Gruppe
Postfach 13 60 Waldstraße 39 D-4450 Lingen Ems
Telefon (05 91) 61 21 Telex 098 840



Renten weiter abwärts

Am Rentenmarkt hat sich die Stimmung weiter verschlechtert. In den öffentlichen Anleihen kamen die Abschläge einem vollen Punkt sehr nahe. Hier sind es hauptsächlich Ausländer, die sich mangels Zins- und Aufwertungsphantasie von ihren Papieren trennen. Die letzte 6½prozentige Bundesanleihe (Emissionskurs 100,5) ist auf 99,5 gefallen. Unter diesen Umständen liegen die Konditionen der jetzt aufgelegten 6½prozentigen Niedersachsen-Anleihe mit 99½ bei 10jähriger Laufzeit völlig neben dem Markt. Diese Emission wird vorerst bei den Banken liegenbleiben müssen.

Bundesanleihen

			15.10.	14.10.
F	5¾ Bund 78 II	3/86	100,15G	100,15
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,15	100,15G
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	102,45	102,6
F	6½ dgl. 79	1/87	101,7G	101,8G
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	102,4	102,7G
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,2G	102,3G
F	6½ dgl. 77	7/87	102,7G	102,3
F	6 dgl. 77	10/87	101,5	101,6
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,35	101,55
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,15	103,35
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,3G	103,45
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,2	103,5G
F	7¾ dgl. 79 I	4/89	104,7	104,95G
F	10 dgl. 81 I	4/89	111,5G	111,8
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,8G	106G
F	8 dgl. 79 I	7/89	106,95	107,2
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,5	107,6
F	7½ dgl. 79 II	9/89	105,2	105,7
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,6	106,8bG
F	7¼ dgl. 80	1/90	104,3	104,9
F	10 dgl. 80	4/90	114,5	114,8
F	5½ dgl. 78	5/90	100,55	100,6
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	108,75	109,3
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	107,5	109,75
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,15bG	107,6G
F	9 dgl. 81	2/91	111,7G	112,05
F	7½ dgl. 85 III	6/91	105,7	106,25
F	10½ dgl. 81	7/91	117,15	117,5
F	10½ dgl. 81	9/91	120	120,3
F	10 dgl. 81 II	12/91	116,8	117,1
F	9½ dgl. 82 I	1/92	114,6	115,25
F	9½ dgl. 82 II	3/92	115,2	115,5
F	9½ dgl. 82	4/92	113,95	114,3G
F	9 dgl. 82 I	5/92	111,4	111,8
F	8½ dgl. 82	6/92	109,25	109,75
F	9 dgl. 82 II	8/92	111,8	112,75G
F	9 dgl. 82 II	9/92	111	111,4
F	8¼ dgl. 82			
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	105,95	106,4
F	7½ dgl. 83	1/93	104,4	104,9
F	6 dgl. 78 II	3/93	98,8	99,15
F	7½ dgl. 83 II	3/93	105,15	105,65
F	8¼ dgl. 83	6/93	108,2	108,7
F	8 dgl. 83	7/93	107,1	107,8G
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	108,9	109,4
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	108,75	109,4
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	108,6	109,1G
F	8¼ dgl. 83	10/95	107,8	108,55
F	8¼ dgl. 84	6/94	108,1	109,1G
F	7¾ dgl. 84	10/94	102,35	105,1G
F	7½ dgl. 85	1/95	101,5	102G

Bundespost

F	6½ Bdpost 68	6/88	101,35	101,5G
F	8 dgl. 72 I	9/87	104,45	104,65
F	8 dgl. 80	3/90	104,25	106,45
F	7¾ dgl. 80	9/90	106G	106,3
F	8¾ dgl. 80	12/90	109,9G	110,2
F	10 dgl. 81	3/89	110,4	111,4
F	10½ dgl. 81	6/89	112	113
F	10½ dgl. 81	10/91	118,75	119,15
F	9¾ dgl. 82	2/92	115,1	115,5
F	8¾ dgl. 82	6/92	110,55	110,95G
F	8½ dgl. 82	10/92	109,55	109,8G
F	7¾ dgl. 83	2/95	105,35	105,8G
F	8½ dgl. 83	9/93	109,85G	110,3G
F	8¼ dgl. 84	2/94	108,45	108,95
F	8 dgl. 84	9/94	107,05	107,65
F	7 dgl. 85	97	100,9	101,6
F	6½ dgl. 85	95	98,75	99,05

Länder – Städte

S	6½ Bd.-Württ. 78	86	101,25	101,25
S	8½ dgl. 82	92	107,5G	107,5G
M	6½ Bayern. 67	87	103G	103G
M	6 dgl. 68	85	–	–
M	6 dgl. 78	88	100,1bG	100,1bG
M	8¾ dgl. 80	90	108G	108G
M	8¾ dgl. 82	92	109bG	109G
M	7½ dgl. 83	93	104bG	104bG
M	8 dgl. 84	94	106,75bG	107bG
M	7½ dgl. 85	95	101G	101G
B	8 Berlin 72	85	100	100
B	6½ dgl. 78	88	102,5G	102,5G
B	8¾ dgl. 80	88	106,5	106,5
Br	7½ Bremen 71	87	102,8G	102,8G
Br	8 dgl. 72	87	103,6G	103,6G
Br	7½ dgl. 83	93	103G	103G
H	6½ Hamburg 77	92	101,1	101,25
H	8 dgl. 80	92	105,6G	106

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Bundesbahn

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

F 3¾ dgl. o. O.	77,5	78
F 3¾ Mitsubishi 84 m. O.	184,75G	184,75
F 3¾ dgl. 84 o. O.	91,75	91,45
F 3¾ Nippon Flour 84 m. O	119G	118G
F 3¾ dgl. 84 o. O.	91,75bG	92T
F 3¾ Nipp. Shin. 85 m. O.	140	140
F 3¾ Nipp. Shin. 85 o. O.	89,25	89,75
F 3¾ Rhythm Watch85 m. O	125G	125G
F 5¾ dgl. 83 o. O.	99T	99T
F 4¾ dgl. 84 m. O.	107G	107
F 4¾ dgl. 84 o. O.	94,75G	94,75bG
F 3¾ SBC Fin. 84 m. O.	132bG	131G
F 3¾ dgl. o. O. 84	81,25	82
F 3¾ Toumara Jon. 84 m. O	121G	121G

7½ Audi Fin. 84/94	102,5	102,75G
7½ Austrar 73/88	102,5	102
7 Australien 73/87	102,25G	102,25G
5¾ dgl. 77/89	100	100bG
6 dgl. 78/88	100,5	100,75
8½ dgl. 80/90	105bG	105,45G
9¾ dgl. 81/91	113	113
9¾ dgl. 82/91	111T	111T
7¾ dgl. 82/92	106,3	106,9
6¾ dgl. 83/93	102,25	102,9
7¾ dgl. 84/96	102,8	103,2
6¾ Austral IDC 72/87	100,75G	100,75G
8 Autop. C.E. 71/86	102,5G	102,5bG
6¾ dgl. 72/87	101,5	101,75G

6¾ dgl. 78/88	100G	100G
6¾ dgl. 78/88 II	100,25	100,5G
6¾ dgl. 78/88 III	100	100,25G
7¾ dgl. 79/89	100,85	101,85T
7¾ dgl. 79/87	102,4	101,85T
9¾ dgl. 80/90	105,25	104,75
10 dgl. 81/91	107,75T	107,9T
10¾ dgl. 81/91	109,4	109,4
10 dgl. 82/92	110G	110G
8¾ dgl. 82/92	105,25G	105,5G
8¾ dgl. 82/92	104	104
7¾ dgl. 85/95	104	104,6T
8¾ dgl. 85/88	104G	104,5G
8¾ dgl. 83/95	105,5G	105,75

5½ Nippon T.&T.79/87	100,5	100,25
6¾ Nordiska Bk.79/86	100G	100
8 Norpipe 76/88	101,6	101,5
6 dgl. 77/89	99,75	99,75
7¼ Norsea Gas 76/88	101	100,5
7 dgl. 77/89	101bG	100,75
6¾ Norsk Hydro 77/89	101,5G	101,9G
8¾ dgl. 82/92	107T	107,5T
9 dgl. 82/92	107G	107,1
9¾ Nacional 80/88	105	104T
8¾ Österreich 75/87	102,75G	102,75G

7¾ dgl. 85/95	99,9	100,1
7 dgl. 85/95	96,4	96,5
6¾ Unilever Fin.78/88	100,1	99,9
7¼ Un.Technol.84/91	104,25G	104,25
7¾ dgl. 82/92	104,5	104,5G
6 Venezuela 78/88	98	97,75
6½ dgl. 78/90	95,25G	95,25
9¾ dgl. 80/90	103,55	103,65
11¾ dgl. 82/91	110,35	110,85
8½ VOEST ALPIN 73/88	103,7	104,25
6¾ dgl. 77/89	101G	101
7¾ VW Int.Fin. 83/93	103,15	103,25

5¾ Tauernkw. 78/95	97,5G	97,5bG
9¾ dgl. 82/94	115,25G	115,25G
6 TVO-Kraftw. 78/88	99,6G	99,6G

Düsseldorf

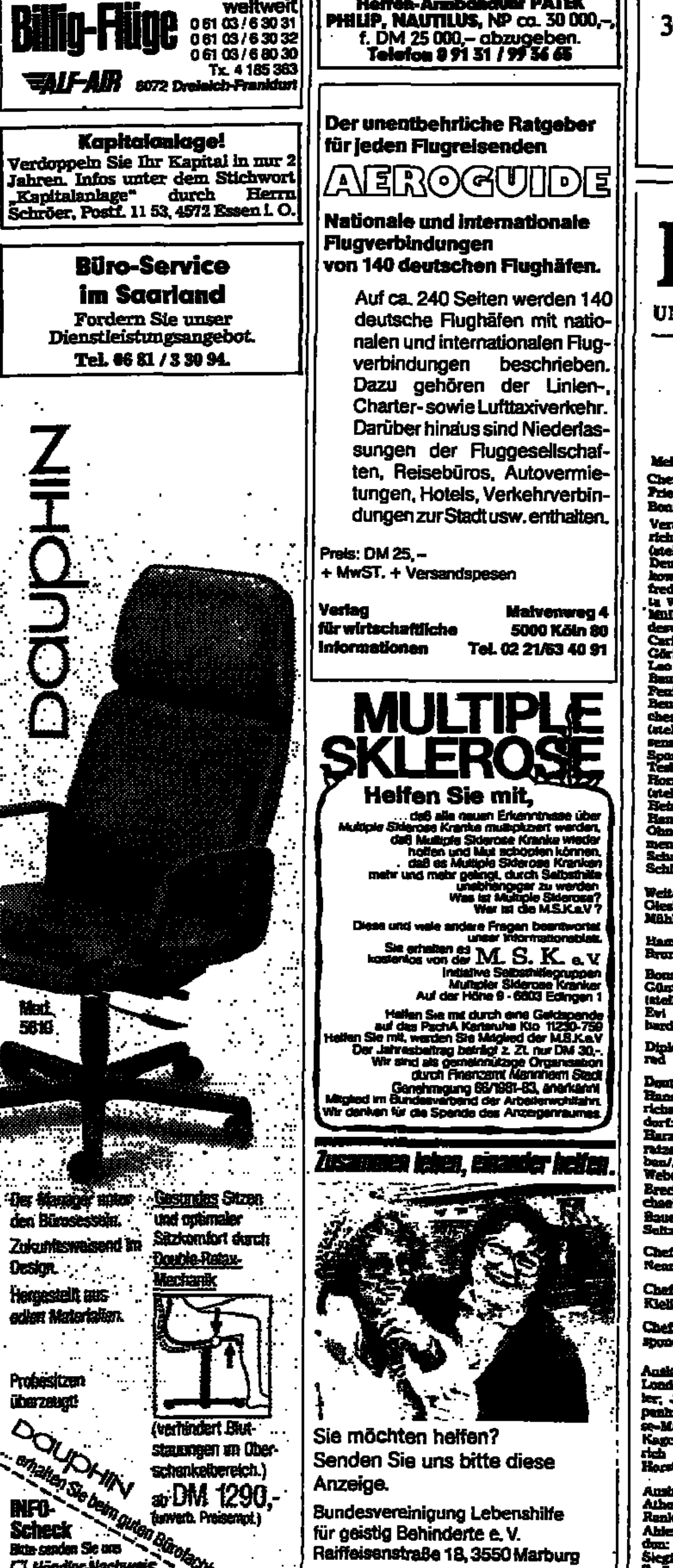
DM-Auslandsanleihen

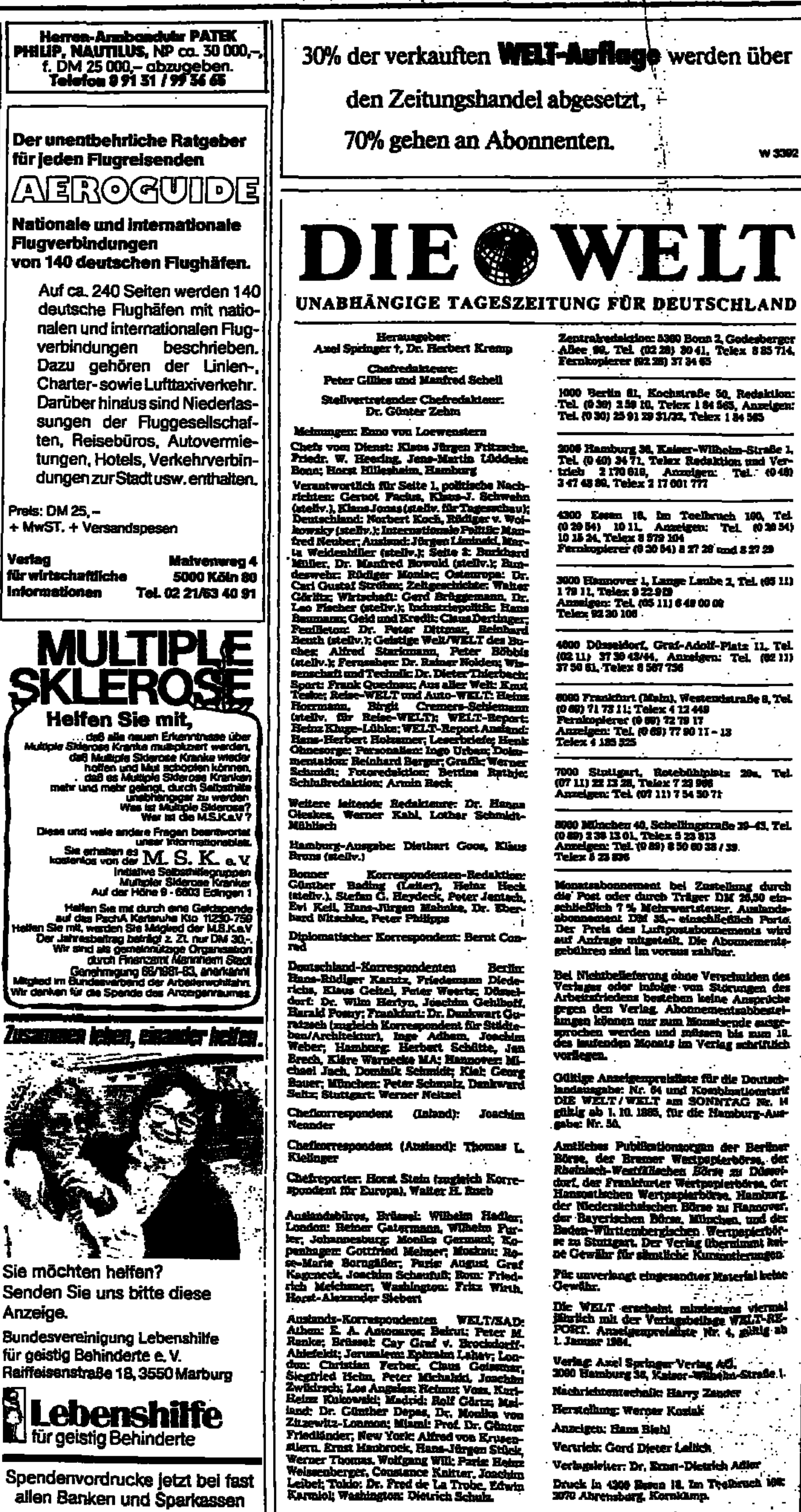
Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, S = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Ferner ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart











DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

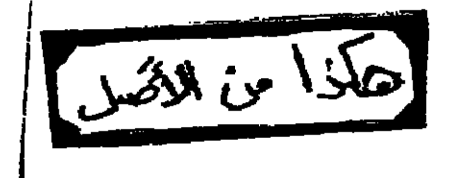
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

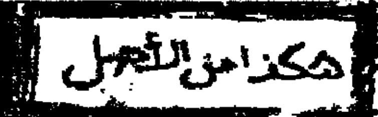
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: ...

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777





Warenpreise – Termine

Geringfügig höher schloß am Montag die Notierung für Silber an der New Yorker Comex. Gold und Kupfer notierten etwas schwächer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	14.10.	11.10.
Dez.	304,25	303,25
März	311,00	310,00
Mai	303,75	304,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	258,95	259,15
Am. Durum	256,89	256,09

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.		116,20
Dez.	geschl.	119,30
März		122,90

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.		97,70
Dez.	geschl.	98,50
März		101,00

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	118,00	118,75
März	127,00	127,50
Mai	132,75	133,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	222,75	223,75
März	234,75	235,50
Mai	241,00	240,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.		105,10
Dez.	geschl.	108,00
März		113,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	14.10.	11.10.
Dez.		141,45
März	geschl.	143,40
Mai		144,65

KAKAO New York ($/t)	14.10.	11.10.
Dez.		2185
März	geschl.	2270
Mai		2322
Umsatz		2791

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.		5,07
März		5,57
Mai	geschl.	5,73
Juli		5,92
Sept.		6,09
Umsatz		4508

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	4,99	5,00

KAFFEE London (£/t) Robusta	14.10.	11.10.
Nov.	1625-1625	1625-1625
Jan.	1674-1675	1657-1658
März	1700-1707	1688-1690
Umsatz	987	2379

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1736-1737	1736-1737
März	1775-1776	1774-1775
Mai	1801-1805	1800-1802
Umsatz	1994	3280

ZUCKER London (£/t) Nr.6	14.10.	11.10.
Dez.	139,80-140,00	139,80-140,20
März	148,00-148,20	147,60-147,80
Mai	151,40-151,80	151,40-151,60
Umsatz	282	1442

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	15.10.	14.10.
Saraw.spez.	795,00	795,00
weiß.Saraw.	920,00	902,50
weiß.Munt.	930,00	930,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	14.10.	11.10.
Nov.	117,90	121,75
Jan.	114,95	118,75
März	112,90	117,50
Mai	112,15	116,40
Juli	112,46	115,50
Umsatz	500	600

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	14.10.	11.10.
	36,50	36,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	22,25	22,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	19,85	19,92
Dez.	19,73	19,61
Jan.	19,90	19,80
März	20,55	20,25
Mai	20,75	20,65
Juli	21,15	21,01
Aug.	21,25	21,15

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	17,50	17,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	14,00	14,00

TALG New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	14,75	14,75
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	45,90	46,05
Dez.	45,65	45,40
Feb.	44,45	44,25

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	65,10	65,10
März	65,00	65,50
Mai	66,30	66,60

HÄUTE Chicago (c/lb)	14.10.	11.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	503,75	502,25
Jan.	516,75	515,50
März	529,50	527,50
Mai	539,00	538,00
Juli	545,00	544,00
Aug.	545,00	543,00
Sept.	533,00	533,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	141,20	142,00
Dez.	141,30	142,00
Jan.	142,30	143,00
März	143,30	143,50
Mai	144,00	144,50
Juli	145,50	146,50
Aug.	144,50	146,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	14.10.	11.10.
Okt.		337,00
Dez.	geschl.	324,40
März		329,70

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	14.10.	11.10.
	19,00	19,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	15.10.	11.10.
cif	720,00	795,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	635,00	710,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	345,00	345,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	131,50	115,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	440,00	445,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	14.10.	11.10.
Dez.	60,23	59,95
März	60,80	60,75
Mai	61,20	61,19
Juli	59,90	59,70
Okt.	54,05	54,05
Dez.	52,98	53,96

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,25	42,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	15.10.	14.10.
Okt.	485	438
Jan.	482-489	483-489
März	490-491	490-495
Umsatz	155	94

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	14.10.	11.10.
Dez.	51,30	51,30
März	51,50	51,50
Mai	52,20	52,20
Juli	52,30	52,30
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	15.10.	14.10.
Okt.	587,00-590,00	592,00-593,00
Dez.	605,00-605,00	606,00-608,00
März	616,00-623,00	–
Umsatz	33	14

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15.10.	14.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	14.10.	11.10.
Okt.	12251	12264
Nov.	12357	12365

KAUTSCHUK London (p/kg)	14.10.	11.10.
Nr.1 loco	59,00-62,00	59,00-62,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	14.10.	11.10.
Nov.	187,25-188,25	187,00-188,00
Dez.	188,25-189,00	188,00-188,50
Nr. 2 Nov.	178,50-179,50	178,50-179,50
Nr. 3 Nov.	176,00-177,00	176,00-177,00
Nr. 4 Nov.	171,00-172,00	171,00-172,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	15.10.	14.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15.10.	14.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	258,09-258,28	259,37-259,75
drittf. M.	266,56-266,75	268,02-268,21
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	106,55-106,74	106,00-106,19
dritt. M.	108,06-108,43	108,45-108,64
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1137,03-1138,91	1123,94-1125,82
dritt. M.	1153,97-1155,86	1144,62-1146,50
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	163,40-163,78	162,39-162,77
Prod.-Pr.	194,57-207,89	207,48
REINZINN 99,9 %	3554-3589	3559-3594

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	15.10.	14.10.
	29,96	29,95

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15.10.	14.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	371,98-375,18	374,96-378,15
BLEI in Kabeln	114,25-115,25	113,75-114,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rondb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	15.10.	14.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	334-335	337
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	368-371	370
MS 63	358-361	360-364

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	15.10.	14.10.
Leg. 225	330	330
Leg. 226	332	332
Leg. 231	365-375	365-375
Leg. 233	375-377	375-377

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	15.10.	14.10.
PLATIN (DM/g)	29,60	29,60
GOLD (DM/kg Feingold) Bank-Vkfpr.	28440	28290
Rückn.-Pr.	27698	27548
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	28570	28500
Rückn.-Pr.	27830	27770
verarbeitet	29970	29900
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	28000	27940
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	549,60	545,40
Rückn.-Pr.	533,20	529,20
verarbeitet	573,70	569,40

Internationale Edelmetalle

	15.10.	14.10.
GOLD (US-$/Feinunze) London 10.30	326,85	326,60
15.00	327,00	326,65
Zürich mit.	326,90-327,40	326,60-327,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	85600	85500
SILBER (p/Feinunze) London Kasse	442,80	440,40
3 Mon.	454,95	452,45
6 Mon.	466,20	463,95
12 Mon.	489,90	487,45
PLATIN (£/Feinunze) London fr. Markt	228,05	227,15

PALLADIUM (£/Feinunze) London	14.10.	11.10.
f. Händl.-Pr.	71,15	71,10

New Yorker Metallbörse

	14.10.	11.10.
GOLD H & H Ankauf	geschl.	325,85
SILBER H & H Ankauf	geschl.	621,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	322,00-323,00	322,00-323,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	102,00-103,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze) Okt.	626,50	626,00
Dez.	633,00	632,50
Jan.	637,90	637,40
März	646,00	645,50
Mai	655,20	655,00
Juli	664,70	664,20
Sept.	674,90	674,40
Umsatz	6500	12000

KUPFER (c/lb)	14.10.	11.10.
Okt.	60,90	60,90
Dez.	61,55	61,60
Jan.	61,85	61,90
März	62,30	62,35
Mai	62,65	62,70
Juli	63,00	63,00
Sept.	63,35	63,40
Umsatz	2400	5800

Londoner Metallbörse

	15.10.	14.10.
ALUMINIUM (c/lb) mitt. Kasse	685,00-686,00	685,50-686,50
3 Mon.	708,00-708,50	707,50-708,50
BLEI (£/t) mitt. Kasse	283,00-283,50	279,50-280,50
3 Mon.	287,00-288,00	284,00-286,50
KUPFER Highergrade (£/t) mitt. Kasse	967,50-968,00	977,00-977,50
3 Monate	990,00-990,50	999,00-999,50
ab. Kasse	–	974,50-977,50
3 Monate	–	998,00-998,50
KUPFER-Standard mitt. Kasse	949,00-958,00	956,00-959,00
3 Monate	974,00-975,00	983,00-984,00
ZINK (£/t) mitt. Kasse	449,00-449,50	431,00-433,00
3 Monate	454,50-455,00	–
ZINN (£/t) mitt. Kasse	8798-8800	8790-8800
3 Monate	8680-8681	8690-8695
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	65-70

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	14.10.	11.10.
Nov.	81,95-82,15	81,35-81,50
Dez.	82,10-82,25	82,35-81,45
Jan.	82,00-82,15	81,15-81,25
Febr.	80,60-80,70	79,60-79,80

GASÖL – London ($/t)	14.10.	11.10.
Nov.	249,50-249,75	248,00-248,50
Dez.	247,50-247,75	246,00-246,25
Jan.	245,75-246,00	244,50-244,75
Febr.	243,00-243,50	241,75-242,25
März	235,50-236,75	234,75-235,00
April	227,50-228,50	228,25-228,50
Mai	224,00-225,75	224,50-225,00
Juni	222,00-224,00	224,00-224,25

BENZIN – New York (c/Gallone)	14.10.	11.10.
Nov.	78,35-78,45	78,25-78,40
Dez.	75,35-75,45	75,20-75,40
Jan.	73,20	72,60-72,70
Febr.	72,50	72,00
März	72,80	72,05

ROHÖL – New York ($/Barrel)	14.10.	11.10.
Nov.	29,00-29,11	28,71-28,75
Dez.	28,42-28,48	27,99-28,04
Jan.	27,80-27,87	27,39-27,43
Febr.	27,30-27,34	26,86
März	26,85	26,45

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	14.10.	11.10.
Arabian Lg.	27,80	27,80
Arabian Hv.	25,55	25,55
Iran Li.	–	–
Forties	28,20	28,30
N.Sea Brent	27,65	28,30
Bonny Light	28,65N	28,85N

Kartoffeln

London (£/t)	14.10.	11.10.
Nov.	61,40	62,50
Febr.	65,00	67,00
April	76,00	79,30
Mai	82,10	85,10

New York (c/lb)	14.10.	11.10.
Nov.	2,05	2,05-2,10
März	2,18-2,23	2,25
April	2,28-2,37	2,28-2,35
Mai	2,52	2,53

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	14.10.	11.10.
Nov.	134,50-134,30	134,00-133,70
Jan.	136,90-136,60	138,10-137,80
März	143,10-142,90	144,10-144,50
Mai	147,90	149,00-149,30

Devisenmärkte

Ein weiterer Tag ohne nennenswerte Bewegung ist am 15. 10. von den Devisenmärkten zu melden. Der US-Dollar startete bei 2,6580 und wurde im späteren Verlauf bis 2,6640 bezahlt. Die Furcht vor Interventionen der Zentralbanken lasterete weiterhin auf dem Markt, commerzielle Nachfrage stand erneut dagegen. Zum amtlichen Kurs von 2,6615 verkaufte die Bundesbank 49,1 Mill. Dollar. Auch im Freiverkehr war sie über 2,6625 dabei. Die übrigen Währungen lagen wenig verändert. Unter den nichtamtlich notierten Währungen fiel der Südafrikanische Rand um 1,7 Prozent zurück. US-Dollar in: Amsterdam 3,0010; Brüssel 53,955; Paris 8,1175, Mailand 1797,00; Wien 18,70; Zürich 2,1846; Ir. Pfund/DM 3,094; Pfund/Dollar 1,4121, Pfund/DM 3,758.

Devisen und Sorten

15.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6573	2,6653	2,6367	2,55	2,65
London[2]	3,751	3,765	3,695	3,67	3,82
Dublin[2]	3,087	3,101	3,057	3,03	3,18
Montreal[1]	1,9382	1,9462	1,9238	1,88	1,98
Amsterd.	88,615	88,835	88,470	87,75	89,50
Zürich	121,72	121,92	121,84	120,25	123,00
Brüssel	4,925	4,945	4,891	4,76	4,96
Paris	32,72	32,88	32,350	31,75	33,50
Kopenh.	27,52	27,64	27,305	26,50	28,25
Oslo	33,515	33,635	32,975	32,50	34,25
Stockh.**	33,26	33,42	32,565	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,4765	1,4845	1,449	5,43	1,53
Wien	14,207	14,247	14,20	14,13	14,35
Madrid**	1,638	1,648	1,608	1,56	1,68
Lissabon**	1,620	1,640	1,540	1,20	2,00
Tokio	1,232	1,235	–	1,18	1,25
Helsinki	46,515	46,715	45,695	45,00	47,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,68	1,734	–	1,50	2,30
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,852	1,871	–	1,80	1,90
Johannbg.*	0,973	1,007	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 14.10.: In D-Mark 2,20962 (Parität 2,24184); In Dollar 0,83130 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 15.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminkurse lagen am 15. Oktober erneut unverändert im Markt bei geringen Umsätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85-0,75	2,34-2,24	4,72-4,52
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,13-1,10	1,87-1,87
Pfund/DM	2,00-1,60	6,90-5,30	12,3-10,7
FF/DM	23-7	55-39	105-89

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	3¼-4⅛
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4⅛-4¼
6 Monate	8⅛-8¼	4⅝-4⅞	4⅛-4¼
12 Monate	8⅜-8½	4¾-5	4¼-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1390,30
5 US-Dollar (Indiana)**	770,00	930,90
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	207,75	259,64
1 £ Sovereign Elizabeth II.	199,50	250,25
20 belgische Franken	159,00	209,76
10 Rubel Tscherwonez	206,75	265,06
2 südafrikanische Rand	193,75	242,54
Krüger Rand, neu	871,50	1033,41
Maple Leaf	881,75	1045,10
Platin Noble Man	877,50	1040,25
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,25	275,03
20 schweiz. Franken „Vreneli"	179,50	233,13
20 franz. Franken „Napoléon"	171,00	224,01
100 österr. Kronen (Neuprägung)	840,00	991,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	160,50	205,77
10 österr. Kronen (Neuprägung)	83,25	112,01
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	376,75	463,79
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	87,50	122,55

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15.10: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,80 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,80 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 14.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer) Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,33) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 99,40, Rendite 6,53.

Junge Aktien

Berlin: Herpens 530,00 T, Kolbus 880,00 G; Hoch 1650,00 G. Düsseldorf: BASF 245,00, IWK –, Linde –, Metallges. 292,00, Nixdorf 557,00, Schering 527,00, Schering 527,00, VEW 141,50. Frankfurt: Altweiler St. 265,00 bG, Altweiler Vz. 208,00 bG, BASF 246,50, Frankona 530,00 T, IWK 295,00, Linde 500,00, Magdeburger Feuer 435,00 G, Magdeburger Feuer Namen 520,00 B, Metallges. 300,00, Moto Meter 215,00, Nixdorf 584,00, Schering 532,00, VEW 139,20, Wicüle 7,40. Hamburg: Schering 528,00. München: BASF 245,00 bG, Bremer Wolle 175,00 G, Isar Amper 348,00, IWK 291,00 bG, Linde 345,00, Metallges. 295,00 G, Nixdorf 558,00, Schering 530,00 bG, Stumpf 108,10 G, VAB 1950,00 B, Wanderer 570,00 B

Bezugsrecht: Zanders Feinpapier

Verhältnis: 3:1:140 DM – Abschlag: 255 DM – Bezugsrecht: 22 DM
Commerzbank Branchenindex: 110,219 (110,348)
Performance-Index: 228,219 (228,069)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte 126,00 (124,95); Elektrowerte 225,34 (216,53), Autowerte 510,18 (508,85); Maschinenbau 170,15 (166,18); Versorgungsaktien 145,87 (145,94); Banken 229,74 (226,64); Warenhäuser 86,70 (84,15); Bauwirtschaft 235,34 (235,22); Konsumgüterindustrie 126,95 (126,05), Versicherung 1141,14 (1139,69); Stahlpapiere, 171,11 (171,32)

Kursgewinner:

AEG	205,00	+45,50	+28,5%
Dr. Steinweg	340,00	+40,00	+14,8%
Engelhardt Brau	230,00	+12,00	+5,4%
Metallges.	330,00	+19,00	+6,3%
Linde	489,50	+27,50	+6,1%
Commerzbank Rente	14,90	+0,80	+4,9%
Binding Vz.	282,00	+11,00	+4,7%
Hindrich Aufl.	228,00	+10,00	+4,7%
Kraft. Rheinf.	241,00	+11,00	+4,7%
Nord Hypo	100,00	+4,00	+4,0%

Kursverlierer:

Bayer AG	290,00	-100,0	-25,6%
Henninger Brau	133,00	-4,90	-4,5%
Zeiss Ikon	274,00	-14,00	-4,8%
Hagedo	115,00	-5,00	-4,1%
Asko	1110,00	-40,00	-3,6%
Eichbaum Brau	173,00	-7,00	-3,8%
Zeiss Werke	125,00	-5,00	-3,8%
Berliner Kindl	127,00	-5,00	-3,7%
Thyssen Ind.	123,50	-4,50	-3,5%
VGT	254,00	-9,00	-3,3%

Dollar-Anleihen

	14.10.	11.10.
11¼ EEC 90	102,875	102,875
10⅝ EIB 95	100,125	100,125
11 dgl. 91	102,125	102,125
11⅝ dgl. 90	104,25	104,25
11⅞ dgl. 95	105,375	105,375
12 dgl. 95	106,25	106,5
12⅛ dgl. 90	107,75	107,75
12⅞ dgl. 94	110,625	110,625
13 dgl. 94	109,875	109,875
10⅛ Wld Bk 95	97	97
10⅞ dgl. 88	102	102
10⅞ dgl. 90	102,125	102,125
10⅞ dgl. 95	101,625	101,625
11 dgl. 92	101,75	101,75
11⅛ dgl. 98	102,625	102,625
11¼ dgl. 88	103,625	103,625
11⅜ dgl. 90	103,5	103,25
11⅝ dgl. 89	103,375	103,375
11¾ dgl. 90	104,375	104,375
12 dgl. 93	106,5	106,25
12⅛ dgl. 94	107,75	107,75
12⅞ dgl. 94	110,875	110,375
7¾ N.Zeald.89	102,5	102,625
8¾ dgl. 87	103,125	103,125
7 Pac.Gas 94	101,125	101,25
6¾ Penney 92	99,5	99,5
6¾ Procter 92	100,625	100,875
6¾ Sears 91	102,625	102,625
6¾ Swed.Ex.91	100	100
7 TRW 94	101,25	101,25
6¾ Un.Tech.92	99,375	99,5
6¾ World Bk90	100,375	100,5

Euro-Yen

	14.10.	11.10.
6¾ Al.Corp 91	99,875	100,125
5¾ ADB 88	97,625	97,625
7¾ dgl. 94	102,375	102,5
8½ Austral.91	101,375	101,375
8¼ dgl. 92	105,375	105,375
7 Austria 95	101,5	101,875
6¾ Avon 91	99,875	99,25
7 BP 92	102,5	102,625
6¾ Denmark 92	99,375	99,5
7 Denm.Bk. 92	100,125	100,375
7 Dow Chem.94	100,375	100,75
6⅞ EDF 95	101,5	101,375
6⅝ Eurofima86	99,75	99,75
6½ dgl. 95	98,75	99
6¾ dgl. 92	99,375	99,875
6¾ Finl.Rep90	99,875	100,125
8¾ dgl. 89	101,25	101,25
6½ GMAC 90	99,5	99,625
7⅛ Goodyear95	100	100,125
6⅞ dgl. 94	98,75	99,125
7½ IADB 94	102,25	102,25
7⅞ dgl. 93	102,625	102,625
6¾ Intel 92	97	97
6¾ ITT 92	98,875	99,125
6¾ McDonal.92	99,125	99,575
7¾ N.Bruns.95	101,875	102
7⅞ N.Zeald.90	101,5	101,625

Lux. Franc Bonds

	14.10.	11.10.
9¾ Alcan 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	101,75	101,75
6¾ Asian Dv87	97	97
10⅛ BFG Lux90	103,75	103,25
11 BNP 90	101,75	101,5
9 dgl. 93	101	101
10⅞ Paribas89	102,75	102,75
10⅛ Ceca 94	104,5	104,5
11 dgl. 92	105,5	105,5
13 dgl. 91	104	104
12⅛ Coneel92	105	105
8 Copfol 88	98,25	98,25
8¾ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7⅞ Den.Mrg 88	96,5	96,5
10⅝ Euratom96	105	105
11 dgl. 95	105	105
12⅛ dgl. 88	102	102
12⅛ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103	103
10 dgl. 94	103,5	103,5
10⅛ dgl. 87	100,5	100,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9¾ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¾ dgl. 93	102,875	102,875
10⅝ dgl. 94	105,5	105,5
11⅛ dgl. 88	101	101
12⅛ dgl. 90	102,5	102,5
9⅝ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	101,25	101,25
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	102,75	102,75
8 Luxair 87	98,75	98,75
8¾ dgl. 87	99,25	99,25
10⅛ Lux Bk.91	102,5	102,5
12⅛ dgl. 89	105	105
10⅝ Lux Al.92	103,5	103,5
12⅞ Nord L.89	102	102

	14.10.	11.10.
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 87	98,25	98,25
8¾ dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,5	96,5
9¾ Sogenal 92	101	101
8 Solvay 85	99,5	99,5
10¾ dgl. 87	102	102
10⅝ Stockh.86	100	100
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9¾ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅛ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	14.10.	11.10.
8¾ Cop City91	97	97
8¾ CCA 91	97,5	97,5
9¾ Gas d Frкs	99	99
11⅛ Ned. G.88	102,5	102,5
9¾ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅛ SDR 94	98	98

RE 9 DM 2,65627

	14.10.	11.10.
7 Boss 91	90	90
8¾ Cp Cty 86	98,5	98,5
8⅛ Iceland 86	98	98
9¾ dgl. 86	99,5	99,5
9⅛ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	14.10.	11.10.
7 Acoba 93	90	90
7 Cop.City 93	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7⅛ KU 93	92	92
7¾ dgl. 93	92	92
8⅛ Panama 93	90	90
7 SDR 93	90	90

ECU

	14.10.	11.10.
11⅛ Aerosp.93	106	106
9¾ ABN 92	105,375	105,125
9¾ ANZ 92	103,875	103,875
10⅝ Austria93	107,375	107,375

	14.10.	11.10.
9¾ Bac.Fin 95	100,25	–
9 M.+Hope 92	103,375	101,375
10⅝ Bk.Tok.91	108,25	103,375
10⅝ dgl. 91	108,25	108,125
8¾ Bay.Vbk.88	92,25	99,75
10⅝ CEPME 87	101	101
11⅛ dgl. 95	108	108
12⅛ dgl. 90	107	102
9¾ CNT 92	105,875	105,875
9⅝ dgl. 95	104	104
12 dgl. 86	99,5	99,5
12⅛ dgl. 89	104	104
12⅛ dgl. 92	109	107
11⅛ CNE 95	108	108
10⅝ CECA 89	108,125	108,125
10 Chrysl.91	102,875	102,875
10⅝ dgl. 93	108	108,125
11⅛ Cityco 90	101	101
13 dgl. 89	109	101
14⅛ Commif90	109	109
9¾ dgl. 92	102,875	102,875
9⅛ dgl. 95	103	103
11⅛ Cp.City94	106	106
10⅝ Cop Tel95	105,25	105,25
13⅛ Cd.Fonc89	106	106
11⅛ dgl. 96	107,25	109,25
11⅝ Cred N.91	102	107
12⅛ dgl. 93	109	109
10⅝ Denmark91	107	107
9⅝ Dresd.Bk95	102	102
12⅛ EDF 95	108	108
11⅛ EEC 95	107	107
11⅛ EEC 93	106	106
11⅛ EIF Ng.88	104	104
10 Euratom 97	104,875	105,175
12⅛ dgl. 90	104	104
9⅝ Eurofima93	105	105
11 dgl. 92	108,625	108,625
10⅛ EIB 94	105,625	105,5
11⅛ dgl. 94	110,75	110,625
11⅛ dgl. 91	106	106
15⅛ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8⅛ Fiat 90	97	97
11⅛ Forsm. 90	103,75	103,75
13 G.d.Fr. 89	108	108
10⅛ Ghoz. 95	107,5	107,5
8⅛ IBM 90	99,25	97
11⅛ IBJ 93	104	104
12⅛ Ireland91	103,6	103,5
14⅛ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11⅛ Italia 90	108,875	108,875
14 dgl. 89	107	107
11⅛ LTCB 90	108,575	108,375

	14.10.	11.10.
10⅛ Mogal 95	104,125	104,75
13⅛ [illegible] 90	105	105
8⅛ Oliv. 95	99,125	99,125
10⅛ Peugeot90	104	104
9 Philips 93	100,75	100,75
11⅛ P.Bk. 91	107	107
11⅛ Queb.P 89	102,25	107,25
13⅛ Queb.H.89	107	107
9⅛ Rabobk. 93	103,625	103,625
11⅛ [illegible] 88	104	104
9 SAS 93	99,75	99,75
11⅛ SDN 90	104,5	104,5
14 dgl. 92	105	105
11⅛ SNCF 94	109	109
13 Sofer 87	105	105
11⅛ S.Afr. 89	98	98
10⅛ SAFS 2000	95,25	95,25
10⅛ Spark.91	104	103,875
9 Sumitomo 93	100	100,25
9⅛ dgl. 95	99,25	99,25
11 Swed.Ex.89	102	102
11⅛ dgl. 95	99,5	99,5
12⅛ Swedr 87	105	105
9 U.B Norw.95	99,375	99,375
11⅛ dgl. 96	104	104
9⅛ WestLB 90	104,5	104,5
10⅛ dgl. 91	104	104
9⅛ World Bk95	103,125	103,125
9⅛ dgl. 92	104,125	104,125
10⅛ dgl. 88	100,75	100,625
10⅛ dgl. 88	106	106
10⅛ dgl. 94	108	108
11 dgl. 93	108,125	108,125

ECU-Tageswerte

	14.10.	11.10.
Dollar	0,831306	0,832097
bfr	44,7992	44,9057
DM	2,20962	2,21193
hfl	2,49018	2,49264
£	0,588745	0,590707
dkr	8,01090	8,02672
FF	6,73775	6,74447
lira	1490,95	1492,14
Ir£	0,714182	0,71520
sfr	1,81074	1,81697
öS	15,5280	15,5336
Peseta	134,43	134,888
Skr	6,43946	6,46527
Nkr	6,57274	6,58614
Kan-$	1,13740	1,14007
Esc	136,335	134,595
Fmk	4,74220	4,74835
Yen	179,806	178,865
Drachme	129,442	110,489

Wetterfrosch der Sprache

Fx. – „Heute abend oder morgen werde ich ins Kino gehen, und nachdem das Kino beendet sein wird, werde ich in der Kneipe noch ein Bier trinken."

Kein Mensch spricht so. Oder genauer: Früher hat jedenfalls niemand so gesprochen. „Heute abend gehe ich ins Kino", hieß das einmal, oder: „Im nächsten Jahr fahre ich nach Italien." Aus einem derartigen Hinweis auf den Zeitpunkt hörte jedermann heraus, daß das im Präsens gebrauchte Verb futurische Bedeutung hat.

Die deutsche Sprache erlaubt das. Sie kennt, was Sprachwissenschaftler das „futurische Präsens" nennen – obwohl es in der Grammatik die umständliche Konstruktion mit „werden" gibt.

Die Italiener, Spanier und Griechen machen es nicht anders, und die hier anzuzeigende neue Sprachmacke kann denn wohl nicht daher rühren, daß viele Deutsche seit Jahrzehnten in diesen Ländern Urlaub machen. Aber wie steht es mit England? Dorthin treibt es vorzugsweise die Liebhaber rauher Witterungsbedingungen, und das Futur ist dort obligatorisch.

Ja, genau dort liegt wohl die Ursache des Übels, und zwar in Gestalt der ostwärts ziehenden Wetterfronten. Genauer gesagt: Frau Dr. Karla Wege ist an allem schuld, die Wetterfröschin vom ZDF. Auf ihrer Warte in Offenbach hat sie ständig mit Meldungen in englischer Sprache zu tun, und deren Grammatik benutzt sie treuherzig – wenn auch ungenau –, wenn sie um 19.18 Uhr in unsere Wohnzimmer hinein plaudert. „Während der Nacht wird es sich bewölken", sagt sie etwa, „und morgen regnet es. Die Temperaturen werden bei 18 Grad liegen; der Wind kommt aus nordwestlichen Richtungen."

Da ist also ein Wetterfrosch, der Sprachgeschichte macht. Oder sehen wir das zu scharf? Jedenfalls sprechen immer mehr Leute so wie Frau Dr. Wege in ihrem Wetterbericht. Übrigens hat die Sache auch ihr Gutes: Man benötigt beim falschen Futur-Gebrauch nur noch das Hilfsverb „werden", und bei allen anderen Verben kommt man mit dem Infinitiv aus. Gesegnet seien die von England heranziehenden Tiefdruckfronten!

Berlin gibt sich ein Stelldichein in London – Die Royal Academy of Art zeigt „Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert 1905-1985"

Mit einem Blitzschlag kündet Beuys vom Zeitgeist

An Piccadilly wehen in langer Reihe deutsche Fahnen und Union Jacks. Deutsche Kunsthändler, Kritiker, Museumsleute bis ins hinterste empfohlene China-Lokal. Und: Halb Kunst-Berlin war zur Eröffnung an die Themse gejettet, Galeristen, Sammler und Vernissagentiger. Und um denn auch persönlich und verbal Berlins Anspruch einer Kunstkapitale dieses Jahrhunderts zu vertreten und seine Verbeugung vor der Berliner Herkunft und Thematik vieler Künstler und zweier der drei Ausstellungskommissare zu machen, schwebte sogar der Regierende Bürgermeister mit seinem Wissenschafts- (nicht dem Kultur-) Senator Kewenig und dem SPD-Politiker Harry Ristock eigens für ein paar Stunden ein.

Man traf viel Prominenz, darunter Ex-Premier Carrington, den früheren britischen Botschafter in Bonn, Sir Frank Roberts, und seinen Nachfolger am Rhein, Sir Julian Bullard. Der frischgebackene Kunstminister ihrer Majestät, Luce, freute sich, eine Weile dem konservativen Parteitag in Blackpool zu entfliehen. Daß die Ausstellungsmacher Christos Joachimides, Norman Rosenthal und Wieland Schmied die Regierenden an den Piccadilly gelotst hatten, geschah nicht ohne Hintergedanken: Diepgen ließ in schneller Begeisterung nach raschem Rundgang voreilige Sympathie für eine Neuauflage von „Zeitgeist" an der Spree ertönen.

„Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert" ist der Auftakt einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, mit denen die Royal Academy verschiedene Kunstnationen der Moderne vorstellen will. Ursprünglich sollte das Unternehmen Hand in Hand mit Berlins Neuer Nationalgalerie verwirklicht werden, aber es kam zum Bruch. Nun hat Berlin das Nachsehen. Es blieb auf den undankbaren vier Jahrzehnten seit 1945 sitzen (vgl. WELT v. 1. 10.) und verhakte sich gleich mehrmals tüchtig.

Die von deutschen Industrieunternehmen käftig gesponserte Londoner Ausstellung aber kann im ersten Teil mit der publikumsattraktiven klassischen deutschen Moderne in einem Maße auftrumpfen, daß dem Betrachter unentwegt die Luft wegbleibt. Die Säle der „Brücke" (das Gründungsjahr 1905 bildet den Auftakt), des „Blauen Reiters" und anderer Expressionisten komprimieren allein schon farblich eine lustvolle, sinnliche Spannung, die nur noch übertroffen wird durch den immensen Saal, in dem Beckmann, Corinth und die Skulpturen Lehmbrucks zugleich bis in die Gegenwart den Weg weisen und etwas vom leitmotivischen Geist deutscher Kunst und deutschen Künstlerschicksals in diesem Jahrhundert vermitteln: Leiden, Angst und Visionen (besonders in den frühen obsessiven Großstadtapokalypsen von Meidner).



Von den Briten als „typisch deutsch" empfunden: „Apokalyptische Stadt" von Ludwig Meidner (1913), aus der Ausstellung in der Royal Academy, London FOTO: WESTFÄLISCHES LANDESMUSEUM

Denn wo die Berliner Ausstellung eine „deutsche" Komponente ausdrücklich verneint und ganz auf den „Regionalismus" nach dem Kriege, auf Namen und Richtungen setzen muß, können die Londoner Macher mit Verve darauf hoffen, daß es ein deutsches Element durchaus gibt. Dieses Insistieren trägt in der ersten Abteilung glänzend Früchte. Es bestätigt sich noch einmal, wenn auch Äußere und Innere Emigration mit Klee und Baumeister, Feininger und Schlemmer, Ernst, Nay, Wols und mit Oelzes metaphysischer „Erwartung" die Mitte der Schau geradezu als Engpaß markieren.

1938, als wenige Meter von der Royal Academy entfernt eine Ausstellung die „entarteten" Künstler aus Deutschland mit einer prominenzgeförderten Ausstellung in den New Burlington Galleries ehrte, hatte der Kritiker der „Times" vieles gegen diese Bilder einzuwenden. Aber er schrieb damals auch, die Nazis müßten diese Kunst schon zwangsläufig verfehmen, nicht etwa weil sie „jüdisch", sondern weil sie „charakteristisch deutsch" sei – und zwar im Sinne der Dichter des Sturm und Drangs und der Komponisten der Romantik, mit subversiver Kraft gegenüber einem tyrannischen Regime.

Deutsche Kunst ist erst in den letzten Jahren den Briten nähergekommen, nicht zuletzt dank Wieland Schmieds Ausstellung Neuer Sachlichkeit. Es gibt jetzt in London ein Wiedersehen mit einigen bereits damals gezeigten Werken von Schad und Dix in einem phänomenalen Raum, in dem auch die beiden Tafeln von Grosz' „Stützen der Gesellschaft" hängen. Überhaupt hat der deutsche Besucher immerfort das Gefühl, jene herausragenden Bilder leibhaftig vor sich zu sehen, die er permanent als ein imaginäres Bildungs-Museum mit sich im Kopf herumträgt. Den Briten freilich ist vieles bis dato unbekannt und fremd geblieben – zu „strong", wie der „Observer" notierte.

Insofern ist die forsche Unverschämtheit nicht verzeihlich, mit der die Macher auf ihre „objektive" historische Schau eine äußert subjektive Auswahl dessen folgen lassen, was sie an der deutschen Kunst nach dem letzten Kriege noch erwähnenswert finden. Demnach wäre der überwiegende Teil der Bilder, die momentan in der Nationalgalerie ausgestellt sind, nichts als Abfall der Kunstgeschichte. Im wesentlichen sind nur die beiden Zentren Düsseldorf (die ZERO-Leute nebst Klapheck und Gerhard Richter) und, im weitesten Sinne, Berlin präsent. Was im vorderen Teil, nur ausnahmsweise, Schwitters und Max Ernst gegönnt wird, nehmen Penck, Baselitz, Koberling, Lüpertz, Hödicke in Hülle und Fülle in Anspruch: die doppelte Anwesenheit mit verschiedenen Werkphasen.

Auch hier waltet ein „deutsches" Auswahlprinzip: Es gründet nicht nur in den historisch lastenden Mythen, die bei Kiefer und Lüpertz assoziiert werden, sondern es postuliert ein autonomes Kriterium unverwechselbar deutscher Kunst. Alles was es da sonst noch gab, ob Informel, Pop, Realismus oder Konzept, sei ausländisch infiziert und der internationalen Rede nicht weiter wert. Der britische Besucher wird dieser Regie, die er ja für „objektiv" halten muß, mühelos auf den Leim gehen!

Die Trias, die uns zunächst bestürzend schöne Antworten auf die Frage liefert: Was hat sich bis zur Mitte des Jahrhunderts als beständig, gar „klassisch" erwiesen, projiziert für die letzten Jahrzehnte ihr eigenes kritisches Bewußtsein in die Zukunft: Was wird einstens wohl unter die klassische Moderne fallen? Dies ist die Selbstherrlichkeit heutiger Ausstellungsinszenatoren, die Kunst gar nicht erst nach ihrem Stellenwert in der Gegenwart befragen, sondern flott danach auswählen, inwieweit sie das kritsche Kalkül des Vermittlers mit allen freundschaftlichen Vorlieben einmal im Jahr 2020 als epochemachend nachweisen kann. Um nicht Gefahr zu laufen, jemals von Gestern gewesen zu sein, ist man heute ganz und gar von Morgen.

Zugleich im Mittelpunkt, und auch ein bißchen einzelgängerhaft beiseite gerückt, hat der eben von schwerster Krankheit genesene Joseph Beuys mit wenigen wichtigen Werken ein Environment komponiert – darunter die „Straßenbahnhaltestelle" und der von einem eigens eingezogenen Eisenträger herabhängende, bronzene „Blitzschlag", der auf den Berliner „Zeitgeist" zurückgeht. Eine beklemmend dramatische Inszenierung, die noch einmal Leiden und Gefangensein beinahe schicksalhaft zusammendrängt. Es wunderte nicht, an dieser Stelle von Beuys ein schönes persönliches Bekenntnis zu Wilhelm Lehmbruck zu hören. (Bis 22. Dez., Kat. 14,90 Pfund)

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Deutscher Tanzrat soll gebildet werden

AP, München

Die Gründung eines „Deutschen Tanzrates" am 1. Juli 1986 sowie die Errichtung einer „Nationalen Stiftung für den Tanz" wird in den nächsten Monaten von einer Kommission vorbereitet. Nach Beratungen von 70 Vertretern aller Tanzbereiche kündigte der Sprecher des Organisationskomitees, Rolf Garske, in München an, daß in dem Tanzrat sowohl alle professionellen Bereiche des Tanzes als auch der Laientanz vereinigt werden sollten, um als Dachverband auf die öffentliche Meinung, Erziehung und Gesetzgebung einzuwirken. Rund vier bis fünf Millionen Bundesbürger seien bereits als Tänzer in Gruppen, Tanzkursen und Ballettschulen aktiv tätig.

Europäische Charta der Restaurierung

MvZ. Venedig

„Für eine europäische Charta der Restaurierung" heißt ein Studienkongreß, zu dem die Stiftung Levi in Venedig internationale Fachleute eingeladen hat. Er beginnt heute und dauert bis zum 19. Oktober. Ziel dieses Beitrags zum europäischen Jahr der Musik ist es, die bisher fehlende Katalogisierung alter Instrumente sowie eine Dokumentation der Konservierungs- und Restaurierungstechniken zu beschleunigen.

Bremer Kunstpreis erstmals verliehen

dpa, Bremen

Der in diesem Jahr erstmals verliehene „Bremer Kunstpreis" ist dem 1949 geborenen Schweizer Maler Martin Disler zugesprochen worden. Dies gab die Kunsthalle Bremen bekannt. Der Preis ist aus einer privaten Initiative unter Mitwirkung der Stadtgemeinde Bremen entstanden. Er gilt als Nachfolger des „Kunstpreises der Böttcherstraße", der aus finanziellen Gründen 1983 letztmalig verliehen wurde. Der Preis ist mit 20 000 Mark dotiert und wird an bildende Künstler vergeben, die im deutschen Sprachraum leben.

Drei Millionen Mark für die Filmförderung

dpa, Berlin

Die Vergabekommission der Filmförderungsanstalt in Berlin hat jetzt knapp drei Millionen Mark zur Unterstützung neuer Projekte vergeben. Mit 500 000 Mark wird der Film „Der Name der Rose" gefördert, bei dem Jean-Jacques Annaud Regie führen wird. Jeweils 350 000 Mark gehen an die Filme „Der Angriff" (Regie Theodor Kotulla), „Die Katze mit den Tigerkrallen" (Harald Vock), „Zischke" (Martin Theo Krieger), „Perahera" (F. J. Gottlieb) und „Jocko-Mo" (Wolfgang Schumacher). Je 200 000 Mark wurden drei weiteren Filmen zuerkannt.

Meteoritisches Eisen in Bayern entdeckt

D. B. Würzburg

Der Würzburger Geologiestudent Michael Appel hat bei Kartierungsarbeiten nahe der Ortschaft Tettenwang unweit von Riedenburg in Bayern ein umfangreiches Eisenerzvorkommen wahrscheinlich meteoritischen Ursprungs entdeckt. Es stammt vielleicht aus der Zeit der Ries-Katastrophe vor etwa 14,7 Millionen Jahren im Jungtertiär. Damals hatten riesige Meteoritenbruchstücke zwei heute noch erkennbare Krater geschlagen: das Steinheimer Becken in Württemberg mit einem Durchmesser von etwa 3,5 Kilometern und das Nördlinger Ries in Bayern mit einem Durchmesser von nahezu 25 Kilometern.

Quer durch den Belcanto: Das 5. Hermann-Prey-Festival in Bad Urach

Konkurrenz für singende Gondolieri

Die alte schwäbische Residenzstadt Bad Urach hat sich aus ihrem jahrhundertelangen Dornröschenschlaf durch einen Musensohn wachküssen lassen: Hermann Prey wurde als künstlerischer Leiter der herbstlichen Musiktage nach Urach geholt. Dieses Prey-Festival fand in diesem Jahr zum fünften Male statt. Prey erhob als Sänger logischerweise die Stimme zum obersten Prinzip der Uracher Musiktage und stellt ihnen jedes Jahr ein anderes Motto voran. Heuer war der Belcanto an der Reihe.

Italienischer Gesang erklang also in seiner schönsten und eingängigsten Art, römisch, neapolitanisch und natürlich in den Liedern und Arien von Bellini, Donizetti, Verdi und Cilèa. Für Prey ist es keine Schwierigkeit, Künstler von Weltklasse nach Urach zu verpflichten: Sona Ghazarian, Mitsuko Shirai, Carlo Bergonzi und Peter Schreier sangen also Belcanto in Bad Urach.

Hermann Prey hat hier einen Freiraum für thematisch gut abgestützte Konzertreihen gefunden, wie er ihn in den Hauptstädten der Musik wohl schwerlich finden wird. In Urach ließ Prey den Belcanto von den volkstümlichen Ursprüngen in der Campagna her aufrollen. Das Ensemble Media Aetas Neapel sang und spielte die Tarantellen und Villanellen Neapels, die einmal den musikalischen Rohstoff der Opera buffa abgaben.

Weiter ging es in der Belcanto-Reise mit der Renaissance. Der Madrigalabend des Römer Madrigalstudios war ein Leckerbissen: Piero Cavalli mit seiner wuchtigen Gestalt und seinem wuchernden Bart könnte ein Urenkel Verdis sein. Er trieb sein Quintett zu Hochleistungen der Kehle. Zu Unrecht selten aufgeführt ist Banchieris lustiger Melodienreigen, der eine Fahrt auf dem von Goldoni spöttisch unter die Lupe genommenen Burchiello schildert. Das weltliche Madrigal des Bologneser Komponisten steckt voller Witz, Charme und oberitalienischer Deftigkeit.

Carlo Bergonzi bewies durch seinen Liederabend, in dem er von dem Italo-Amerikaner Vincenzo Scalera einfühlsam am Klavier begleitet wurde, daß der Belcanto beileibe *nicht* nur eine *Ausdrucksform* für draufgängerische Tenöre und sangeslustige Gondolieri sein muß. Belcanto à la Bergonzi ist gesungenes Gefühl. Er verströmt melancholische, manchmal larmoyante Empfindung in Kantilenen.

Den Schlußpunkt der Uracher Belcanto-Tage setzte Wolfgang Gönnenwein mit dem Chor und Orchester der Ludwigsburger Schloßfestspiele. Verdis Requiem wurde von den Frauen beherrscht: Merjana Lipovšek und die berauschende Gabriela Benačková-Čap, die zwei Tage zuvor als Desdemona in Stuttgart Triumphe feierte, glänzten inmitten einer Aufführung des Verdi-Requiems, die nicht zu Gönnenweins besten Wiedergaben des Werkes gehört, das er doch in- und auswendig kennt. Dieser Wermutstropfen verbitterte den guten Eindruck von den herbstlichen Musiktagen in Bad Urach jedoch keineswegs.

Hermann Prey hat in der kleinen schwäbischen Stadt eine Art Wahnfried gefunden, wo er nach Lust und Laune singen, planen und organisieren kann. Die Stadt wiederum hat sich mit Prey einen zugkräftigen Namen und den wendigen und erfahrenen künstlerischen Leiter verpflichtet. So verstehen sich beide prächtig, zum Vergnügen des Publikums. Nach dem in diesem Jahr Gehörten zu urteilen lohnt es, sich im Oktober nächsten Jahres eine musikalische Kur mit Franz Schubert (Prey gibt dann sechs Liederabende) am Fuße der Schwäbischen Alb verordnen zu lassen, denn das Rezept der herbstlichen Musiktage stimmt.

FERRY KEMPER

Bochumer Schauspielhaus: Martin Walsers Stück „Der Schwarze Schwan"

Und Rudi bringt es an den Tag

Er habe alles vernichtet, glaubt der Chirurg Goothein – und irrt sich. In einem Buch hat sein Sohn Rudi einen Brief gefunden, aus dem hervorgeht, daß sein Vater 1942 einen Transport von Häftlingen angefordert hat, die in dem von ihm geleiteten Vernichtungslager umgebracht werden sollen. Das ist die beklemmende Ausgangssituation für das Drama „Der Schwarze Schwan" von Martin Walser. In Bochum hat man das 1964 uraufgeführte und kaum nachgespielte Stück jetzt wieder ausgegraben.

Rudi tritt an, seinen Vater zum Bekennen seiner Schuld zu bringen. Der aber hat nach dem Krieg fünf Jahre im Gefängnis gesessen – im Gegensatz zu Professor Liberé, der damals Leibniz hieß und der sich den Gerichten entzog: Er erfand sich für jene Jahre ein zweites Leben, das er in Indien verbracht haben will. Frau Hille und Tochter Irm, die damals Hedi hieß, hat er auf diese Märchenwelt vergattert. Goothein glaubt freilich, daß mit der Verbüßung der Strafe die Schuld getilgt sei.

Zwei Weisen der neuerdings wieder viel beredeten „Vergangenheitsbewältigung" hat Walser zeigen wollen, von denen Rudi keine anerkennt. Darüber läßt sich kaum streiten, und der Wert von Walsers moralischem Einsatz vor 21 Jahren soll nicht verkannt sein. Um so unmoralischer war es, dieses Stück zu schreiben. Walser war es nämlich nicht zuvörderst darum zu tun, das Problem aufzureißen und die Handlung samt Vorgeschichte zu vermitteln. Kunst sollte es werden und damit, was er wohl nicht bedachte, konsumierbar.

Eine kompliziert verschachtelte und verschlüsselte Bühnenhandlung hat er dazu erfunden. Sie gipfelt in einer Theateraufführung in der von Liberé geleiteten Nervenheilanstalt, in die man Rudi brachte. Wie in Shakespeares „Hamlet", so soll auch dieses Stück Theater auf dem Theater die Wahrheit ans Licht bringen. Walser hat nur übersehen, daß zu diesem Zeitpunkt schon alles am Licht ist – auch des Autors Rechenfehler: Bei der Ankunft von Häftlingstransporten stets mit Hedi in einen Keller gesperrt, will Rudi einen SS-Mann bei der Selektion an der Todesrampe von Auschwitz gespielt haben. Da kann er höchstens fünf gewesen sein.

Es hilft nichts, daß Walser die Szenerie mit allerhand abstrusem Personal ausstaffiert – mit dem debilen Tinchen etwa, das in seiner BDM-Vergangenheit steckengeblieben ist und immer noch fürs WHW sammelt: Ein intellektuell verquastes, unsäglich verschwatzes Stück ist herausgekommen. Und daß es so selten gespielt wurde, hat seine Ursache nicht in dem Überdruß, den das Thema mittlerweile erzeugen mag, sondern in seiner mediokren Qualität, die ohne Namenszauber vermutlich überhaupt nicht auf eine Bühne gelangt wäre.

Auch ein Regisseur wie Valentin Jeker, dessen Name sonst für differenzierte Inszenierungen bürgt, kann mit diesem Stück nicht viel anfangen. Dies um so weniger, als er den vom Blatt gespielten Text, vor allem die Aufführung der Geisteskranken unter Anleitung des Herrn Rudi, ganz realistisch aufzäumt. So aber kann Jeker die Symbolfracht Walsers – vom Schwarzen Schwan (für SS) bis zum siebenarmigen Lebensbaum – trotz ihres hinderlichen Übergewichts nicht in seine Inszenierung einbringen, in der auch keine überragenden Schauspielerleistungen auszumachen sind.

Allenfalls behält man Lisi Mangold als Frau Liberé im Gedächtnis und, als besonders krassen Negativ-Wert, Urs Hefti als Goothein. Alle übrigen können nicht verhindern, daß man das Papier rascheln hört, auf das der so meisterliche Erzähler dieses entbehrliche Drama geschrieben hat.

KATHRIN BERGMANN

Zum Tode des russischen Pianisten Emil Gilels

Ergrübelte Romantik

So einfach auf einen Nenner zu bringen, als Virtuose, als Tastentiger, als Klavierlöwe, war Emil Gilels nicht. Nur darauf, daß er der größte russische Pianist seiner Generation war, einigte sich die Musikwelt irgendwann. Aber jeder hat an Gilels dann wohl doch andere Seiten gefunden, die ihm besonders behagten.

Natürlich: da gab es Gilels, den Rachmaninow-Spieler, der mit ungeheurer Pranke zuschlug, die Klavierkonzerte in eine gewaltige Monumentalität hochtürmte. Den Gilels, der Tschaikowskys b-Moll-Konzert mit einer geradezu gönnerhaften Allüre anschlug. Denn Gilels, der Virtuose, war stets auch auf Eleganz bedacht, auf Glättung der Kanten. Die pianistischen Hochgebirgstouren sahen bei ihm nie so gefährlich aus, wie sie in Wirklichkeit waren. Gilels sah auf Stil. Das hat ihm unter den Jüngeren in Rußland niemand nachmachen können.

Aber da war auch Gilels, der russische Anwalt der deutschen Klavierromantik, vor allem der Werke Robert Schumanns, freilich auch so rarer Stücke wie der As-Dur-Sonate Carl Maria v. Webers. Wie beseligend und mit welchem inneren Feuer Gilels diese Musik vortragen konnte! Nicht, daß er naiv gespielt hätte. Man spürte wohl, wie Musik da ergrübelt worden war, bevor sie im Konzertsaal oder auf der Platte zu Gehör kam. Aber der nachdenkliche Zug war doch gewichen, hatte einem symphatisierenden Verstehen der Musik Platz gemacht.

Wie kaum ein anderer russischer Pianist, ja mehr noch als der deutschstämmige Svjatoslaw Richter, war Emil Gilels im deutschen Repertoire zu Hause, mit der Komponisten-Troika Beethoven-Schubert-Schumann den Weg von der Klassik zur Romantik umfassend. Die Klavierklassik, Scarlatti also, Haydn und Mozart, bildeten indessen auch bei Gilels das Fundament. Gerade die Russen haben damit ihre Schwierigkeiten. Spieldosenmusik ist das oft nur, und die noch ohne Glen Goulds Pointen. Gilels, der gern Mozarts große Klavierkonzerte auf Tournee spielte, räumte damit früh auf, immer mehr Gefühl, ja Innerlichkeit bei Mozart findend, ohne ihn zugleich romantisch aufzuweichen. Das konnte Gilels wiederum nur gelingen dank seines ausgeprägten Stilgefühls, seiner



Russischer Anwalt deutscher Klavierwerke von der Klassik bis zur Romantik: Emil Gilels (1916–1985) FOTO: MÜNCH

Kontrolle, seiner Beherrschtheit. Die Korrektheit in Person war Gilels auch im Umgang mit seinem Staat. Er absolvierte Auslandstourneen, wenn sie erwünscht waren, und er muckte nicht auf, wenn sie nicht stattfanden.

Er ließ sich vor einigen Jahren in Holland zu einem Konzert zwingen von seinem Moskauer Troß. Das hat nicht gut getan. Noch am selben Abend erlitt Gilels einen schwerzen Herzinfarkt, von dem er sich so ganz nie mehr erholt hat. Die Auftritte wurden seltener, sein Spiel schwächer, schließlich verstummte es nach weiteren gesundheitlichen Attacken ganz. 1916 in Odessa geboren, ist Emil Gilels nun, wenige Tage vor seinem 69. Geburtstag, nach dem Gregorianischen Kalender am 19. Oktober, gestorben. Zahlreiche Schallplatten bewahren sein Werk – auch wenn er im Konzertsaal stets vitaler spielte als im Studio. Den Aufnahmen aus seiner besten Zeit, so um 1960, konnte aber niemand den Lorbeer streitig machen – außer ihm selbst.

REINHARD BEUTH

Vom Fernsehen ins Kino: Götz George als Schimanski in „Zahn um Zahn"

Der ruppige Rächer vom Ruhrpott

Industriebrache, Sprengkommando, ein Betonkoloß sackt in sich zusammen – Zeitraffer, Schwindelgefühl beim Zuschauer. Schnitt. Froschperspektive – senkrecht an einer Hauswand entlang. Schwenk. Eine Tür steht offen: Schimanskis Stammkneipe.

Damit endet eine vielversprechende Kameraführung. Die Perspektive von „Zahn um Zahn" ist im übrigen so simpel und frontal wie der Stoff selbst, ebenso wie der von der Klaus Lage Band gesungene Song „Faust auf Faust" – äußerst treffend allemal, denn was der Film am meisten zu bieten hat, sind brutale Prügelszenen. In dem Kino-Debüt des Fernseh-Kommissars schlagen Polizisten und Hausbesetzer aufeinander ein, als ob der Realität durch aggressive Kinostimmung noch nachgeholfen werden müßte. Dann kämpft nach altbekanntem Muster der ewig Gute gegen die böse Übermacht, teilt viel aus und muß eine Menge einstecken.

Tatort ist eine alte Werkssiedlung in Duisburg-Hochfeld, die gegen den Widerstand der Bewohner abgerissen wird. Hier ist Schimanski aufgewachsen. Er kannte Alf Krüger, von dem es heißt, daß er aus Verzweiflung über den bevorstehende Zwangsumzug zunächst seine Familie und dann sich selbst umgebracht habe. Schimanski will das natürlich nicht wahrhaben. Er ermittelt, auch dann noch, als ihn seine Vorgesetzten vom Dienst suspendieren. Er gerät in die Mühlen des organisierten Verbrechens zwischen Ruhrgebiet und Marseille.

Den wenig attraktiven, aber mit dem Flair des Südländischen umgebenen französischen Altstadt-Gassen steht die Duisburger Industrielandschaft gegenüber. Kommentar eines Zuschauers in einem Revier-Kino zu dem harten Szenenwechsel: „Da werden wieder alle sagen 'typisch Kohlenpott'." Gemach, die traurige Story verlangt nun einmal nach einer traurigen Kulisse. Sie wurde im Revier gefunden, unterscheidet sich aber von den einschlägigen Ecken von Berlin oder sonstwo in der „Tatort"-Reihe keineswegs.

Mag sein, daß das Fernsehen genug von dem knallharten Polizisten profitiert hat und daß nun auch die Kino-Kassen klingeln sollen. Eine Weiterentwicklung des hinreichend bekannten „Tatort"-Stils ist „Zahn um Zahn" aber nicht. „Action" bestimmt nach dem Willen des Regisseurs Hajo Gies die Szene. Der Held „hechtet" nach alter Manier von einer brenzligen Situation in die nächste, und mühsam wird ein roter Faden zusammengeknotet.

Eine wohltuende Variante zur TV-Produktion bietet der Film dann allerdings doch: Der Mann mit Muskeln trifft auf eine Frau mit Köpfchen. Schimanski gerät an die Journalistin Ulli, die mitunter einfach clever und somit haushoch überlegen ist. Renan Demirkan und Götz George verkörpern ein in Haßliebe verbundenes Paar in einem gefährlichen, aber amüsanten Kräftemessen. Dabei gelingt es George, hinter der Maske des Draufgängers den brüchigen Helden zu zeigen. Eine realistische Einschätzung des Films lieferte der Star quasi selbst. In einem Interview antwortete er auf die Frage, warum „Zahn um Zahn" auf den Sex-Appeal von Kraft und Gefühl setze: Die Verleihfirma sei schließlich auf Gewinn aus und wolle für das Werk keinen Kunstpreis bekommen.

MARTINA SCHLINGMANN

Milliardäre in der Statistik

SAD, New York

Mit geschätzten 2,8 Milliarden Dollar Vermögen ist Sam Moore Walton derzeit der reichste aller reichen Amerikaner. Sein Lebensstil liest sich wie ein Klischee: Er lebt bescheiden und zurückgezogen in einem kleinen Haus im provinziellen Bundesstaat Arkansas, fährt einen klapprigen Ford, geht gern auf Taubenjagd und trinkt im Drugstore jeden Morgen eine Tasse Kaffee. Der reichste Amerikaner eröffnete 1962 seinen ersten Discount-Supermarkt. Heute besitzt er 745 Wal-Mart-Filialen.

Unter den 400, die zu den glücklichen reichen Amerikanern zählen, weil sie über mehr als 150 Millionen Dollar verfügen, befinden sich 14 Milliardäre. Das Durchschnittsalter der Super-Reichen liegt bei 62,5 Jahren. Ihr durchchnittliches Vermögen beträgt 335 Millionen Dollar. Nur 165 schufen ihr Vermögen „aus dem Nichts". Auf der Liste stehen nur 78 Frauen. 41 der Männer und 37 der Frauen *sind unverheiratet*. 113 beiderlei Geschlechts sind geschieden. Jüngster Millionär ist die 28jährige Abby Rockefeller-Simpson,die rund 200 Millionen Dollar erbte. Eine Frau ist auch Club-Älteste: Dorothy Bullitt (90)aus Seattle. Sie ist 275 Millionen Dollar „schwer".

Werbung auf dem Gullydeckel

hkl, Bad Kreuznach

Sie sind uattraktiv, gelten als Damenabsatz-Fallen und haben seit jeher einen schlechten Ruf – die fast 90 Kilogramm schweren Gullydeckel. Doch das soll sich ändern: In der Fußgängerzone der Wein- und Nahestadt Bad Kreuznach werden 30 dieser unansehnlichen „Schachtabdekkungen" gegen bronze- und messingglänzende Kanaldeckel ausgewechselt, auf deren Oberseite Firmen und Handwerkerbetriebe Eigenwerbung machen.

Schöpfer des neuen „Kanallooks" ist der 30jährige Werbefachmann Richard Dannhäuser. Jetzt ließ er sich seinen Einfall sogar patentieren; die Deutschland-Premiere ist am 29. Oktober in Bad Kreuznach. Und so sorgen die kunstvoll gestalteten Gullys vom Frühjahr '86 an in Neuwied, Erlangen, Flensburg, Göppingen, Konstanz und Bad Salzuflen für den sehenswerten „Blick nach unten". Der Preis pro Deckel: 3500 Mark Grundgebühr plus jährlich von 200 Mark an aufwärts Gebühren für Miete, *Diebstahl- und Haftpflicht*-Versicherung. Der Mietvertrag läuft zunächst über drei, kann bis zu 15 Jahre verlängert werden.

Sowjetische Bebenberichte

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Auch drei Tage nach dem Beben in der Sowjetrepublik Tadschikistan bleiben Berichte in Zeitungen und Fernsehen auf das Minimum beschränkt. Da für sowjetische Medien Unfälle und Katastrophen grundsätzlich kein Thema öffentlicher Erörterung sind, ist, weil nun dennoch etwas berichtet wird, das Ausmaß der Beben-Katastrophe wahrscheinlich als verheerend einzustufen.

Vermutlich ist das Gebiet von Kajrakkum am stärksten betroffen. Hier stürzten ganze Dörfer ein. „Es gibt Tote und Verletzte", heißt es in der Meldung. Diese zurückhaltende Form bedeutet, daß die Zal der Erdbebenopfer sehr hoch sein muß.

Die mittelasiatische Republik gehört zu den am stärksten gefährdeten Gebieten. Halb so groß wie die Bundesrepublik, besteht sie zu 93 Prozent aus Bergland. Ein Teil davon ist das Parmiergebirge, „das Dach der Welt". In einem der Täler liegt die 500 000 Einwohner zählende Hauptstadt Duschanbe, an allen vier Seiten von tektonischen „Brüchen" umgeben. 1949 kamen hier 10 000 Menschen bei einem Beben ums Leben.

Der tödliche Kleinkrieg vor Mauretaniens Küste

ROLF GÖRTZ, Madrid

Drei spanische Fischtrawler wurden in den vergangenen Wochen vor der westafrikanischen Küste versenkt. Mindestens einer mit Absicht. Sechs Seeleute fanden dabei den Tod.

Den Kutter „Junquito" beschoß vor drei Wochen ein Piratenkommando der gegen Marokko kämpfenden Polisario-Truppe. Die Besatzung sollte als Geiseln entführt werden. Den Kutter „Alcoco" rammte in der Nacht zum Montag ein sowjetischer Frachter, ohne sich um die Schiffbrüchigen zu kümmern. Da bei dem Piratenüberfall auch ein Patrouillenboot der spanischen Kriegsmarine unter Feuer genommen wurde, geben jetzt spanische Seeoffiziere preis, was ihnen an der Sache auffällt: in jedem Fall waren sowjetische Schiffe in der Nähe, wenn nicht gar direkt beteiligt. Auch der am 5. Oktober vor den Kanaren gesunkene Trawler „Jesus del Gran Poder" war vorher auf den Saharabänken von einem sowjetischen Schiff gerammt worden.

Der jüngste Zwischenfall geschah um zwei Uhr morgens, als der 50 Jahre alte Trawler „Alcoco" in der Dünung vor der mauretanischen Küste dümpelte mit allen Positionslampen, wie Patron Christo Rey Herrero versicherte: „Wir sahen den Frachter auf uns zukommen, winkten mit Lampen, gaben Alarm, zuletzt schrien wir sogar. Aber der Frachter hielt stur seinen Kurs, rammte uns mit voller Fahrt und verschwand in der Nacht."

Rudergänger und Kapitän auf der Brücke des Sowjetfrachters mögen geschlafen haben, als sie den Kutter rammten. Daß sie davon aber nichts bemerkt haben sollen, erscheint ausgeschlossen. Ein 77 Tonnen schwerer Holzkutter läßt sich nicht einfach „übermangeln" wie eine leichte Segelyacht aus Kunststoff. So vermuten denn spanische Seeoffiziere, daß der sowjetische Frachter (wegen seiner Ladung?) geheim bleiben wollte.

Der Kutter sank. Wer nicht zerquetscht wurde, sprang über Bord. Auf den gerade noch abgesetzten Notruf erschienen zwei sowjetische Fischtrawler: Sie bargen fünf Fischer lebend aus den Wellen; vier Männer trieben tot in der See. Nachdem die „Jozas Vitas" Überlebende und Tote im mauretanischen Hafen Nouadhibou an Land gesetzt hatte, machte



sich die gesamte mauretanische „Flotte" von neun Patrouillenbooten auf die Suche nach dem flüchtigen sowjetischen Trawler. Ohne Erfolg. Die spanischen Fischer sind sich aber sicher, daß es sich um ein sowjetisches Schiff gehandelt habe.

„Fahrerflucht" auf See gilt international als schwerstes Verbrechen. Daß das ein sowjetisches Schiff begangen haben soll, verblüfft viele Segler, die gerade die Sowjets als besonders pedantische Seeleute kennengelernt haben. Wenn heute ein Frachter bei einem annähernden Kollisionskurs schon von weitem eine sichtbare Kursänderung vornimmt, um dem Segler zu signalisieren: „Du hast Wegerecht, ich muß ausweichen", dann ist es fast mit Sicherheit ein sowjetischer Vertreter. Die meisten anderen Frachter und Tanker halten stur ihren Kurs durch. Motto: Was heißt hier Segler.

Wenn also jetzt ein sowjetischer *Frachter nach einer Kollision*, ohne zu helfen, weiterrauschte, muß das ganz besondere Gründe haben. Die Summierung der „mysteriösen" Unfälle der vergangenen Wochen bestätigen denn auch die Vermutung spanischer Marinekreise, die das Auswärtige Amt in Madrid kaum jemals offen zugeben würde: die Sowjetunion ist nach wie vor an einem Stützpunkt an der westafrikanischen Küste nicht weit von der Straße von Gibraltar und gegenüber ihrem Fischereistützpunkt auf den Kanarischen Inseln interessiert.

Die Polisario-Rebellen, die seit Jahren gegen die bereits vollzogene Übernahme der ehemals spanischen Westsahara durch Marokko kämpfen, könnten der Sowjetunion zu einem solchen Stützpunkt verhelfen, wenn es ihnen gelänge, die Marokkaner wieder aus der Westsahara zi verdrängen und ihre bislang nur im Exil und auf dem Papier mancher Weltalmanache existierenden Demokratischen Arabischen Republik Sahara zu etablieren.

Unterstützt wurden die Polisarios – im sowjetischen und eigenem Interesse – von Algerien, Libyen und Mauretanien. Seit Libyen jedoch vor einem Jahr aus diesem Interessenverband ausstieg und Marokko mit seinen Verteidigungswällen die Polisarios nach Süden auf Mauretanien zu abdrängten, sehen sich die Sowjets offenbar gezwungen, selbst die Waffen zu transportieren. So jedenfalls die These in Madrid.

Dies würde auch erklären, warum das spanische Patrouillenboot „Tagomago" einfach abdrehte, als es vor drei Wochen auf der Suche nach Überlebenden des brennend und sinkend aufgefundenen Kutters „Junquito" plötzlich unter gezieltem Raketen- und Artilleriefeuer lag.

Sheelas Absicht beunruhigt Hinterzarten

dpa, Hinterzarten

Die abtrünnige Bhagwan-Vertraute Ma Anand Sheela interessiert sich für das First-Class-Hotel „Weißes Rössel" in Hinterzarten im Hochschwarzwald. Das bestätigte die Kurverwaltung. Über das Hotel war im April ein Konkursverfahren eröffnet worden. Die Kurverwaltung wies auf Bestrebungen seitens der Gemeinde hin, einen anderen Käufer als die ehemaligen Bhagwan-Jünger für das 119-Betten-Haus zu finden. Wie ein Sprecher mitteilte, hat der Gläubigerausschuß in einer Sitzung mit dem Gemeinderat zum Ausdruck gebracht, daß nach Möglichkeit ein Verkauf an die „Sheela-Gruppe" vermieden werden solle. Als Kaufpreis sollen vier Millionen Mark im Gespräch sein. Gegen den Zuschlag an die Gruppe wende sich auch das renommierte Hinterzartener Landerziehungsheim „Birklehof" – ein Internat. Die 35jährige Inderin, die mit ihrer Abkehr von dem in den USA lebenden Sektenführer Bhagwan Shree Rajneesh weltweit Schlagzeilen machte, hält sich seit Anfang Oktober mit 20 Anhängern in der Schwarzwaldgemeinde Häusern im Kreis Waldshut auf.

Hellseherin fein 'raus

dpa, Aachen

Die „Pythia von Aachen", die Hellseherin Elisabeth Kroll (45), muß vorerst nicht vor Gericht. Ein Aachener Schöffengericht lehnte die Eröffnung eines von der Staatsanwaltschaft angestrengten Betrugsverfahrens ab. Die Begründung: Da viele Menschen heutzutage an „übersinnliche Fähigkeiten" glaubten, könne man der „Seherin" nicht absprechen, daß sie von ihrer Fähigkeit überzeugt sei. Deshalb sei ihr Betrugsabsicht nicht nachzuweisen.

Billigtarife verweigert

AFP, Paris

Die staatliche französische Fluggesellschaft Air France hat dem Lebensgefährten eines homosexuellen Stewards Preisverbilligungen auf ihren Linienflügen verweigert. Diese werden Paaren gewährt, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben. Zusammenlebende Homosexuelle könnten nicht mit Paaren gleichgesetzt werden, die in einer solchen gesetzlich anerkannten Beziehung leben, befand jetzt ein Berufungsgericht in Paris und gab damit der Fluggesellschaft recht.

Gynäkologen vor Gericht

dpa, Dortmund

Vor sieben Jahren wurde Sabine Boek mit lebenslangen Behinderungen in der Städtischen Frauenklinik in Dortmund geboren. Seitdem lebt das Mädchen in einem Heim in Bielefeld-Bethel. Durch Sauerstoffmangel während der Geburt wurde der größte Teil ihres Gehirns zerstört. Dem damaligen Assistenzarzt gelang es nicht, das Kind mit Hilfe der Saugglocke und der Geburtszange auf die Welt zu bringen. Wegen dieses „Kunstfehlers" müssen sich heute zwei Dortmunder Ärzte vor der XI. Großen Strafkammer des Landgerichts Dortmund verantworten.

5. Ehemann ermordet

SAD, Athens

Eine 48jährige Frau, die ihren fünften Ehemann umbrachte, um eine für den Todesfall abgeschlossene Versicherungssumme in Höhe von umgerechnet 270 000 Mark zu kassieren, ist jetzt in Athens, US-Bundesstaat Texas, zum Tode verurteilt worden. Vor ihrer Hinrichtung durch eine tödliche Injektion mußte die frühere Kellnerin Betty Lou Beets ein zweites Mal wegen Mordes vor Gericht erscheinen, da bei der Suche nch der Leiche ihres fünften Ehemannes auch das Skelett ihres vierten Ehemanns entdeckt worden war.

Wiesheu-Urteil

dpa, München

Das Urteil des Landgerichts München gegen den früheren CSU-Generalsekretär *Otto Wiesheu (40) ist jetzt* rechtskräftig. Der CSU-Politiker, heute Geschäftsführer der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, hat seine Revision gegen den Spruch der 5. Strafkammer zurückgezogen. Wiesheu war nach seinem folgenschweren Verkehrsunfall im Oktober 1983, bei dem ein Mann ums Leben kam und ein zweiter schwer verletzt wurde, zu einem Jahr Freiheitsentzug mit Bewährung, 20 000 Mark Geldbuße und zwei Jahren Führerscheinentzug verurteilt worden.

LEUTE HEUTE

Neu arrangiert

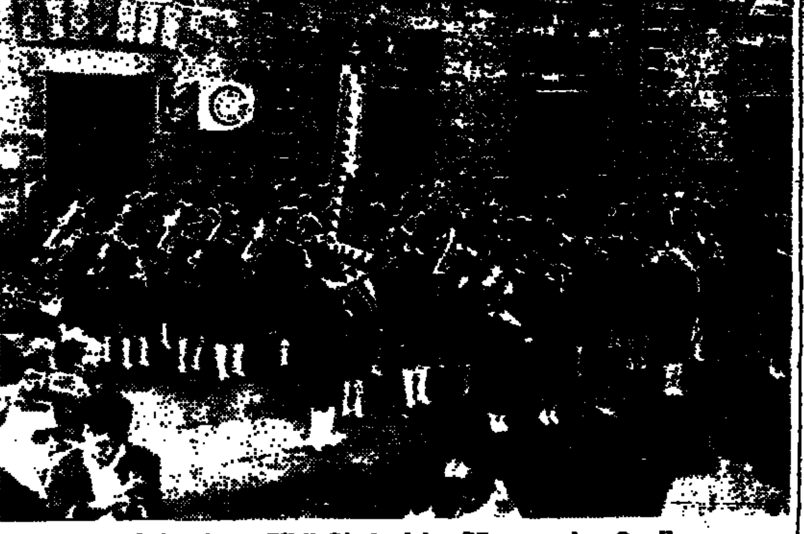
Der amerikanische Präsident **Ronald Reagan** hat seiner umfangreichen Schallplattensammlung das Doppelalbum „Rhöndorfer Konzert" mit Konrad Adenauers Lieblingsmusik hinzufügt. Reagan dankte persönlich dem Berliner Verleger **Rudolf M. Schoen** für die Idee, die vom ersten Kanzler geschätzten klassischen Melodien für die Musikfreunde neu zu arrangieren. Reagan hatte bei seinem Deutschlandbesuch zusammen mit Bundeskanzler **Helmut Kohl** das Grab Adenauers in Rhöndorf besucht. Das „Rhöndorfer Konzert" enthält Werke von Beethoven, Mozart, Haydn und Vivaldi.

Hat er – oder nicht?

Im Steuerparadies Monte Carlo wurde ihm eine Romanze mit Fürstentochter **Stephanie von Monaco** nachgesagt, aus Flushing Meadow kam die Kunde von einem Flirt mit **Desiree Nosbusch**. Bilder, mal in schwarzweiß, mal in Farbe, schienen den unerschüttlichen Beweis zu liefern. Seit dem Wimbledon-Sieg sind deutsche Gazetten dem Privatleben des **Boris Becker** auf der Spur, und seine immer größer werdende Anhängerschar durfte Anteil nehmen und rätseln: Hat der 17jährige Leimener nun eine Freundin oder hat er nicht? Beim Grand-Prix-Turnier in Filderstadt wurde das „große" Geheimnis gelüftet. Eine junge Amerikanerin hat angeblich das Rennen gemacht. Die Organisatoren konnten sich ob der unerwarteten Attraktion die Hände reiben. Der Auftaktsieg der 21jährigen **Susan Mascarin** gegen **Sylvia Hanika** geriet zur Nebensache. Im Mittelpunkt stand Susans Liaison mit dem jungen deutschen Tennishelden. „Wir sind befreundet", bezog das Mädchen mit schüchternem Lächeln zu den Gerüchten Stellung. Wem das nun reichen soll. Hat er oder hat er nicht – eine Freundin?

Verbannt

Politiker werden im österreichischen Fernsehen keine Möglichkeit mehr haben, sich in Unterhaltungssendungen einem Millionenpublikum zu zeigen. Das verfügte nun ORF-Generalintendant **Gerd Bacher**. In letzter Zeit häuften sich die Beispiele dafür, wie Bundes- und Kommunalpolitiker mit ausgiebigen „Gesichtsbädern" in Quizsendungen für sich und ihre Partei Schleichwerbung betrieben. Das wirft die Frage auf, in welcher Lage die „Politdompteure" ihrem *Fernsehvolk symphatischer* sind: Manche der Politiker machten nämlich bei munteren Frage- und Antwortspielchen eine wesentlich bessere Figur als auf dem glatten politischen Parkett.



Eine letzte Prachtentfaltung auf dem Weg zum Abstellgleis: die 65jährige „Puster-Lok" (linkes Bild). Die Innicher Bürger stehen Spalier.

Ende mit Pfiff zum Abschied vom Dampf

Über dem Bahnhof von Innichen liegt ein Hauch von Abschied. Blitzbank, herausgeputzt wie zum Sonntagsspaziergang steht die alte Lok mit ihrem Gefolge von drei ausrangierten Waggons am frühen Morgen auf den Gleisen und schnaubt würdevoll zu den Klängen einer 50 Mann starken Trachtenkapelle. Der posaunante Auftakt zur Schlußfahrt einer betagten Bahn, Typ 685-191, Baujahr 1920. Zum letzten Mal „freie Fahrt" für die alte Lady.

Auch vor diesem entlegenen Landstrich mit Dolomitenkulisse macht die Zeit nicht halt: Die Elektrifizierung soll bis 1988 abgeschlossen sein. Die Pustertaler sind sich ihrer Pflicht bewußt, diese letzte Fahrt unter Dampf mit Pfiff zu gestalten. 300 Gäste, teilweise in Kostümen aus der Jahrhundertwende, haben sich zu diesem „historischen Augenblick" eingefunden. Einer allerdings fehlt bei der Fahrt: „Berg-Prediger" Luis Trenker, die Südtiroler Symbolfigur schlechthin. Der 93jährige liegt in einer Münchner Klinik, nachdem er sich bei seiner Geburtstagsfeier am 4. Oktober übernommen haben soll, heißt es.

Die Pustertaler Eisenbahnlinie blickt auf eine lange Tradition zurück: 1871 von der Südbahngesellschaft für die Strecke Lienz–Franzensfeste gebaut, hat sie wesentlich zur Entwicklung des Tourismus in dieser Region beigetragen.

Doch die Nostalgiefahrt von Innichen über Toblach, Franzensfeste, Sterzing, Brenner, Innsbruck, Kufstein und Rosenheim bis München, die gut zum Jubiläumsjahr der Deutschen Bundesbahn paßt, wird für die Teilnehmer, unter ihnen Bürgermeister und Behördenvertreter, nicht zum Trauermarsch. Im geschmückten Salonwagen wird gesungen und getanzt – alles unter dem Ehrenschutz von den Landeshauptleuten Silvius Magnago für Südtirol, Eduard Wallnöfer für Tirol und Franz Josef Strauß für Bayern.

Für die Männer auf der Lok ist die Fahrt Knochenarbeit. Mit fünf Mann Besatzung wird das alte „Fräulein" auf Trab gebracht: Auf zehn Kilometern muß eine halbe Tonne Kohle in den lodernden Kessel geschaufelt werden, um die Temperatur auf die notwendigen fast 1000 Grad zu erhitzen. Ab Franzensfeste wird sogar noch eine dampfbetriebene Schublok angehängt, damit das Bähnchen wenigstens mit Tempo 40 km/h zur Station Brenner hochkraxeln kann.

Begleitet wird der Zug auf seiner „letzten Reise" von einem Feuerwehrwagen – für einen etwaigen, durch Funkenflug entstehenden Brand. Außerdem dient er als Wassernachfüllstation für die Dampflok, die an sich schon seit elf Jahren durch Dieselloks ersetzt wird.

In Kufstein angekommen, macht sich Wehmut breit. Die Lok wird abgekoppelt, darf nicht weiter. Endstation. Was Italien und Österreich erlaubten, verbieten die deutschen Sicherheitsbestimmungen strikt. „Pfüati", „B'hüt Dich Gott", schallt es dem ausrangierten Bähnchen nach. Das schwankt zwischen Melancholie und Ärger. Wie beim Direktor der italienischen Staatsbahn. Er verläßt die ganze Reise. Ohne die Lok ist ihm der Rest nichts wert. Enttäuschung machte sich denn auch bei den Fans auf dem Münchner Hauptbahnhof breit. Auch hier hatte man sich auf das alte Stahlroß gefreut, sah sich statt dessen einer modernen E-Lok-Variante gegenüber.

Da war es den Fans nur eine magere Entschädigung, wenigstens bei der allerletzten Attraktion dabeisein zu dürfen: Bei der Übergabe zweier zentnerschwerer Gastgeschenke, eines elf Tonnen schweren Dolomitbrockens vom Haunold in den Sextener Dolomiten sowie einer fünf Doppelzentner schweren Kartoffelfuhre der allerköstlichsten Sorte für die Münchner Altersheime. Den Stein erhielt die Stadt.

Wie sich das Rentnerdasein der Lok gestalten wird, ist ungewiß. Die Innicher Bürger sähen sie am liebsten in einem kleinen Eisenbahnmuseum, in Bahnhofsnähe natürlich. Doch dafür müßte man die Lok erst haben. Sie aber gehört noch der italienischen Staatsbahn.

HANNE-LORE HEILMANN





Unter den Blicken dreier zeitgenössisch Gewandeter entschwindet die Bahn (rechts) zur letzten Fahrt

FOTOS: HANNE-LORE HEILMANN

WETTER: Wolkig bis heiter

Wetterlage: An der Ostflanke eines nahezu ortsfesten Hochs über den britischen Inseln fließt wolkenreiche Nordseeluft nach Ddeutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

Nach Auflösung von Dunst oder Nebel teils stark bewölkt, teils aufgeheitert und auch in Süddeutschland kaum noch Sprühregen. Temperaturen 11 bis 16 Grad, nachts gebietsweise aufklarend und Abkühlung auf 10 bis 5 Grad. Schwacher Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Andauer des ruhigen, zu Nebel und Hochnebel neigenden Herbstwetters.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	26°
Bonn	14°	Kopenh.	14°
Dresden	12°	Las Palmas	25°
Essen	12°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	19°
Hamburg	13°	Mailand	16°
List/Sylt	11°	Mallorca	24°
München	9°	Moskau	8°
Stuttgart	11°	Nizza	22°
Algier	27°	Oslo	9°
Amsterdam	14°	Paris	13°
Athen	16°	Prag	12°
Barcelona	23°	Rom	20°
Brüssel	14°	Stockholm	9°
Budapest	15°	Tel Aviv	25°
Bukarest	12°	Tunis	23°
Helsinki	9°	Wien	14°
Istanbul	13°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.49 Uhr, Untergang: 17.25 Uhr; **Mondaufgang:** 11.28 Uhr, Untergang: *18.59 Uhr*
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vom Masochismus, einen 1649er Tokajer zu öffnen

H. SCHEUERMANN, Hamburg

„Meine Damen und Herren, denken Sie bei jedem Schluck, daß Mozart an Ihrer Stelle diese Flasche Wein hätte trinken können." Dieser Toast des französischen Weingrafen Alexandre de Lur Saluces galt einer Flasche seines Château D'Yquem des Jahrgangs 1784 und 39 Weinfreunden, die sich im Wiesbadener Gourmet-Tempel „Ente vom Lebel" zu einer denkwürdigen Weinprobe versammelt hatten.

Realistischer wäre die Vorstellung gewesen, daß Thomas Jefferson und George Washington eine dieser Flaschen am Kamin gemeinsam geköpft hätten; besagte Flasche stammt aus dem Besitz jenes Mannes, der die amerikanische Unabhängigkeitserklärung formuliert hat. Sie war keineswegs die älteste Rarität dieses 11stündigen Weinmarathons, bei dem 2448 Gläser gespült werden mußten.

Es gab einen 1700er Claret in einer Queen Anne Bottle, den ältesten Wein, von dem diese altertümliche Bezeichnung für einen Bordeaux schriftlich überliefert ist. Als er geerntet wurde, war der große Türkenkrieg gerade ein Jahr vorbei. Heute schmeckt er wie roter Traubenmost mit Essigstich. Dagegen war der 1649er Tokajer noch trinkbar, wenn auch etwas holzig im Geschmack. Immerhin stammte er aus einer Zeit, als Oliver Cromwell in England herrschte.

Eingeladen hatte Hardy Rodenstock, Sammler von Weinantiquitäten aus Bad Marienberg. Es war die sechste seiner alljährlich im Oktober stattfindenden Raritätenverkostungen. Für Wein-Fans der Tag der Tage. Interessenten sollen sechsstellige Summen geboten haben, um einmal in ihrem Leben dabei sein zu dürfen. Doch es geht Rodenstock nicht darum, ein Geschäft aus seiner Neigung zu machen, er will „just for fun" einmal im Jahr mit Freunden seltene Weine trinken und fachsimpeln.

Aus sieben Ländern waren sie dieses Jahr seiner Einladung gefolgt. Weinkenner, denen es eine gewisse masochistische Freude bereitet, Flaschen zu öffnen, die als einmalige Raritäten gelten dürfen, sie Schluck für Schluck zu leeren und angesichts der Vergänglichkeit solcher Raritäten ins Philosophieren zu geraten.

Zu den Weinfexen gehörten neben Fachkoryphäen, wie dem Direktor *der Weinabteilung im Auktionshaus* Christie's in London, Michael Broadbent, auch Spitzenköche wie Josef Viehhauser, Peter Wehlauer und Eckhart Witzigmann, der Schauspieler und Hobbywinzer Günter Strack, der Schweizer Verleger Jürg Marquardt, der Münchner Gastronom Helmut Käfer und Sportschau-Moderator Dieter Kürten. Früher spielten sich diese Proben eher im verborgenen in Mülheim ab.

Daß Rodenstock diesmal den Schritt in die Öffentlichkeit wagte, lag an Hannelore Kohl, der Frau des Kanzlers. Für ihre Stiftung „Kuratorium ZNS" bat Rodenstock seine Freunde um eine Spende. 41 845 Mark kamen in einer Probenpause zusammen. Ganz nebenbei wurde an diesem Montag aber auch noch Weingeschichte gemacht. So muß nach der Verkostung des 1748er Yquem ein ganzes Kapitel in der „Großen Weinenzyklopädie" von Hugh Johnson und damit sämtliche Weinlexika umgeschrieben werden. Da steht zu lesen, daß Thomas Jefferson während seines Frankreich-Aufenthalts trokkene Weine eingekauft hatte und erst 1847 das Know-how für edelsüße Weine von Deutschland nach Château Yquem kam. Doch der 1784er war zum Erstaunen der Fachwelt nicht trocken, sondern süß.

Solche Erkenntnisse mögen Normalsterblichen ziemlich egal sein. Weinfexe elektrisieren solche Meldungen. *Alkohol haben sie dann gar* nicht mehr nötig.

ZU GUTER LETZT

Kühe in Schweden am glücklichsten, wußte dpa zu berichten.

هكذا من الأصل